

**Die Chancengleichheit verlangt eine gemeinsame Oberstufe und
eine tertiäre Bildung für alle**

Joachim Lohmann

27.04.2018

Inhalt

Die tertiäre Bildung ist ein zentrales, innerstaatliches Mittel gegen die Ungleichheit.....	4
Die tertiäre Bildung ist im Interesse der Wirtschaft.....	8
Technologie und Arbeitsmarkt verlangen tertiäre Bildung.....	10
Nur ein massiver Ausbau tertiärer Bildung kann eine Beschäftigung für möglichst alle sichern.....	11
Selbst eine Explosion tertiärer Bildung schadet ihr nicht.....	12
Nicht illusionär: die tertiäre Bildung explodiert.....	12
Die ökonomischen Vorteile der Tertiärbildung leiden nicht unter ihrer Generalisierung.....	15
Mit genereller Tertiärbildung gewinnen Individuum und Gesellschaft nicht nur ökonomisch	19
Die postulierte Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung ist öffentliche Irreführung....	20
Eine Tertiärbildung für möglichst alle muss nicht Leistungseinbußen bedeuten.....	22
Studienabbrüche belegen weniger eine mangelnde Studierfähigkeit, sondern eher eine unzureichende Hochschullehre.....	23
Die Leistungsunterschiede werden über-, die Bildungsfähigkeiten unterschätzt.....	24
Der Sekundarbereich II ist ein Konglomerat.....	26
Die Politik der Nachkriegszeit hat den Sekundarbereich verändert.....	27
Der Sekundarbereich II ist trotzdem ein Flickenteppich geblieben.....	27
Die gymnasiale Oberstufe ist der Königsweg zu beruflichem und gesellschaftlichem Aufstieg.....	29
Die schulische Berufsausbildung ist zur Ausbildungsstätte der Erziehungs- und Gesundheitsberufe geworden.....	30
Das Exportmodell der dualen Berufsausbildung ist geschönt.....	31
300.000 Berufseinsteiger landen im Übergangsbereich – einem Wartesaal.....	34
Trotz der Schulpflicht vergisst der Staat nicht wenige Jugendliche.....	35
Das Abschieben in die Werkstatt für behinderte Menschen.....	36
Jeden innerhalb des Sekundarbereichs II beruflich zu qualifizieren, wird nicht gelingen.....	37
Der Übergangsbereich ist ein nicht zu verantwortender Wartesaal.....	37
Die duale Berufsausbildung wandelt sich.....	39
Die Wirtschaft schraubt ihr Anspruchsniveau in die Höhe.....	39
Die duale Ausbildung wird postsekundäre Erwachsenenbildung.....	42
Mit Reformen wird die duale Berufsausbildung nicht wieder zur Sekundarbildung.....	44
Die schulische Berufsausbildung wird tertiär.....	46
Die Erzieher/innen werden akademisch.....	46
Auch die Pfleger/innen werden zu Bachelors.....	47
Der Sekundarbereich wird hochschulvorbereitend.....	49

Die gemeinsame Oberstufe für alle schaffen.....	51
Die hochschulvorbereitende Oberstufe für alle öffnen.....	51
Die gemeinsame Oberstufe wird kein Oberstufenzentrum, sondern sie wird grundständig sein.....	52
Die bestehende Oberstufe ist zwar Ausgangspunkt, aber kein Modell für eine gemeinsame Oberstufe für alle.....	53
Zur gemeinsame Oberstufe gehören umfassendere Ziele.....	54
Auch die Hochschulzugangskriterien sollten überarbeitet werden.....	55
Eine hochschulvorbereitende.....	55
Eine Oberstufe für möglichst alle lässt sich finanzieren.....	55
Schritte zur gemeinsamen Oberstufe für alle.....	56
Die gemeinsame Oberstufe - eine Chance für kleine Gesamtschulen.....	56
Eine tertiäre Bildung für möglichst alle ausbauen.....	56
Literatur.....	58

Für kritische Durchsicht und Anregungen bedanke ich mich bei Christa Lohmann und Friedemann Stooß

In den westlichen Industriegesellschaften ist die ökonomische Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten sowohl beim Einkommen als erst recht beim Vermögen extrem gestiegen. Gründe waren vor allem die technologische Entwicklung und die Deregulierung. Die Wirtschaft 4.0 – auch 4. Industrielle Revolution genannt – wird die Ungleichheit weiter verschärfen.

Die zunehmende Spaltung der Gesellschaften ist nicht unabänderlich. Ein zentrales, innerstaatliches Mittel gegen die Ungleichheit ist eine hochqualifizierende Breitenbildung. Die Ungleichheit ist auch ein Ergebnis zu weniger Hochqualifizierter. Wir können mehr Gleichheit schaffen, indem wir eine tertiäre Bildung¹ für möglichst alle denken und in Schritten realisieren.

Deren Durchsetzung wird auf Widerstand von Teilen der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Politik stoßen. Diese werden ihre Interessen widersprüchlich zu legitimieren versuchen:

- Zum einen werden sie ihre Interessen mit der Ideologie der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbrämen.
- Zum anderen werden sie die Selektionsstruktur der Sekundarstufe II mit den Leistungsunterschieden der Jugendlichen und mit der Funktion der Schule als Zulieferer zur gegebenen hierarchischen Berufsstruktur rechtfertigen.

Tatsächlich ist der Sekundarbereich II die Stufe der schärfsten Selektion sowohl innerhalb der Ausbildungszeit als auch bei der Vorherbestimmung des künftigen gesellschaftlichen und beruflichen Status einer Person. Einige Sektionen des Sekundarbereichs II widersprechen diametral der sozialen und pädagogischen Intention der Inklusion und des Förderns. Andere Sektionen werden künstlich im Bereich der Sekundarstufe II gehalten, obwohl sie in den meisten westlichen Ländern inzwischen längst in den Tertiärbereich abgewandert sind.

Eine Umstrukturierung des Sekundarbereichs II ist aus politischen und sozioökonomischen Gründen auch in Deutschland unabdingbar, sie wird sich in vielen Schritten vollziehen. Ziel sollte eine gemeinsame Oberstufe für alle sein, die auf eine Ausbildung im tertiären Bereich vorbereitet.

Die tertiäre Bildung ist ein zentrales, innerstaatliches Mittel gegen die Ungleichheit

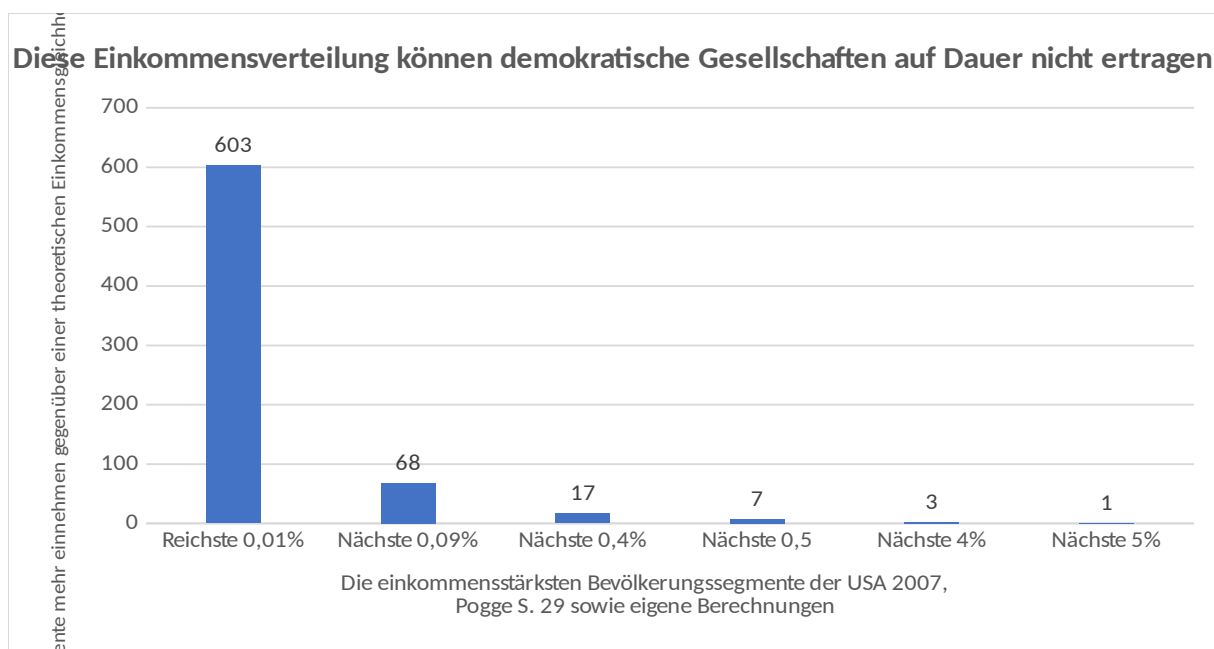
Die ökonomische Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist national wie global erschreckend hoch. So warnt der OECD-Generalsekretär Ángel Gurría „vor gesellschaftlicher Spaltung durch eine Einkommenskluft in bisher nicht bekanntem Ausmaß. „Die Einkommensungleichheit ist beispiellos im Moment und gefährdet den sozialen Zusammenhalt“, sagte OECD-Generalsekretär Ángel Gurría am Dienstag bei der Vorstellung der Studie (OECD Employment Outlook 2017, J.L.). Laut OECD ist die Kluft zwischen dem, was die Reichen und Armen verdienen, auf dem höchsten Stand seit 50 Jahren. “ (Tagesspiegel). Zwischen 1988 und 2005 hat die ökonomische Ungerechtigkeit global massiv zugenommen: eine Einkommenssteigerung gelang nur den global einkommensstärksten 5 %. Deren Haushaltseinkommen stieg um gut 8 % auf fast die Hälfte der globalen Einnahmen. Alle anderen Einkommensgruppen verloren - am dramatischsten das ärmste Viertel. Dessen Einkommen betrug schon im Jahre 1988 nur etwas über 1 % des Welteinkommens, doch in den knapp 30 Jahren seither

¹ Der Tertiärbereich umfasst im OECD-Verständnis einerseits den akademischen, den Hochschulbereich und andererseits den nichtakademischen Bereich, vor allem den der Meister- und Techniker-Fachschulen. Die EU hat in einem Anhang der Bundesregierung zugestanden, dass auch die Fachschulabschlüsse im Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich zu den nichtakademischen tertiären Abschlüssen zählen.

ist es um ein Drittel abgesunken. Die ärmsten 25 % erhalten jetzt nicht einmal 0,8 % der globalen Einkünfte.

Statt einer theoretisch gedachten Gleichverteilung erhalten die weltweit reichsten 5% ein achtmal höheres Haushaltseinkommen, die folgenden 20 % ein doppelt so hohes Einkommen. Das zweithöchste Einkommensviertel liegt um mehr als 25 % unter der Gleichverteilung, das dritte Viertel schon um mehr als 90 % und das schwächste Viertel sogar um 97 % unterhalb einer gleichmäßigen Einkommensverteilung.

Die Einkommensunterschiede sind besonders hart in vielen Schwellenländern. Doch sie übersteigen auch in den westlichen Ländern fast alle Vorstellungskraft. Am schärfsten fallen sie in den USA aus. Die einkommensreichsten 10 % erzielen dort die Hälfte aller Einnahmen, davon die obersten 5 % allein fast 40 % und das oberste 1 % fast 25 %. Je näher man der Spitze kommt, umso explosiver steigt das Einkommen. Die obersten 0,01 % haben 600-mal mehr Einkommen, als sie bei einer Gleichverteilung beanspruchen könnten. Die folgenden 0,09 % haben fast 70-mal mehr als bei einer gedachten Gleichverteilung.



Diese fast unvorstellbare Einkommenspyramide in den USA hat keine lange Tradition. Sie ist das Ergebnis der letzten 40 Jahre – von 1978 bis 2007. In diesen 40 Jahren stieg der Anteil der reichsten 0,01 % am Gesamteinkommen um das 6-fache und der der folgenden 0,09 % immer noch um das 2,5-fache. Diese exorbitante Ungleichheit zersetzt längerfristig die demokratische Gesellschaft. Schon jetzt haben sich in den USA weder die Politik noch die Justiz als fähig erwiesen, den Einfluss von Kapital auf Wahlen zu kanalisieren.

Gegenüber der bestehenden und der sich noch verschärfenden Ungleichheit ist die Politik insgesamt gefordert. Alle Politikbereiche sollten ihr Möglichstes tun. An zwei Bereiche wird immer zuerst gedacht: an die Steuer- und Abgabepolitik sowie an die Sozialpolitik. Der Beitrag beider Ressorts ist unabdingbar, aber der nationale Spielraum ist beschränkt. Fast unübersehbar sind die Möglichkeiten der Steuerflucht, der Steuervermeidung, der Steuerhinterziehung und der Geldwäsche, an denen sich eine Vielzahl von Staaten beteiligen. Die Chance auf eine globale Finanz- und Steuerordnung könnte nur zusammen mit den USA gelingen, doch unter Präsident Trump fallen die USA nicht nur als Vorreiter aus, sondern sie verschärfen mit der Steuerreform die ökonomischen und sozialen Gegensätze.

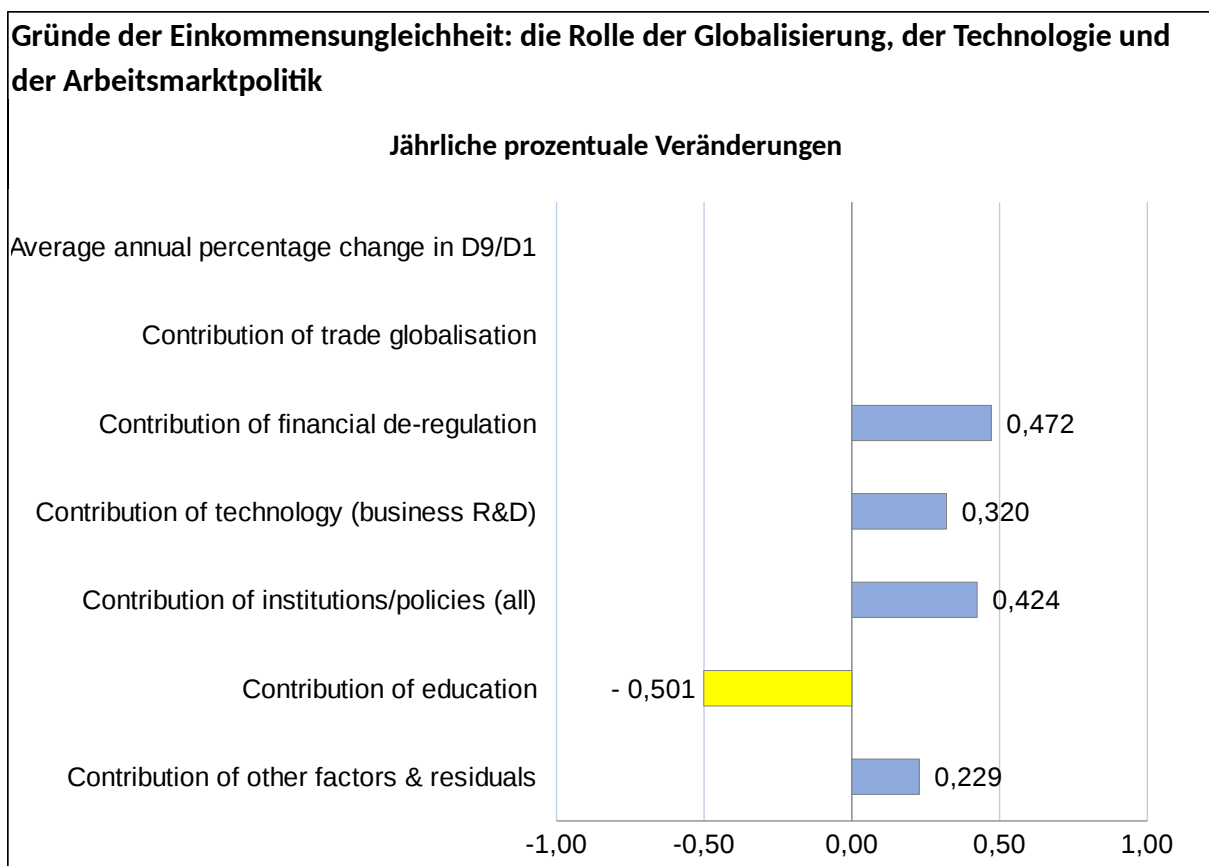
Einen gewissen Handlungsspielraum besäße auch die EU, obwohl sie bisher kein Recht auf Steuersetzung und Sozialpolitik innehat. Der Versuch einer Transaktionssteuer ist kläglich gescheitert, ebenso der Versuch, die Unternehmenssteuern zu harmonisieren. Vielmehr konkurrieren mehrere EU-Mitglieder erbarmungslos mit Steuerdumping nach dem Motto „my nation first“.

Dieser nationale Egoismus bei der Unternehmensansiedlung und bei der Standortsicherung durch Steuerwettbewerb schränkt den Spielraum einer nationalen Gleichheitspolitik mittels einer Steuer-, aber auch einer Sozialpolitik deutlich ein.

Dennoch ist eine nationale Politik gegenüber einer zunehmenden Ungleichheit nicht ohnmächtig – besonders dann nicht, wenn sie die Gründe für die grassierende Ungleichheit umfassender analysiert. Um die Ungleichheit zwischen den einkommensstärksten und den einkommensschwächsten 10 % der Bevölkerung zu bekämpfen, gibt es vor allem ein Mittel: einen rasanten Ausbau tertiärer Bildung.

Ihre Bedeutung liegt darin, dass sie das Angebot an Qualifikationen steigern und damit den Einkommensvorteil höher Qualifizierter gegenüber geringer Qualifizierten reduzieren kann. Goldin/Katz haben nachgewiesen, dass auch beim Arbeitsmarkt die Preise – hier die Einkommen – stark von Angebot und Nachfrage abhängen. Für die USA analysieren sie einen Wettlauf zwischen Technologie mit ihren steigenden Qualitätsansprüchen und der Bildung. Sie belegen, dass der starke Ausbau der High-Schools und der Colleges in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Einkommensdifferenz gegenüber geringer Qualifizierten um die Hälfte reduzierte, während die weitgehende Bildungsstagnation seitdem die Einkommensdifferenz wieder in die Höhe schnellen ließ.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Analyse der OECD für den Zeitraum vom Anfang der 80er Jahre bis zum Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts. Sie hat folgende Ursachen für die wachsende Ungleichheit herausgefunden: einerseits institutionelle und politische Maßnahmen sowie andererseits die technologische Entwicklung. Die OECD hat sodann untersucht, welche Maßnahmen gegen die Ungleichheit wirken. Als einziges nennenswertes Gegengewicht gegen die verschärfte Ungleichheit erwies sich der Anstieg postsekundärer Bildung. Ohne deren Ausweitung wäre die Ungleichheit in der OECD um mehr als das Doppelte angestiegen (OECD 2011, S. 123).



OECD 2011, Fig. 2.3

Die OECD folgert daraus für die Politik:

"Finally, policies that invest in the human capital of the workforce are key. Over the past two decades, the trend of higher educational attainment has been one of the most important elements in counteracting the underlying increase in earnings inequality in the long run. Policies that promote the up-skilling of the workforce are therefore key factors for reversing the trend towards further growth in inequality."(a.a.O., S. 41).

"Upskilling of the workforce is closely associated with inequality reduction in both the upper and lower halves of the wage distribution." (a.a.O, S. 126).

Eine fortschreitende Ungleichheit ist mithin kein Schicksal. Ein zentrales Mittel ihr gegenüber ist eine breite Höherqualifizierung. Für eine solche Bildungsexpansion trägt der Staat die alleinige Verantwortung. Mit einem resoluten Ausbau der tertiären Bildung kann er national die Ungleichheit bekämpfen.

Die tertiäre Bildung ist im Interesse der Wirtschaft

Mehr tertiäre Bildung ist nicht nur im Gesellschaftsinteresse, um den Trend zur Ungleichheit einzudämmen, sondern ebenso im wohlverstandenen Interesse der Wirtschaft. Es gibt drastische Unterschiede bei der Erwerbslosigkeit und beim Einkommen, die zeigen, dass der Arbeitsmarkt nicht ausgeglichen ist: Je höher der Ausbildungsstatus, je geringer ist im Schnitt die Erwerbslosigkeit und umso höher das Einkommen.

Dieser Zusammenhang besteht nicht generell. So gibt es einerseits Meister und Techniker, auch Facharbeiter, die deutlich mehr als mancher Hochschulabsolvent verdienen und denen keine Erwerbslosigkeit droht. Andererseits gibt es auch brotlose Studiengänge. Mit dem Hinweis auf solche Beispiele versuchen sowohl Vertreter der Wirtschaft als auch der Wissenschaft die wirtschaftlichen Unterschiede zu bagatellisieren. Doch deren Argumentation ist öffentliche Irreführung, denn Ausnahmen heben keine wissenschaftlich belegten Durchschnittswerte auf.

Im Durchschnitt sinkt die Erwerbslosigkeit OECD- und EU-weit, je höher der Bildungsabschluss ist. Das gilt für Personen mit oberem gegenüber denen ohne diesen Sekundarabschluss. Das gilt ebenso für Personen mit tertiärem Abschluss gegenüber Personen, die nur den oberen Sekundarabschluss erwarben. Nur ein einziger der 34 Staaten macht eine Ausnahme – das Land Mexiko. Nur dort ist man mit tertiärem Abschluss häufiger erwerbslos als ohne ihn. Demgegenüber sind die Vorteile der tertiär Ausgebildeten in Deutschland gegenüber denen mit dem oberen Sekundarabschluss extrem. Sie gehören zu den größten in der OECD. Ihre Erwerbslosigkeit liegt um fast die Hälfte niedriger. Trotz vieler Orchideen-Studiengängen ist der Akademikermarkt in Deutschland leergefegt, es herrscht mit gut 2 % Erwerbslosen Vollbeschäftigung (OECD 2016 T A5.2 u. T 5.4). Selbst die vergleichsweise sehr niedrige Arbeitslosigkeit hat diese Unterschiede zu den geringer Qualifizierten nicht reduziert.

Doch mit höherer Qualifikation sinkt im Schnitt nicht nur die Erwerbslosigkeit, sondern es steigt das Einkommen. Es liegt bei einer Person mit tertiärem Abschluss in der OECD wie in der EU im Schnitt um gut 50 % über dem einer Person mit dem oberen Sekundarabschluss (OECD 2016, T A6.1). In Deutschland ist wiederum der Vorteil größer.

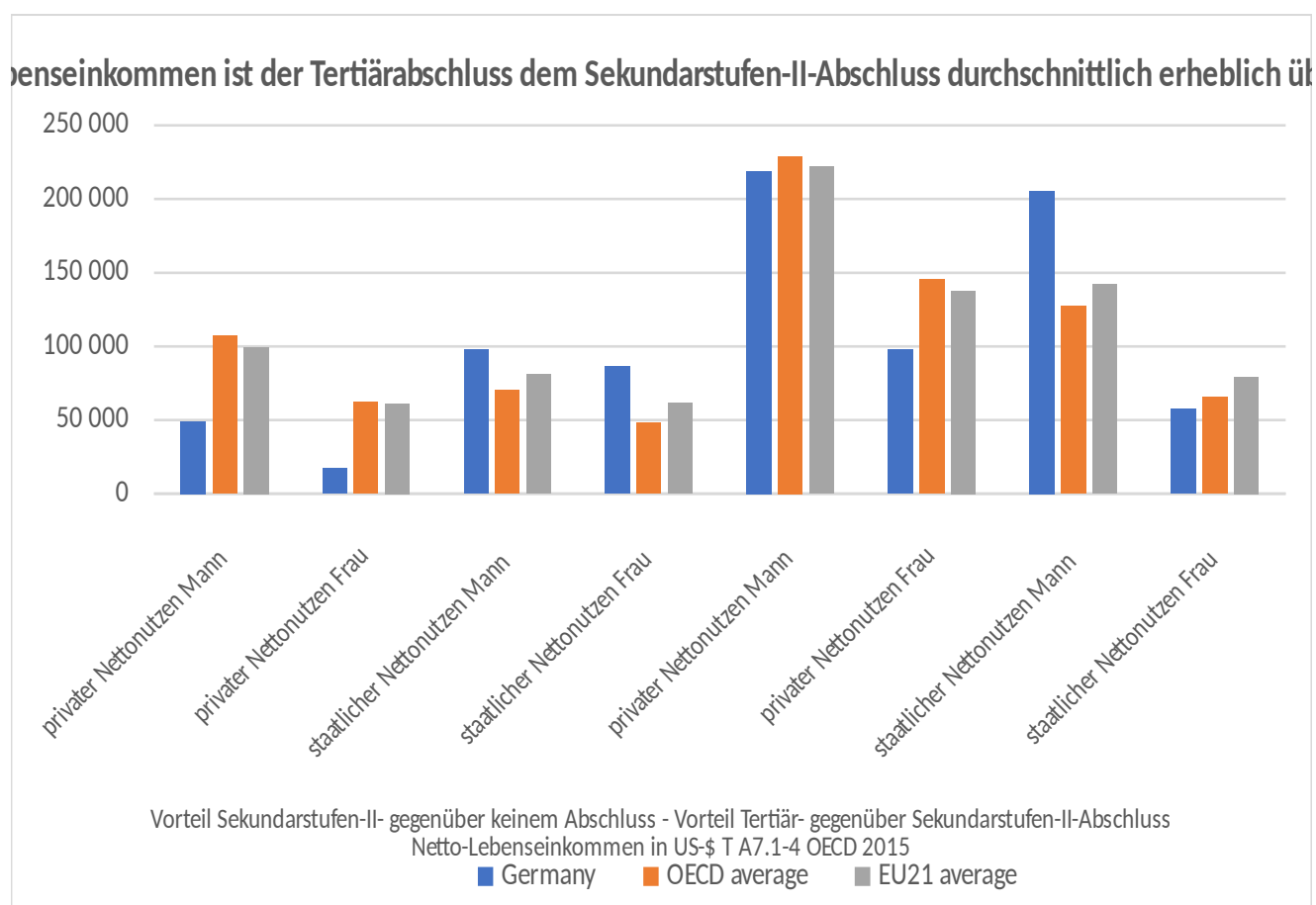
Die geringere Erwerbslosigkeit und die höheren Einkommen bei tertiärem Abschluss belegen die deutlich stärkere Nachfrage nach tertiären gegenüber oberen Sekundarabschlüssen. Die tertiäre Nachfrage ist in den letzten 20 Jahren sowohl in der OECD gesamt als auch in Deutschland gestiegen.

„Der Anteil der Jobs für Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation fiel zwischen 1995 und 2015 um 9,5 Prozentpunkte im Durchschnitt der 35 OECD-Staaten. Dafür gibt es mehr Jobs für Hoch-, aber auch für Geringqualifizierte... In Deutschland sank der Anteil der durchschnittlich

qualifizierten Jobs in dem Zeitraum um rund 8,2 Prozent - der der hochqualifizierten stieg um 4,7 Prozent, der der geringqualifizierten um 3,4 Prozent.“ (OECD 2017).

Dem höheren Arbeitseinkommen tertiär Ausgebildeter wird entgegengehalten, dass dem ein höherer Aufwand, längere Ausbildungs- und kürzere Lebensarbeitszeit gegenüberstünden, so dass sich die längere Ausbildung nicht rentiere. Doch der Einwand verkennt u.a. die Höhe der Einkommensdifferenzen und die Unterschiede der Arbeitsplatzsicherheit.

Geradezu dramatisch erhöht sich das Lebens Einkommen mit einem Tertiärabschluss gegenüber einem oberen Sekundarabschluss. Für Männer beträgt es brutto fast 600.000 \$ und netto nach Steuern und Sozialabgaben bei Männern immer noch 200.000 \$ und bei Frauen knapp 100.000 \$. Auch der Staat profitiert bei Männern fast in gleicher Höhe und auch bei Frauen erheblich. Die behauptete ökonomische Gleichwertigkeit eines oberen Sekundarabschlusses mit einem Tertiärabschluss ist eine Fake News.



Technologie und Arbeitsmarkt verlangen tertiäre Bildung

Die Widerstände gegen einen weiteren Ausbau tertiärer Bildung in Deutschland werden erheblich sein. Medien, Kammern, aber auch Wissenschaftler haben den Akademikerwahn beschworen, dessen Folge der Abstieg der Akademiker und ein sich bildendes Akademikerproletariat sein würden. Am bekanntesten ist eine Streitschrift ehemaligen Kultusstaatsministers Nida-Rümelin „Der Akademikerwahn“ von 2014.

Die Skeptiker berufen sich auf die BIBB-IAB Qualifikations- und Berufsprojektionen (QuBe), die aus dem Jahre 2012 für das Jahr 2030 stammen. Danach würde sich aus dem heutigen Überangebot an beruflicher Bildung künftig ein beachtliches Defizit entwickeln. Das vermeintlich jetzt bestehende Überangebot an tertiär Ausgebildeten würde bei dem Referenzscenario bestehen bleiben und nur bei einem Alternativscenario bis 2030 abgebaut werden. Zu einer ähnlichen Projektion war schon früher Prognos/IAB gelangt.

Doch die Ansätze des QuBe-Projektes sind methodisch mehr als fragwürdig:

- Ausgangspunkt ist die vorhandene Beschäftigung. Nicht berücksichtigt werden offene Stellen, aber auch Stellen, die wegen unbefriedigender Nachfrage entweder gestrichen oder anderweitig besetzt wurden, so dass QuBe den Bedarf als gesättigt annimmt.
- Beim künftigen Bedarf wird die in der Vergangenheit wegen des Fehlens qualifizierter Bewerber erfolgte unterwertige Besetzung als angemessen fortgeschrieben.
- QuBe geht zudem von traditionellen Berufsbildern aus. Tatsächlich bahnt sich auch in Deutschland eine Akademisierung z.B. der Erzieher- und der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe an. In nur wenigen Jahren sind eine Vielzahl von Studiengängen für Frühpädagogik/Pädagogik sowie für Pflegewissenschaften entstanden (s.u.).

Grotesk ist vor allem die Ausgangsannahme des QuBe-Projektes: Für das Jahr 2012 projiziert es einen Akademikerüberhang (BIBB-Report), obwohl in dem Jahr die (Wirtschafts-)Verbände immer lauter vor dem bestehenden und erst recht vor dem künftigen Akademikermangel bei IT-Berufen, Ingenieuren, Lehrkräften, Ärzten u.a.m. warnen. Diese verweisen zudem auf eine deutlich verschlechterte Relation zwischen Bewerbern und offenen Stellen.

Nur ein massiver Ausbau tertiärer Bildung kann eine Beschäftigung für möglichst alle sichern

Die eigentliche Herausforderung des Arbeitsmarktes steht uns jedoch erst bevor, die sogenannte zweite Phase der Digitalisierung. Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft sprechen von der bevorstehenden vierten industriellen Revolution. Erwartet wird, dass sich der Umbruch durch die Wirtschaft 4.0 schneller als bei den bisherigen industriellen Revolutionen vollzieht. Das fordert vor allem den Arbeitsmarkt heraus. Die Weltbank kommt in ihrem umfassenden World Development Report zu folgendem Ergebnis:

„Two-thirds of all jobs could be susceptible to automation in developing countries in coming decades, from a pure technological standpoint Estimates for the United States and Europe range between 50 and 60 percent of jobs.“ (World Bank, Kap. 2, S. 126.).

Zu einer fast vergleichbaren Prognose kommen Frey/Osborne in den USA. Danach könnten in den nächsten zwei Dekaden in den USA die Arbeit von 47 % der Beschäftigten automatisiert werden. Die Schätzung der OECD ist demgegenüber vorsichtiger. Danach sind in Deutschland 12 % der Jobs mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 70 % automatisierbar und weitere gut 30 % werden sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % bis 70 % verändern (OECD 2016 2, S. 2). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in einer kritischen Übertragung der Studie von Frey/Osborn. In den nächsten 10 bis 20 Jahren sind danach 12 % der Beschäftigten durch Automatisierung betroffen (Bonin, S. 23).

Aber selbst die vorsichtigen Schätzungen von Bonin sind herausfordernd genug. Denn 12 % bedeuten, dass 5 Millionen Arbeitsplätze nur als Folge der Automatisierung bedroht sind. Provokativ ist vor

allein die Änderung der Arbeitsplatzstruktur. Die genannten Analysen sind sich einig, dass vor allem Personen ohne oder mit höchstens einem oberen Sekundarabschluss die Arbeitslosigkeit droht. Diese betrifft nach der Analyse der Weltbank alle Routinetätigkeiten; im Gegensatz zu früher sind nicht mehr nur die manuellen, sondern jetzt vor allem die kognitiven Routinetätigkeiten in Gefahr. Beide Tätigkeiten müssen zudem mit Einkommensverlusten rechnen. Zusätzlich nachgefragt sind nur die kognitiv kreativen Berufe, in denen die Personen mit höchstens einem sekundären Abschluss nur noch 15 %, die tertiär Ausgebildeten dagegen 85 % der Berufstätige stellen werden (World Bank, Kap. 2, S. 132 f.).

Auch für das ZEW unterscheidet sich die Automatisierungsgefahr sehr stark nach der Qualifikation der Beschäftigten. Sie liegt für Personen ohne gehobenen Sekundarabschluss bei mindestens 70 %, für Personen mit gehobenen Sekundarabschluss bei gut 50% und selbst für Beschäftigte mit nichtakademischem Tertiärabschluss bei 40%. Nur bei Akademikern reduziert sich die Gefährdung auf 25 % und weniger (Bonin, S. 16).

Selbst eine Explosion tertiärer Bildung schadet ihr nicht

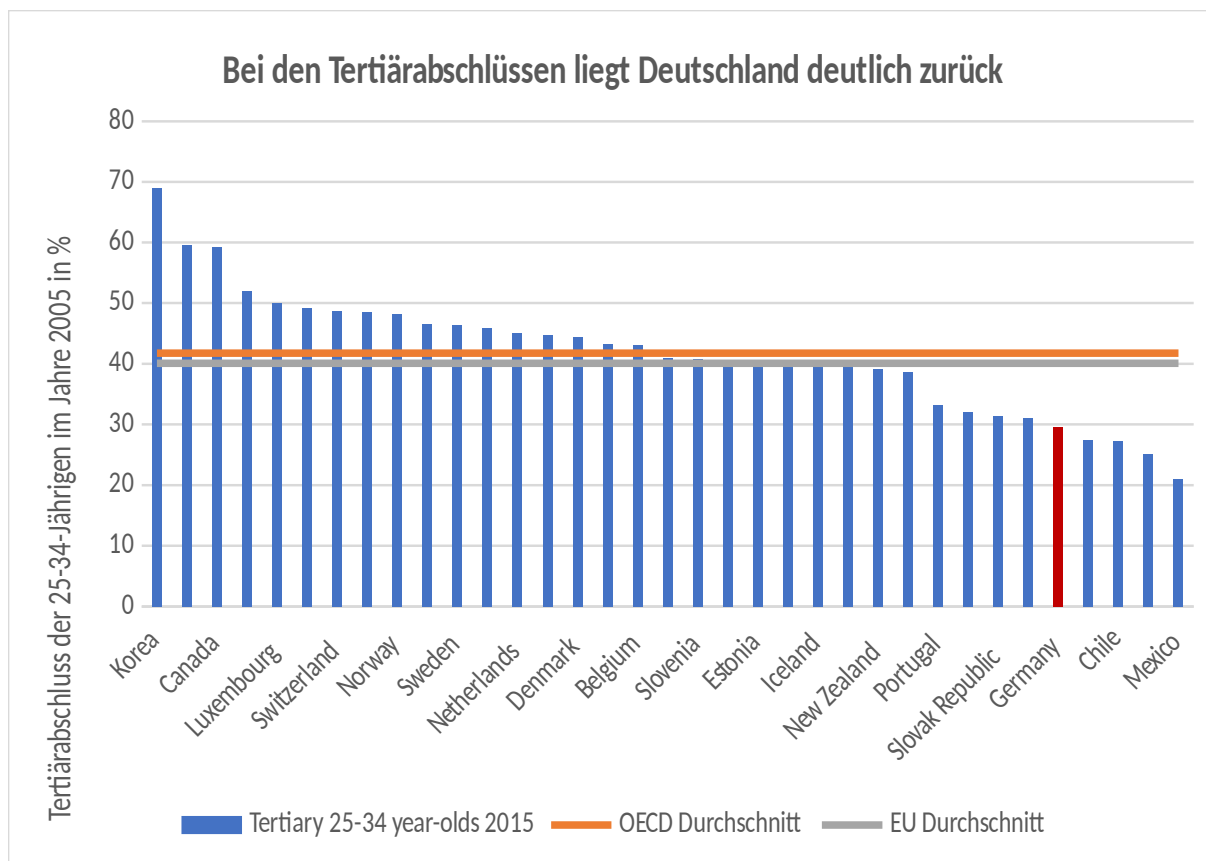
Die Forderung nach einer tertiären Bildung für möglichst alle wird viele schockieren und auf viel Widerstand stoßen. Folgende Vorbehalte werden angeführt:

- eine generelle Tertiärbildung sei reine Utopie,
- die Vorzüge der Tertiärbildung würden sich mit ihrer Verbreitung aufheben,
- die möglichen Vorteile akademischer Bildung würden wegen der dualen Berufsausbildung für Deutschland nicht zutreffen,
- die generelle Tertiärbildung sei nicht oder nur mit großem Niveauverlust realisierbar und
- die Geringqualifizierten würden weiter abgehängt.

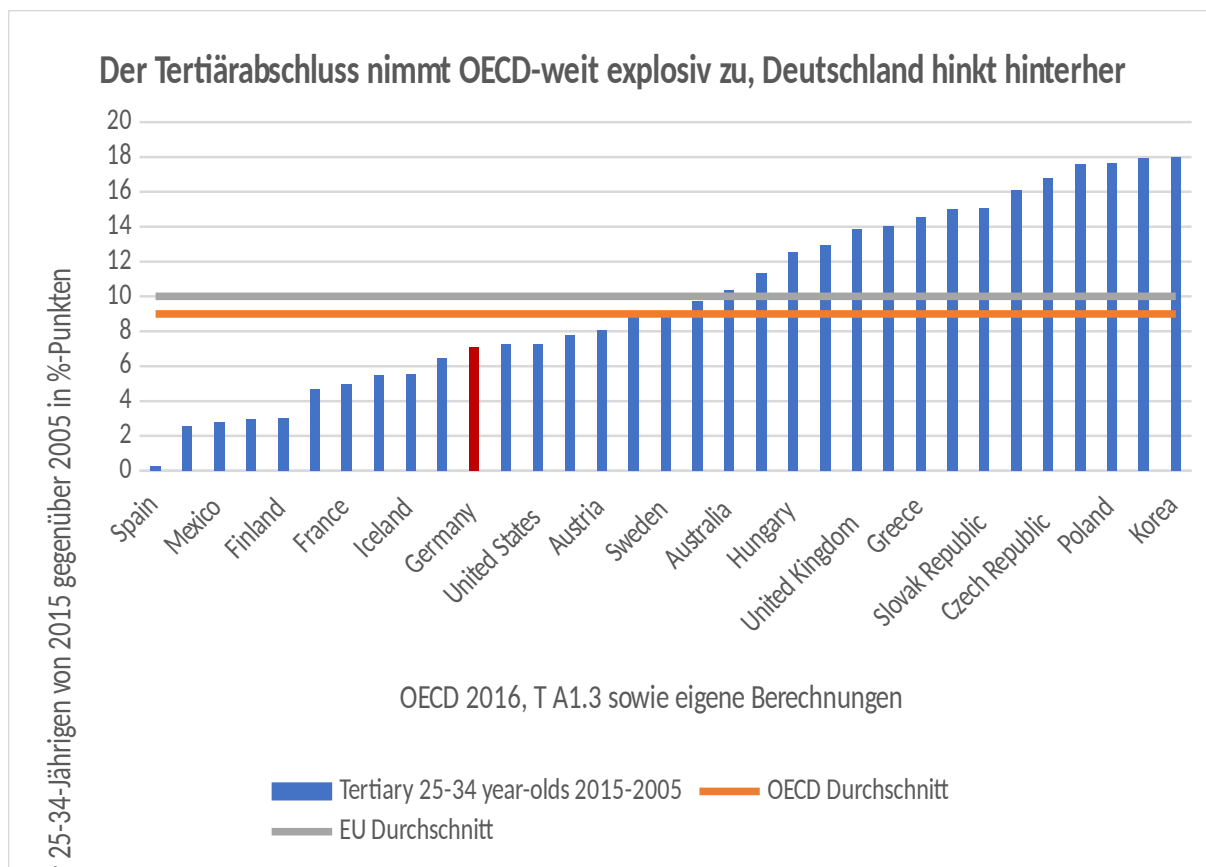
Nicht illusionär: die tertiäre Bildung explodiert

Eine generelle Tertiärbildung kann eigentlich nur der als illusionär bezeichnen, der die bisherige Entwicklung nicht nachvollzieht. Noch in den 50er Jahren war die deutsche Universität eine exklusive Einrichtung, an der gerade einmal 5 % eines Jahrganges studierten. Innerhalb von zwei Generationen hat sich der Hochschulzugang verzehnfacht. Mehr als 50 % eines Jahrganges studieren; auch in Deutschland ist aus einer elitären Hochschule eine Ausbildungsstätte der Mehrheit geworden.

Noch vorsichtiger müssten Skeptiker werden, wenn sie auf die Entwicklung tertiärer Bildung im Ausland blicken. So liegt Deutschland trotz des Hochschulausbaus bei den tertiären Abschlüssen im OECD-Schnitt weit zurück. Von den 25-34-Jährigen besitzen bei uns noch nicht einmal 30 % einen tertiären Abschluss. Deutschland liegt damit unter den 35 OECD-Ländern fast an letzter Stelle. Der OECD-Durchschnitt beträgt mehr als 40 %, die tertiär Ausgebildeten stellen damit fast die Hälfte der jungen Bevölkerung. In den tertiär führenden Staaten Kanada, Japan und Südkorea liegt die Quote der Tertiärbildung jüngerer Erwachsenen bei 60 % und mehr.



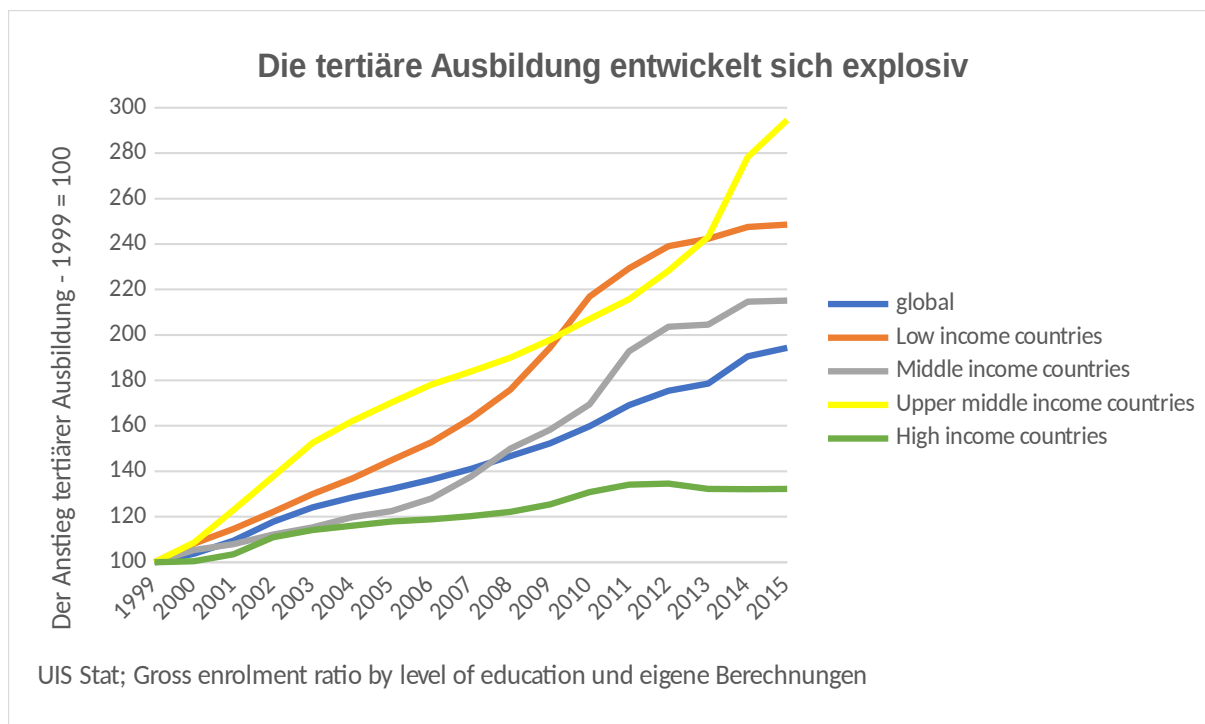
Erst recht fällt der Vorwurf der Utopie in sich zusammen, wenn man die Dynamik tertiärer Bildung betrachtet. Innerhalb von nur 10 Jahren stieg der Anteil der 25-bis 34-Jährigen mit Tertiärabschluss OECD-weit um 9 %-Punkte, in der EU sogar um 10 %-Punkte an. In absehbarer Zeit wird die Mehrheit junger Erwachsener einen Tertiärabschluss innerhalb der EU als auch innerhalb der OECD haben.



Die Dynamik tertiärer Bildung wird nicht wirklich erfasst, wenn man nur auf die EU und die OECD blickt. Die UNESCO hat die Veränderung nicht der tertiären Abschluss-, sondern der tertiären Studierquote der Länder analysiert und die Staaten nach ihrem Lohnniveau in Quartile zusammengefasst.

Nicht überraschend ist, dass die Tertiärausbildung bisher vornehmlich eine Angelegenheit der Hochlohnländer ist. Hier sind fast 75 % eines Jahrganges in der tertiären Ausbildung – d.h., die tertiäre Ausbildung ist für fast alle greifbar nahe. Im Welt-Durchschnitt liegt die Studierquote erst bei der Hälfte der Hochlohnländer, und völlig abgeschlagen erscheinen die Niedriglohnländer.

Doch richtig herausfordernd ist nicht der Status, sondern die Entwicklung der Tertiärbildung. Während sie in den Hochlohnländern fast stagniert, explodiert sie weltweit. Global hat sich die Tertiärausbildung in gerade einmal 16 Jahren mehr als verdoppelt und in dem Viertel der oberen Mittellohnländer sogar verdreifacht – in nur 1 ½ Jahrzehnten. Selbst die Niedriglohnländer haben die Quote auf fast das Zweieinhalbfache gesteigert. Sowohl die Mittel- als auch die Niedriglohnländer haben den Wert der tertiären Bildung für ihre Entwicklung begriffen und den Bildungsrückstand gegenüber den Hochlohnländern innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten erheblich reduziert.



Auf Grund dieser tertiären Explosion spricht der Hamburger Transnational University Leaders Council von einer „global academic revolution“. Die Untersuchung von P. Altbach, Boston, spricht von weltweit mehr als 200 Millionen Studenten, einer Verdoppelung seit der Jahrhundertwende (Altbach, S. 9). In fast der Hälfte der erfassten OECD-Staaten ist der tertiäre Abschluss die Qualifikation der Mehrheit unter den jüngeren Erwachsenen (OECD 2016, A3.6).

Nichts spricht dafür, dass die Dynamik der tertiären Bildung nachlässt. Treiber dieser Veränderung kommen sowohl von oben als auch von unten. Es sind einerseits die Staaten, die sich ein Mehr an Wirtschaftsentwicklung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit erhoffen, und andererseits sind es die Eltern und die Jugendlichen selbst, die sich mit Bildung eine sichere Beschäftigung, einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg sowie ein besseres Leben versprechen.

Solange es das riesige Einkommensgefälle zwischen den Staaten gibt, solange werden die Mittellohn- wie die Niedriglohnländer ihre Aufholstrategien über Bildung fortsetzen. Ebenso wird auch ein zunehmender Teil von Eltern und Jugendlichen in allen Ländern einen Zugang zur tertiären Bildung anstreben. Der Druck auf den Ausbau der Tertiärbildung wird anhalten, und diese wird sich weiter öffnen.

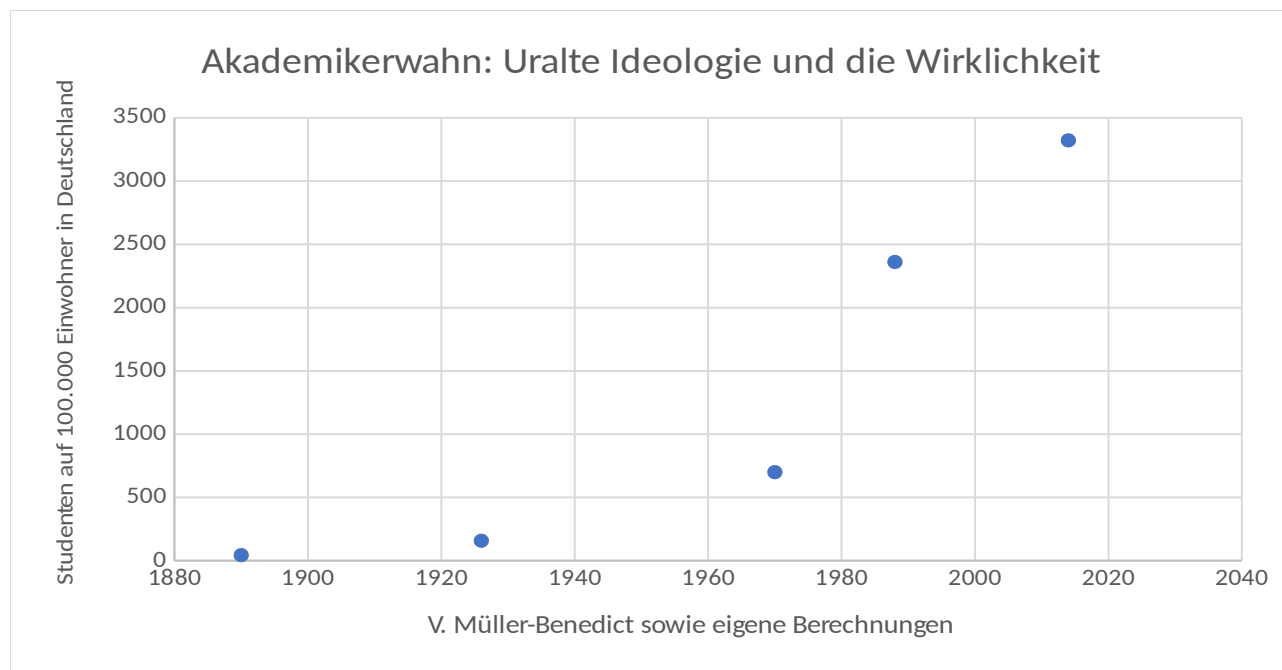
Voraussichtlich werden schon innerhalb eines Jahrzehnts die Jugendlichen weltweit mehrheitlich tertiär ausgebildet sein, und in weiteren Länder wird es der weit überwiegende Teil von ihnen sein.

Die ökonomischen Vorteile der Tertiärbildung leiden nicht unter ihrer Generalisierung

Ein ernstzunehmender Vorbehalt gegen eine tertiäre Bildung für möglichst alle ist die Befürchtung, es könne eine Sättigungsgrenze für tertiär Ausgebildete am Arbeitsmarkt geben.

Nicht wenige Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Politiker haben vor einiger Zeit massiv vor einer Akademiker-Arbeitslosigkeit gewarnt und mit dem Schreckgespenst eines schon jetzt bestehenden Akademikerproletariats vom Studium abzuschrecken versucht.

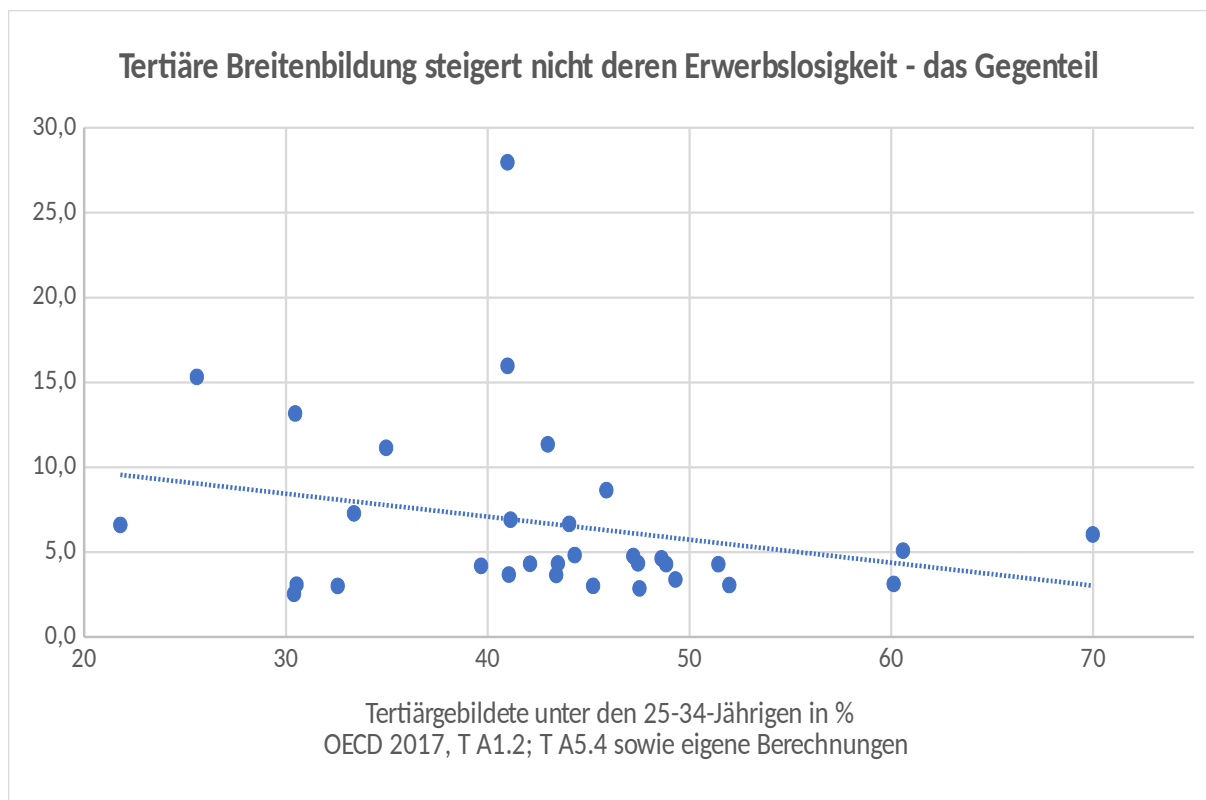
Das Schreckgespenst des Akademikerproletariats ist keine Erfindung der Gegenwart. Schon vor fast 130 Jahren sollten mit der Warnung vor dem akademischen Proletariat die privilegierten Schichten geschützt werden.



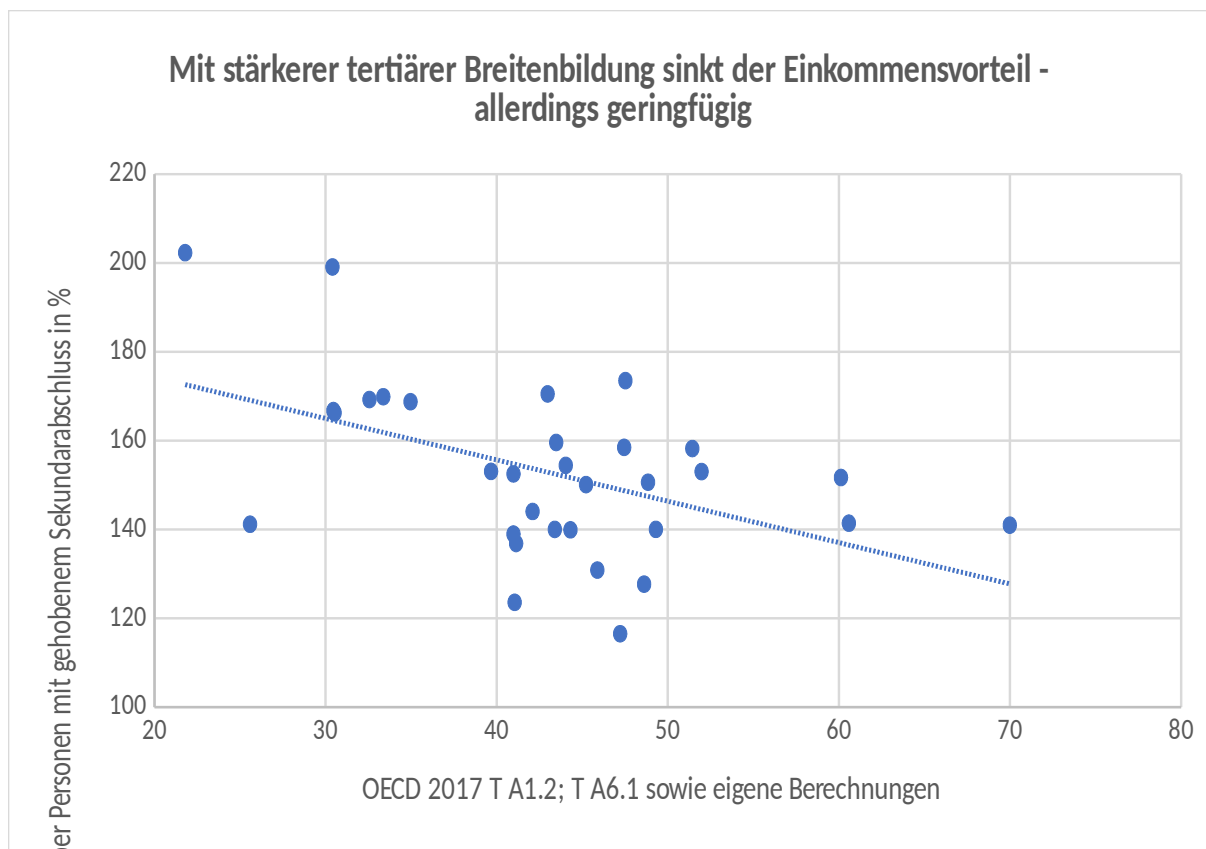
Mit der Unterstellung eines bestehenden bzw. künftigen Akademikerproletariats sollen junge Menschen vor dem Studium abgeschreckt werden. Unter Akademikerproletariat versteht man die Akademiker, die unter die Armutsgrenze fallen. Solche Hochschulabsolventen gibt es in jedem Land, sei es, dass sie die für viele brotlose Bildungsgänge wie Kunst studiert haben, sei es, dass sie beruflich gescheitert sind. Unter die Armutsgrenze fallen im OECD-Schnitt 10 % der Hochschulabsolventen. Doch es gibt auf allen Ausbildungsebenen gibt Personen unterhalb der Armutsgrenze. Doch auch hier gilt: Man ist umso stärker gefährdet, unter dieser Grenze zu liegen, je niedriger der Ausbildungsabschluss ist. So liegen Personen mit oberem Sekundarabschluss um 70 % häufiger unter dieser Grenze als Akademiker. Es gibt nur eine Ausnahme unter den 30 OECD-Staaten – das ist Schweden (OECD 2017, T A6.2). Gleiches gilt für die Gefahr prekärer Beschäftigung.

Wenn die Unterstellung eines überdurchschnittlichen Akademikerproletariats jetzt nicht zutrifft, so könnte es jedoch bei weiterer Expansion des Tertiärbereiches entstehen. Wäre die Nachfrage begrenzt, müsste mit steigendem Angebot von tertiärer Bildung deren Erwerbslosigkeit steigen und deren Einkommensvorteil gegenüber geringer Qualifizierten sinken.

Das Erstaunlichste ist, dass mit steigender tertiärer Ausbildung deren Erwerbslosigkeit nicht steigt, sondern sogar sinkt.



Träfe die Befürchtung zu, dass mit steigenden Tertiärgelbilden diese häufiger prekär oder unterqualifiziert beschäftigt würden, dann müsste deren durchschnittlicher Einkommensvorteil gegenüber Personen mit oberem Sekundarabschluss deutlich sinken. Doch dem Trend zufolge schmilzt ihr Einkommensvorteil gegenüber dem oberen Sekundarabschluss erst dann auf null ab, wenn dieser Abschluss nicht mehr existiert.

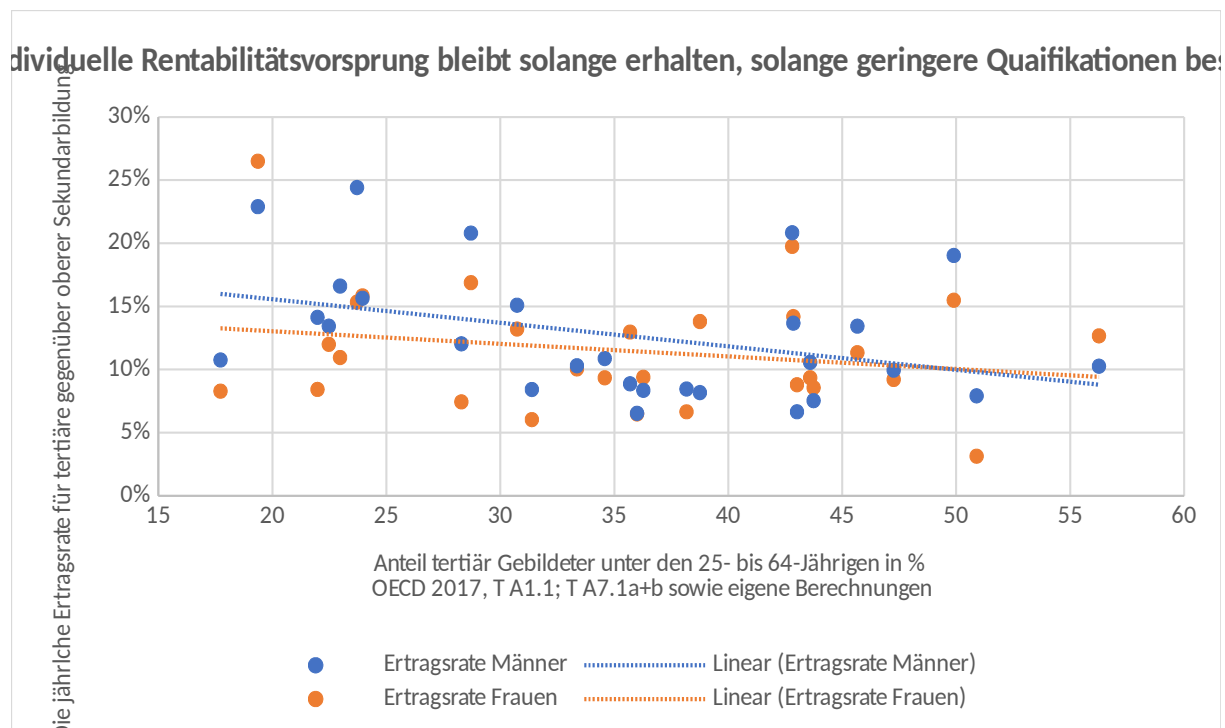


Nicht nur bei der Erwerbstätigkeit, sondern auch bei dem Einkommensvorteil ist daher keine Obergrenze des Arbeitsmarktes für Tertiärabschlüsse zu erkennen. Gleiches gilt für die Rentabilität von tertiärer Bildung – und zwar sowohl für das Individuum als auch für den Staat. Steigt der Tertiärbereich an, sinkt dessen Rentabilitätsvorsprung gegenüber dem Sekundärbereich II leicht ab, er bleibt aber solange erhalten, solange ein oberer Sekundärabschluss besteht.

Da die Bildung die Marktgesetze nicht aushebelt, bleibt nur eine Erklärung übrig: Der Bedarf der Wirtschaft an Tertiärbildung ist nicht gedeckt, sodass deren steigender Anteil die Wirtschaft ankurbelt und die tertiäre Nachfrage steigern lässt.

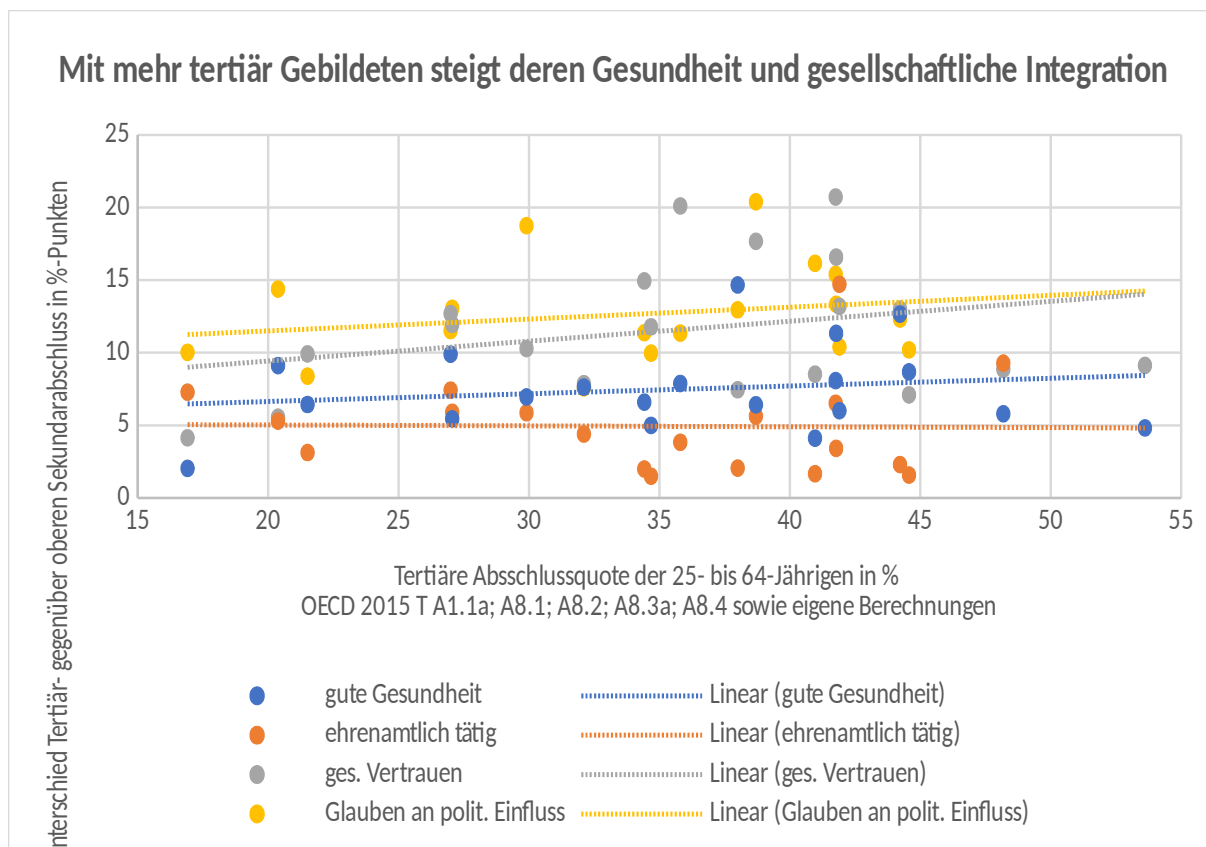
Wie bedeutend die Bildung für die Wirtschaftsentwicklung ist, hat jüngst die Weltbank in ihrem Report „The Changing Wealth of Nations“ analysiert:

*„Die wichtigste Erkenntnis des Reports ... ist: Investitionen in die Menschen eines Landes – die Ökonomen sprechen von Humankapital – sind langfristig die wichtigste Voraussetzung für steigenden Wohlstand. ‘Es gibt keine nachhaltige und zuverlässige Entwicklung, wenn wir nicht das Humankapital als wichtigste Komponente des Wohlstands der Nationen anerkennen’, sagte Weltbank-Chef Jim Yong Kim. **Etwa zwei Drittel des gesamten Wohlstands der Welt gehen auf das Konto des Humankapitals.**“ (Riedel).*



Mit genereller Tertiärbildung gewinnen Individuum und Gesellschaft nicht nur ökonomisch

Längere Bildung hat nicht nur den ökonomischen Wert, den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft zu decken sowie größere Beschäftigungssicherheit und höheres Einkommen zu gewährleisten. Sie reduziert auch nicht nur die gesellschaftliche Spaltung. Längere Bildung hat insbesondere einen individuellen Wert für jeden Einzelnen. Im Schnitt fühlt sich ein Tertiärgebildeter gegenüber kürzer Ausgebildeten gesundheitlich wohler, hat mehr Vertrauen in die Gesellschaft, wird seltener Opfer von Gewalt, engagiert sich öfter und ist auch stärker vom eigenen Einfluss auf die Politik überzeugt. Diese positivere Einstellung eines tertiär Ausgebildeten beruht nicht auf einer gesellschaftlichen Abgrenzung gegenüber schwächer Ausgebildeten. Dann müssten die erfreulichen Einstellungen tertiär Gebildeter mit deren steigenden Anteil an der Bevölkerung zurückgehen. Das Gegenteil ist der Fall: mit steigender Tertiärquote steigt im Schnitt nicht nur das individuelle Wohlbefinden, sondern – abgesehen von der ehrenamtlichen Tätigkeit – auch die gesellschaftliche wie die politische Integration. (OECD 2015, T A1.1a und T A8.1-T A8.4 sowie OECD 2017, A A8.a). Insgesamt steigt mit mehr tertiärer Bildung die Chance zu einer aufgeklärteren, freieren Gesellschaft.



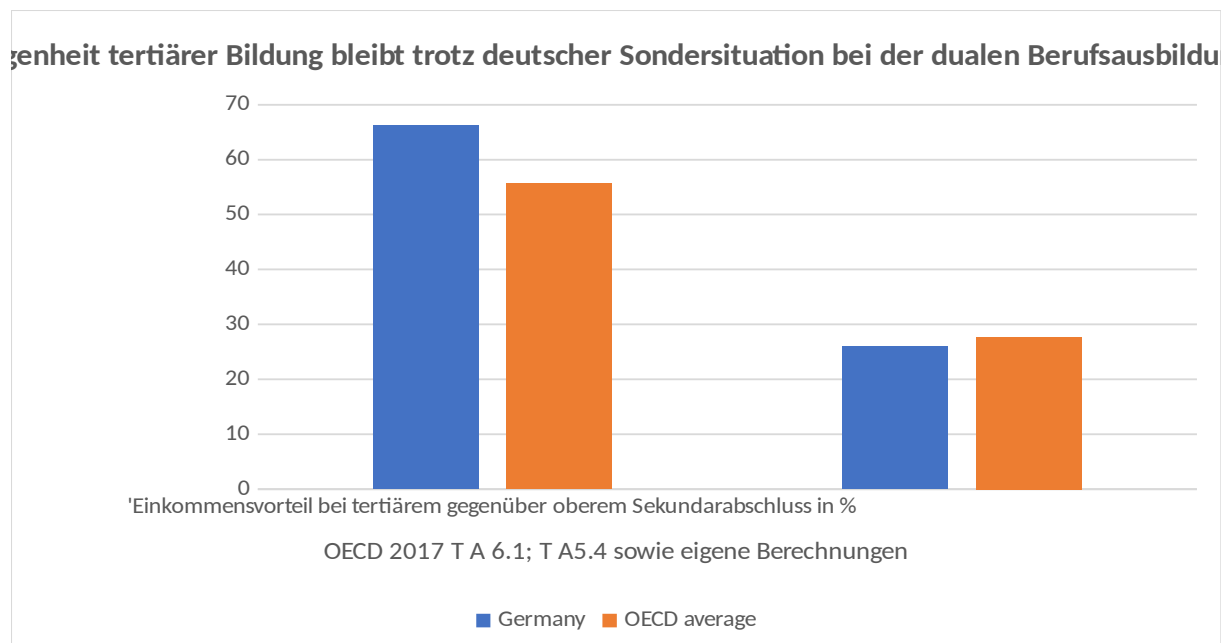
Wer mithin die Forderung nach einer tertiären Bildung für möglichst alle als Akademikerwahn schmäht, der wendet sich gegen die Interessen sowohl der Wirtschaft als auch der Gesellschaft und der Politik, aber auch des Einzelnen. Es ist

- der Arbeitsmarkt, der mehr tertiär Gebildete verlangt und keine Sättigungsgrenze erkennen lässt,
- die Wirtschaft, die mehr Tertiärbildung für ihr Wachstum braucht,
- die Gesellschaft, der mehr Aufklärung und Engagement guttut,
- die Politik, die gegen die wachsende Ungleichheit zur Wahrung der Demokratie weitestgehende Bildungsgleichheit benötigt und
- der Einzelne, der mit tertiärer Bildung im Schnitt nicht nur sicherer Arbeit findet und ein höheres Lebensinkommen erhält, sondern sich wohler fühlt und sich stärker gesellschaftlich und politisch engagiert.

Die postulierte Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung ist öffentliche Irreführung

Wirtschaft wie Politik betonen immer wieder die Sondersituation Deutschlands wegen der dualen Berufsausbildung. Sie sei der schulischen Berufsausbildung eindeutig überlegen. Daher würde auch der Vorteil der Tertiärbildung in Deutschland nicht bestehen.

Diese Behauptung vieler deutscher Wirtschaftsvertreter ist eine Täuschung. Wäre sie richtig, dürfte in Deutschland kein Nachteil beim oberen Sekundarabschluss gegenüber dem Tertiärabschluss bestehen - weder beim Einkommen noch bei der Erwerbstätigkeit. Doch im Vergleich zum Tertiärabschluss ist der obere Sekundarabschluss in Deutschland noch nicht einmal dem in der OECD überlegen. Sein Nachteil gegenüber dem Tertiärabschluss ist zwar in Deutschland bei der Erwerbslosigkeit ein wenig geringer, beim Einkommen allerdings deutlich höher als in der OECD.



Ein Teil der Wirtschaft argumentiert bei der Gleichwertigkeit differenzierter. Für sie trägt ein dual Ausgebildeter den Marschallstab tertiärer Ausbildung im Tornister. Erfreulicher Weise ist es richtig, dass man als Facharbeiter in den Tertiärbereich aufsteigen kann.

Für dual Ausgebildete gibt es zwei Möglichkeiten des Bildungsaufstiegs: die nicht-akademisch-tertiäre Ausbildung in Fachschulen vor allem zu Meistern und Technikern und die akademische Ausbildung.

- Der Bildungsaufstieg über die Fachschule ist sehr begrenzt. Durch unklare Begrifflichkeit erscheint der Umfang der Weiterbildung über die Fachschule beachtlich, doch der größte Teil der Fachschulen bildet in den Erziehungs-, Sozial und den nichtärztlichen Gesundheitsberufen aus. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um eine Erstausbildung. Eine Fortbildung für dual Ausgebildete sind diese Fachschulen nicht. Bereinigt man die Fachschulen um diese „unechten“ Fachschulen, dann steigen von den dual Ausgebildeten nicht einmal 10 % zum Meister oder Techniker auf.
- Der Zugang von Ausgebildeten zum Hochschulstudium ist ein spaltbreit geöffnet worden. Grund ist die Übertragung des Europäischen Qualifikationsrahmens in deutsches Recht. Die formale Gleichstellung der Berufsausbildung mit der Allgemeinbildung wurde jedoch von den Kultusministern der Länder durch unterschiedliche Auflagen erheblich eingeschränkt. Zu den Auflagen zählen eine mehrjährige Berufspraxis sowie je nach Land zusätzliche Qualifikationsnachweise, Aufnahmeprüfungen, Vorbereitungskurse oder Probeseester. Ergebnis ist, dass nur äußerst wenige Studierende keine Hochschulreife aufwiesen. Im Jahre 2012 stellten sie gerade einmal 2 ½ % der Studienanfänger. Sie zählten nur 1 % der Hochschulabsolventen. Das liegt sowohl daran, dass dieser Hochschulzugang erst kürzlich stärker geöffnet wurde, als auch daran, dass hier die Abbrecherquote sehr hoch ist (Duong, S. 14).

Angesichts dieser geringen Durchlässigkeit zur tertiärer Bildung werden die Jugendlichen mit der Aussage getäuscht, dass ihnen über die duale Berufsausbildung eine tertiäre Bildung bevorstünde. Die bisher am ehesten mögliche Weiterbildung an den nichtakademischen Fachschulen ist zudem gegenüber der akademischen Ausbildung im Schnitt auch beim Lebensinkommen diskriminiert.

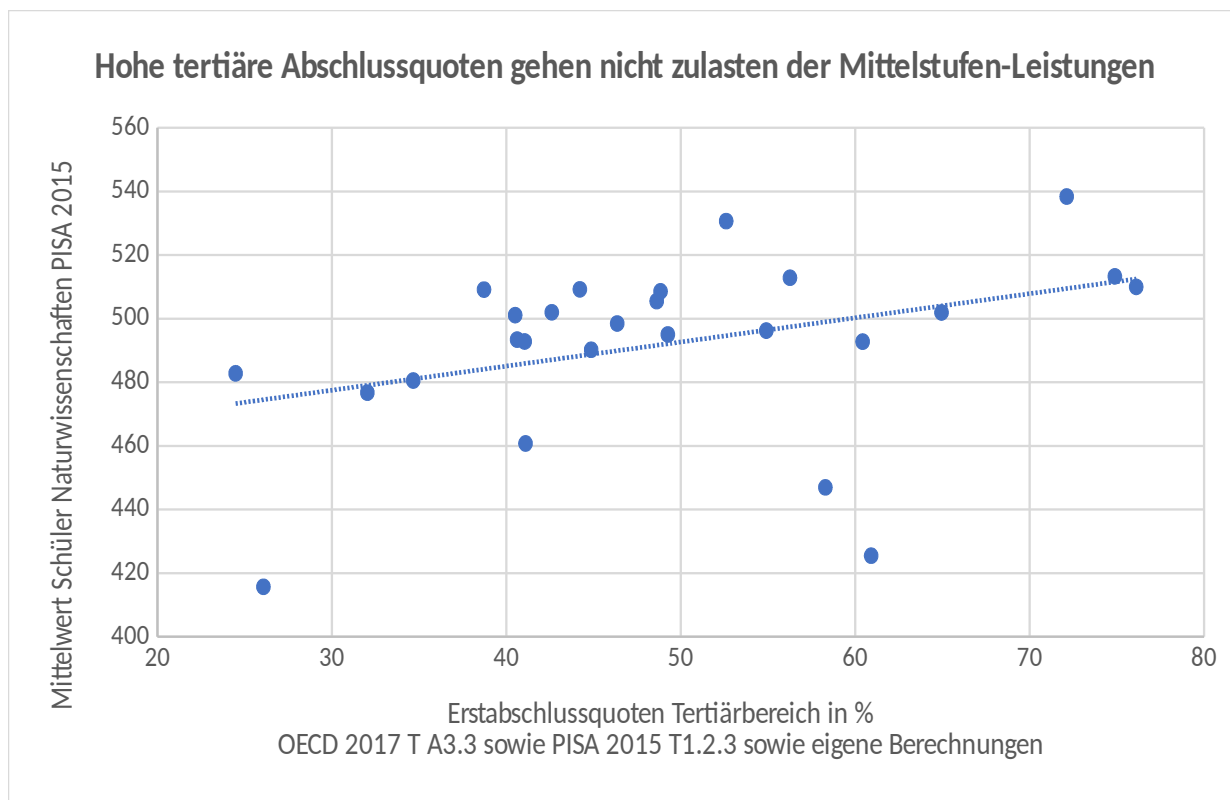
Eine Tertiärbildung für möglichst alle muss nicht Leistungseinbußen bedeuten

Manche Kritiker einer tertiären Bildung für möglichst alle akzeptieren vielleicht deren Chance für Gesellschaft und Wirtschaft, bezweifeln aber deren Realisierung. Diese könne nur mit einer Leistungssenkung erkaufte werden, die sich Deutschland nicht erlauben dürfe. Die Bildungspolitik anderer Staaten als Vorbild für deutsche Hochschul-Politik scheidet aus.

Da es keine empirischen Leistungsvergleiche von Hochschulabschlüssen gibt, ist man auf heuristische Schlüsse angewiesen.

Zunächst sollte man bei der Einschätzung des Bildungsniveaus anderer Länder sehr vorsichtig sein. Bis zur 1. PISA-Veröffentlichung PISA 2000 - im Jahre 2002 veröffentlicht - waren sehr viele Deutsche von der hohen Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungswesens überzeugt. Altem Selbstverständnis zum Trotz belegte PISA 2000, wie mittelmäßig damals der Leistungsstand der 15-Jährigen in Deutschland im OECD-Vergleich war.

Die Unterstellung, dass Staaten mit breiter Tertiärbildung dies mit höchstens mittelmäßigen Leistungen in der Mittelstufe erkaufte hätten, trifft nicht zu. Im Gegenteil haben Staaten mit hohen Tertiärabschlüssen auch höhere Schülerleistungen der 15-Jährigen. Sie haben die hohen tertiären Abschlussquoten im Schnitt jedenfalls nicht mit schwachen Leistungen im Sekundarbereich erkaufte.

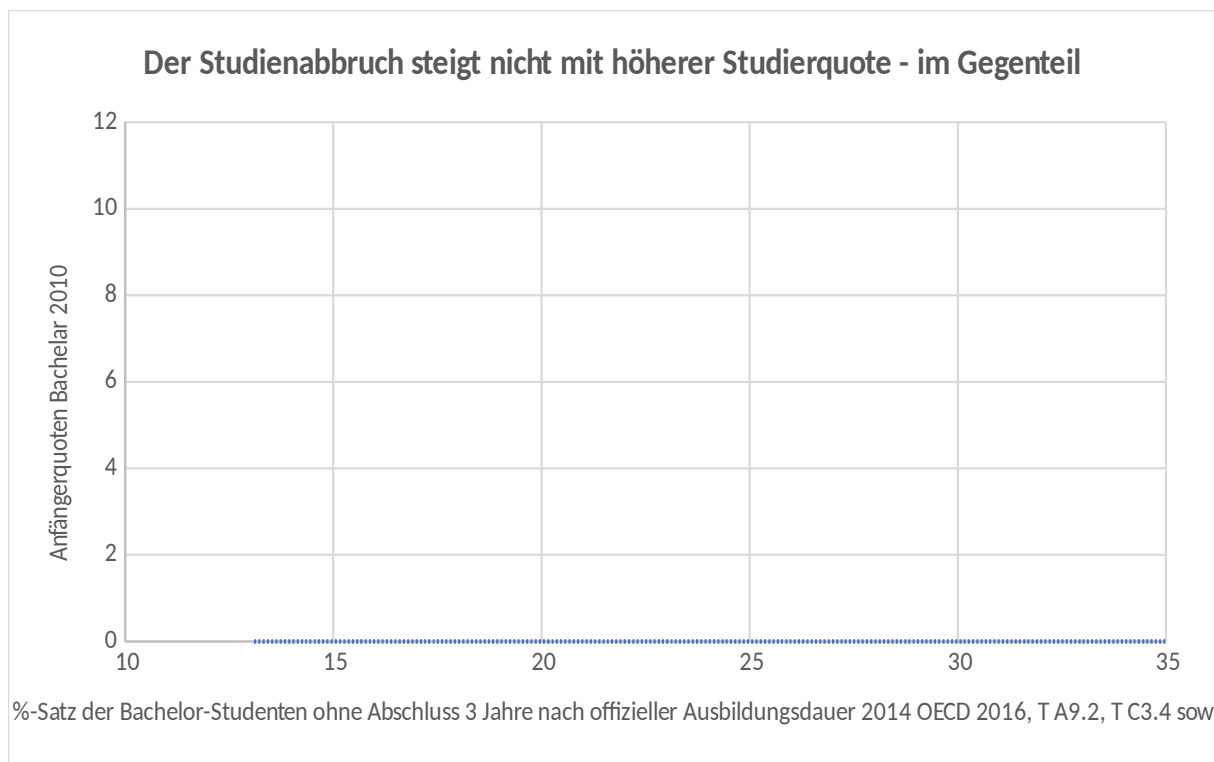


Studienabbrüche belegen weniger eine mangelnde Studierfähigkeit, sondern eher eine unzureichende Hochschullehre

Teile der Wirtschaft und Politik bezweifeln nicht nur den Bedarf an Studenten mit Tertiärbildung, sondern deren Studierfähigkeit. Sie verweisen auf die beachtlichen Quoten von Studienabbrüchen, die beim Bachelor in Deutschland im Schnitt 28 % betragen, dabei an den Universitäten 33 %, an Fachhochschulen 23 % (Heublein, S.3).

Vor allem mit Hinweis auf diese Abbrüche wirbt die Wirtschaft für die duale Berufsausbildung. Dies ist eher zynisch, denn die „Vertragslösungsquote“ bei der dualen Berufsausbildung beträgt 25% und wächst stetig leicht, obwohl das schulische Abschlussniveau der Auszubildenden ständig steigt (BIBB, S A5.5.1-1; T A5.6-2). 10 % der Azubis fallen zusätzlich durch die Abschlussprüfungen. Zudem kann die duale Berufsausbildung auf eine jahrhundertalte Tradition aufbauen, während sich der Status der Hochschulen in kurzer Zeit dramatisch gewandelt hat. Dabei ist die Abbruchquote an den Hochschulen seit den 50er Jahren trotz der Studentenexplosion ähnlich hoch geblieben.

Die Abbruchquote an Hochschulen hat auch im internationalen Vergleich nicht mit einer steigenden Studierquote zu tun. Eher geht die Quote zurück, je mehr Jugendliche studieren.



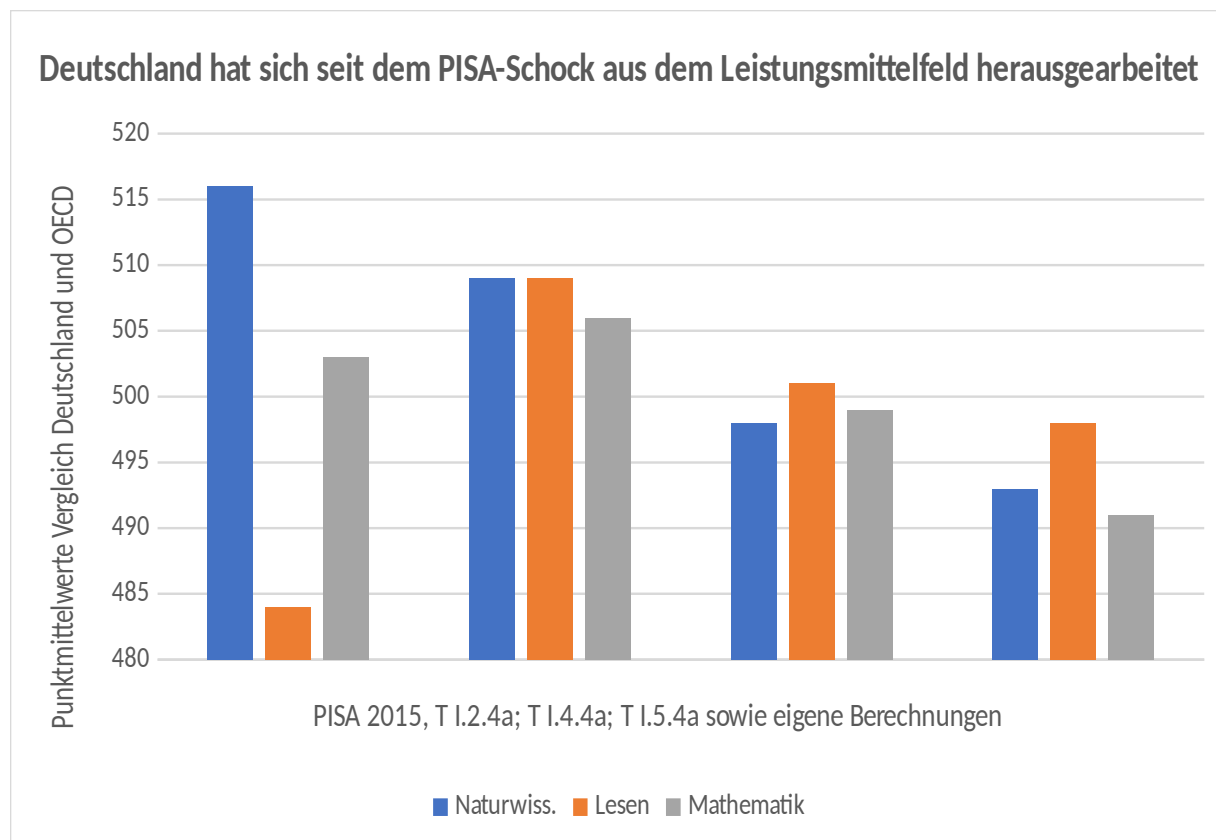
Mithin sagt die Studienabbruchsquote wenig über die Studierfähigkeit der Studenten aus, sondern stattdessen viel über die Einstellung und die didaktischen Kompetenzen der Hochschulen.

Die Leistungsunterschiede werden über-, die Bildungsfähigkeiten unterschätzt

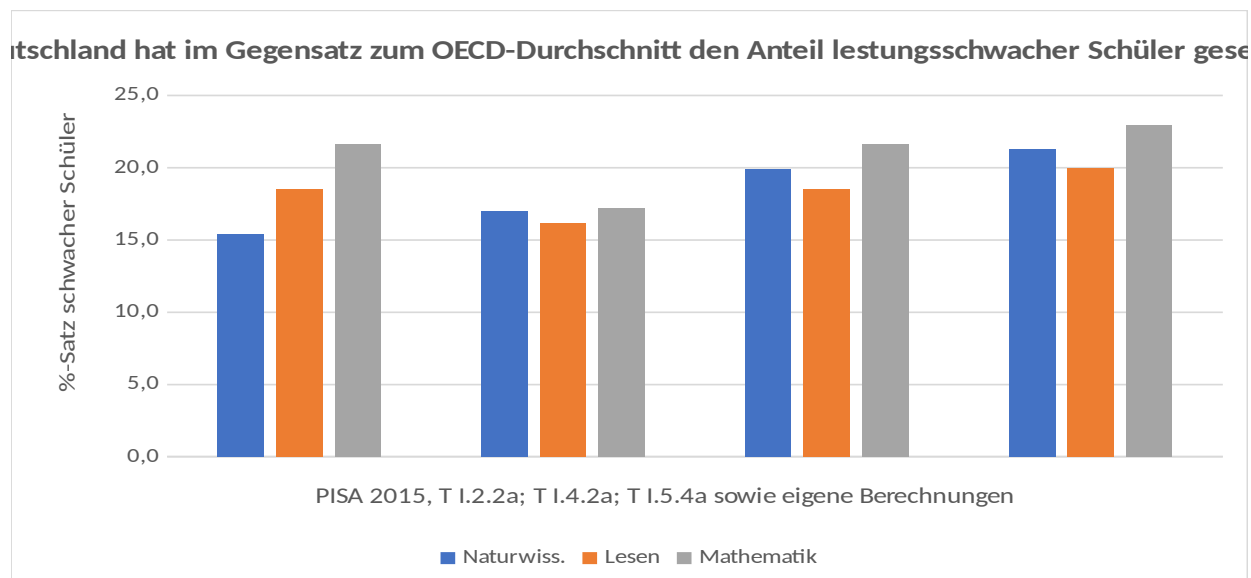
Der Haupteinwurf gegen eine tertiäre Bildung für möglichst alle ist der Zweifel an einer breiten Bildungsfähigkeit. Sind denn tatsächlich fast alle zu einer tertiären Bildung fähig?

Bei der Beurteilung der Bildungsfähigkeit sollten wir Deutsche vorsichtig sein. Deutschland hat seit der Wende zum 20. Jahrhundert eine antiegalitäre, deterministische Tradition. Der Nationalsozialismus hat diese Tradition genutzt, um das Bildungsbürgertum für sich einzunehmen, was erst in letzter Zeit Breuer wie Leo herausgearbeitet haben (Breuer, S 238 ff., Leo, S. 411 ff).

Statt starre Begabungen anzunehmen, sollte man davon ausgehen, dass man begabten sowie Leistungen steigern kann. Dafür ist Deutschland seit dem PISA-Schock ein Beispiel. Es erreichte bei den ersten Leistungstests nicht einmal den OECD-Durchschnitt. Inzwischen haben die 15-Jährigen in Deutschland die Leistungen – abgesehen von den Naturwissenschaften – gesteigert und den OECD-Durchschnitt in den untersuchten Fächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften übertroffen. Deutschland hat das Mittelfeld verlassen und steht am Rande des oberen Viertels der Staaten.



Für eine tertiäre Bildung für möglichst alle ist nicht der Anstieg der Durchschnittsleistung entscheidend, sondern die Reduzierung des Anteils leistungsschwacher Jugendlicher. Deutschland hat gezeigt, dass auch dies möglich ist. Was den OECD-Staaten im Schnitt nicht gelungen ist, hat Deutschland –abgesehen von den Naturwissenschaften – geschafft, am stärksten in Mathematik.



Beim Bemühen, den Anteil der Leistungsschwachen zu reduzieren, hat Deutschland noch keinen Spitzenplatz. In Lesen z.B. liegt es nur am Rande des oberen Drittels. Mehrere Staaten haben die Quote leistungsschwacher Leser auf 10 % senken können.

Auch mit einer Quote schwacher Schüler von 10 % muss und darf man sich nicht abfinden. Denn deren Senkung geht nicht vornehmlich in Ländern mit früher hohen Quoten zurück, sondern fast gleich stark auch in Staaten mit bisher geringeren Quoten. Eine Grenze ist nicht erkennbar, auch nicht für eine „Mindestquote“ an Leistungsschwachen.

Chancen für eine Leistungssteigerung liegen am Abbau gesellschaftlicher Bildungsbarrieren, einem steigenden Bildungswillen, stärkerer Frühförderung, verbesserten Bildungsstrukturen, Reformen der Lehrerbildung, didaktischen, methodischen und medialen Fortschritten und verbesserten Ressourcen. So ist auch eine tertiäre Bildung für möglichst alle machbar, sie braucht aber ihre Zeit.

Der Sekundarbereich II ist ein Konglomerat

Sowohl der Sekundarbereich II wie der Tertiärbereich sind zersplittert mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen, Bildungsgängen, Abschlüssen und Berechtigungen. Doch im Vergleich ist der Tertiärbereich klarer strukturiert. Er hat 3 Säulen, den nichtakademischen, den Fachhochschul- und den Universitätsbereich. Nach dem Deutschen Qualifikationsrahmen bestehen drei Abschlussniveaus. Die drei Säulen unterscheiden sich, wie viele der drei Abschlussniveaus sie vergeben können. Formal ist die jeweilige Abschlussebene der drei Säulen gleichgestellt, materiell hapert es dies besonders bei der Anerkennung des Bachelorabschlusses von den Meister- und Technikerschulen.

Beim Tertiärbereich wird von einer Stufe sprechen den Sekundarbereich II als Stufe zu benennen, wäre arge Schönfärberei. Zwar ist weitgehend klar, welche Jugendliche zum Sekundarbereichs II zählen. Es sind alle Jugendliche, die berufsschulpflichtig sind, die sich in einer dualen oder schulischen Berufsausbildung befinden oder die hochschulvorbereitenden Bildungsgänge besuchen, sofern sie je nach Landesrecht nicht ein bestimmtes Alter überschritten haben.

Auch scheint der Sekundarbereich II eine einigermaßen klare Struktur zu haben. Er wird in vier Sektoren gegliedert: den Übergangsbereich, die duale sowie die schulische Berufsausbildung und die Hochschulvorbereitung.

Doch zunächst ist die beschriebene Struktur unvollständig. Nicht benannt sind die Jugendlichen, die nach dem Abgang aus der Sekundarstufe I verschollen sind. Weiterhin gibt es Jugendliche in den Werkstätten für behinderte Menschen, die oft nicht in der Berufsschule unterrichtet werden.

Sodann hat der Sekundarbereich II ein unglaubliches Bildungsgefälle. Er ist ein Konglomerat unterschiedlichster Bildungsintensität. Dieses reicht vom hingegenommenen Bildungsverzicht über Bildungswartesäle, Bildungsgänge schärfster Bildungsselektion bis zur privilegierten Fortsetzung der Hochschulvorbereitung.

Die Politik der Nachkriegszeit hat den Sekundarbereich verändert

Der Sekundarbereich II hat seit der Nachkriegszeit die weitaus meisten Veränderungen erfahren und ist dennoch Stückwerk geblieben. Die Veränderungen konzentrierten sich im Wesentlichen auf 6 Schwerpunkte:

- Versuche, den Jugendlichen ohne Berufsausbildung dennoch eine Ausbildung zu sichern,
- Bildungsgänge und Schulformen zu errichten, die Jugendlichen ohne und mit niederen Abschlüssen den Zugang zu anspruchsvolleren Bildungsgängen der Sekundarstufe II eröffnen,
- neue Bildungsgänge zu schaffen, die neben dem Gymnasium zur Fachhochschul- und zur allgemeinen Hochschulreife führen,
- Absolventen bestehender beruflicher Bildungsgänge zum Studium zuzulassen,
- die Studierfähigkeit über die gymnasiale Oberstufe durch ihre Umwandlung zur Studienstufe zu verbessern und die weitgehende Rückabwicklung dieser Reform sowie
- den Aufstieg von Bildungsgängen und Schulformen der Sekundarstufe II in den Hochschulbereich.

Der Sekundarbereich II ist trotzdem ein Flickenteppich geblieben

Trotz aller Reformen selektiert der Sekundarbereich II beim Eintritt so scharf wie keine andere Bildungsstufe. Mit dem Übergang in den Sekundarbereich II fällt für den Jugendlichen die zumeist entscheidende Weichenstellung über seinen beruflichen Lebensweg. Die Bildungsgänge unterscheiden sich nach den Eingangsbedingungen, der Dauer, der Qualität sowie den Abschlüssen und Berechtigungen.

Noch gravierender als die Unterschiede beim Eingang differieren die beruflichen Zukunftsaussichten: Die Jugendlichen, die den grundständigen gymnasialen Bildungsgang begonnen haben, können auf eine akademische Laufbahn hoffen. Für die anderen ist der künftige berufliche und gesellschaftliche Status weitgehend bestimmt: Wer eine Berufsausbildung erhält, wird kaum noch aufsteigen, der Tertiärbereich ist ihm überwiegend verschlossen. Nicht wenige Jugendliche müssen sich darauf einstellen, keine abgeschlossene Berufsausbildung zu erhalten – mit allen Risiken der Arbeitslosigkeit sowie individueller wie gesellschaftlicher Benachteiligungen.

Für diese Polarisierung der Bildungswege ist auch der Sekundarbereich I mitverantwortlich – mit seiner Hierarchie von Schulformen, Schulabschlüssen und Berechtigungen. Aber die Hauptverantwortung trägt der Sekundarbereich II in Deutschland. Er schafft keine generelle, diskriminierungsfreie Durchlässigkeit von jedem Bildungsgang zur tertiären und erst recht nicht zur akademischen Bildung. Er gewährleistet nicht einmal eine qualifizierte Berufs- oder Allgemeinbildung für fast jeden.

Grund für die scharfe Weichenstellung bei Eintritt in den Sekundarbereich II ist das Schisma zwischen Berufs- und Allgemeinbildung in Deutschland. Es bestand fast total in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Zuständig für den betrieblichen Teil der dualen Berufsausbildung ist die Wirtschaft, deren Aufsicht beim Bundeswirtschaftsministerium liegt. Für die begleitende Berufsschule sind die

Kultusministerien der Länder verantwortlich. Daneben besteht eine schulische Berufsausbildung – fast ausschließlich für die Sozial-, Erziehungs- und die nichtärztlichen Gesundheitsberufe. Zuständig für diesen Teil der Berufsausbildung sind überwiegend die Kultusminister der Länder, zum Teil aber die Fachministerien des Bundes.

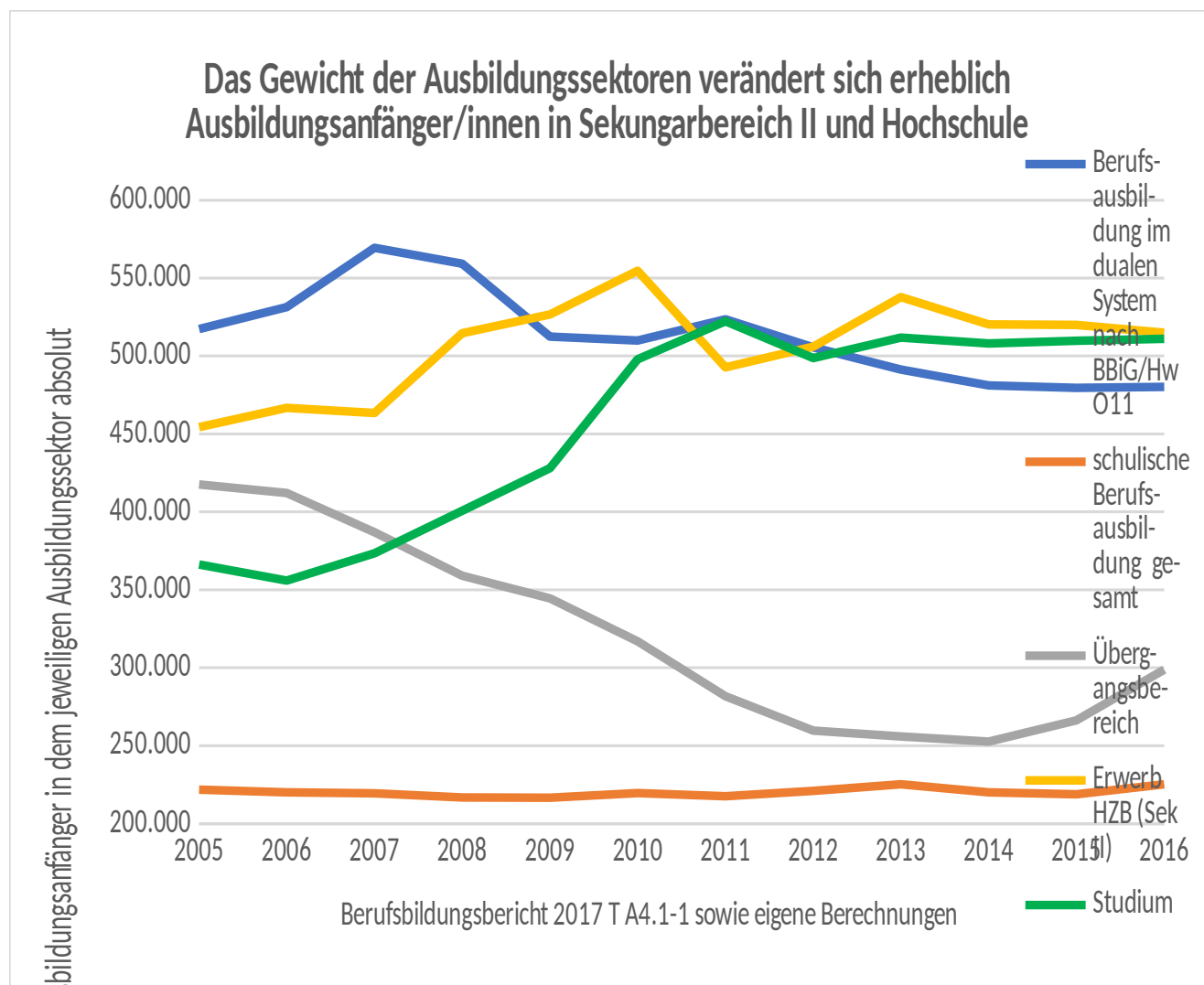
Noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es keine Anrechnung beruflicher Abschlüsse für den Zugang zu allgemeinen Bildungsgängen und – von den Abend- und Aufbauschulen abgesehen – keine Aufstiegswege in die Allgemeinbildung.

Die Undurchlässigkeit wurde zum dauernden Ärgernis und nur unbefriedigend korrigiert. Vier Wege wurden seit der Nachkriegszeit beschritten, um Breschen von der Berufsausbildung zur Allgemeinbildung zu schlagen. Zunächst waren die Ansätze zaghafte, später entschiedener, aber weiterhin unzulänglich, weshalb auch alle Ansätze nebeneinander erhalten blieben.

- Eine Brücke zwischen Berufs- und Allgemeinbildung schlagen die Fachoberschulen und die beruflichen Gymnasien. Sie schaffen es, den allgemeinbildenden Kanon zu ergänzen. In diesen Schulen kompensieren berufsbezogene Fächer und Inhalte im gewissen Umfang die bisherige Allgemeinbildung und vermitteln gleichwertige Abschlüsse und Berechtigungen. Diese Schulformen sind erfolgreich, weil sie die Durchlässigkeit von den nicht-gymnasialen Schulformen der Sekundarstufe I erhöhen. Sie schaffen aber kaum eine höhere Durchlässigkeit von der Berufsausbildung zur Hochschule – weder von der dualen noch von der schulischen Berufsausbildung.
- Daneben gibt es auf der Berufsbildung aufbauende Schulformen mit allgemeinen Abschlüssen – so die Berufsaufbauschule und die Berufsoberschule. Sie sind die institutionalisierte Diskriminierung der Berufsausbildung, weil sie in Vollzeitform zusätzliche Schulzeit oder bei Teilzeit zusätzliche Unterrichtsstunden verlangen, um über die Berufsbildung zu allgemeinbildenden Abschlüssen zu kommen. Diese Bildungsangebote sind wenig attraktiv, so dass Berufsaufbauschulen nur noch in Baden- Württemberg und Berufsoberschulen nur in der Hälfte der Bundesländer mit wenigen Schülern/innen bestehen.
- In einigen Bundesländern gibt es allgemeinbildende Ergänzungskurse neben der Berufsausbildung, um allgemeine Abschlüsse unter bestimmten Voraussetzungen zu erhalten.
- Ein Durchbruch war, dass auch die schulische Berufsausbildung die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife allgemein oder fachgebunden verleihen kann. Das ist zumeist an die Bedingung geknüpft, dass der Absolvent der berufsqualifizierenden Berufsfachschulen bzw. der Fachschulen einen qualifizierten Abschluss erreicht oder Zusatzqualifikationen erworben hat. Hier gelingt erstmals eine Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung – allerdings teilweise nur mit fachgebundener Studienberechtigung.
- Die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens in deutsches Recht hat wenigstens formal zu einer deutlichen Aufwertung beruflicher Bildung geführt, da er den Abschluss der dualen Berufsausbildung mit der Hochschulreife gleichstellt. Das Recht auf einen Studienzugang ist eingeschränkt: in jedem Fall ist eine mehrjährige Berufspraxis sowie zumeist je nach Land zusätzlich eine Aufnahmeprüfung, ein Probese semester oder nachgewiesene Zusatzqualifikationen erforderlich.

Konsequenz ist, dass die Durchlässigkeit von der dualen Berufsausbildung zur Hochschule – wie schon oben dargelegt – äußerst gering ist.

Die Gewichte der Sektoren des Sekundarbereichs II sowie des Tertiärbereichs haben sich im letzten Jahrzehnt erheblich verschoben. Am weitesten zugenommen haben die Studienanfänger/innen. Ihre Anzahl wird nur leicht überboten von den Jugendlichen in hochschulvorbereitenden Bildungsgängen, die ebenfalls deutlich im vergangenen Jahrzehnt zugelegt haben. Demgegenüber hat die duale Berufsausbildung ihre führende Ausbildungsfunktion verloren. Am weitesten ist der Übergangsbereich zunächst zurückgegangen, aber in den letzten Jahren trotz guter Konjunktur wieder angestiegen. Auf niedrigem Niveau hat sich die schulische Berufsausbildung gehalten.



Die gymnasiale Oberstufe ist der Königsweg zu beruflichem und gesellschaftlichem Aufstieg

Das Gymnasium ist die angesehenste und privilegierteste Schulform in Deutschland. Bis in die 60er Jahre besaß es auch weitestgehend das Monopol, die Hochschulreife zu verleihen. Mit der Errichtung der Fachoberschulen, dem Ausbau beruflicher Gymnasien und der Gründung der Gesamtschulen² hat das Gymnasium dieses Monopol verloren.

² Für Schulen des gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I in Deutschland bestehen inzwischen 7 unterschiedliche Bezeichnungen: Gemeinschaftsschule, Gesamtschule, integrierte Sekundarschule, Oberschule, Primarschule, Sekundarschule und Stadtteilschule. Im Folgenden werden sie einheitlich Gesamtschulen genannt.

Das Gymnasium konnte sich aber weiterhin bestimmte Privilegien sichern. Im Gegensatz zu allen anderen Übergängen in den Sekundarbereich II muss sich ein Gymnasiast nicht bewerben, keine Prüfung ablegen, sondern erhält mit der Versetzung den Anspruch auf den Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Die Härte der Ausbildungssuche und erst Recht der Berufswelt bleibt dem Gymnasiasten weitgehend erspart; im Vergleich zu anderen Bildungsgängen hat er -wenn er studiert - eine deutlich verlängerte „Jugend“.

Im Gegensatz dazu müssen Nicht-Gymnasiasten beim Übergang in eine gymnasiale Oberstufe im Allgemeinen einen bestimmten Notendurchschnitt nachweisen oder eine Prüfung ablegen, sich bei gymnasialen Oberstufen bewerben und sind von deren ausreichenden Schulplätzen abhängig.

Wer allerdings dann einen hochschulvorbereitenden Bildungsgang besucht und erfolgreich abschließt, hat ein weiteres Privileg: er hat- mit Ausnahme bei den künstlerischen Fächern - ein Recht auf einen Studienplatz im gewünschten Studiengang. Dieses Recht der Freiheit der Berufswahl kann durch einen Numerus Clausus eingeschränkt werden, aber die Hochschule hat dann nachzuweisen, dass sie die vorhandenen Kapazitäten voll ausgeschöpft hat. Sie hat der Nachfrage bestmöglich zu entsprechen und nicht einem möglichen Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft.

Die schulische Berufsausbildung ist zur Ausbildungsstätte der Erziehungs- und Gesundheitsberufe geworden

Die schulische Berufsausbildung ist nach der Rechtslage, der Trägerschaft, der Abschlüsse und Berechtigungen äußerst zersplittert. Sie wird nach Ausbildungen gegliedert

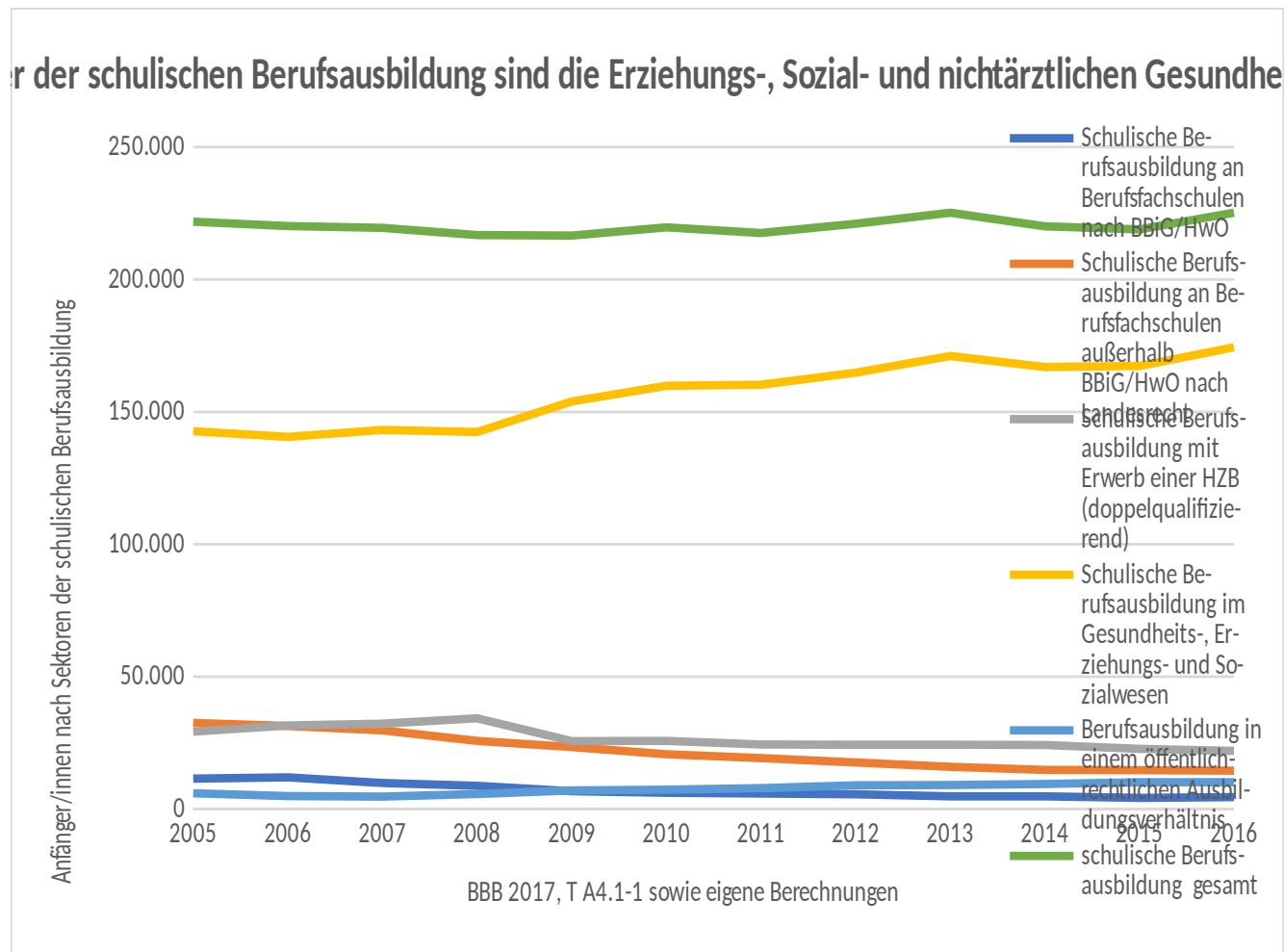
- nach dem Berufsbildungsgesetz,
- außerhalb des Berufsbildungsgesetzes nach Landesrecht,
- zum Erwerb der Hochschulzulassungsberechtigung durch Doppelqualifizierung,
- in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen und
- im mittleren öffentlichen Dienst.

Diese Formen der schulischen Berufsausbildung unterliegen unterschiedlichem Druck der Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Veränderung ist hier besonders groß.

Eine schulische Berufsausbildung in den Handwerksberufen ist um der Gewerbeförderung willen in strukturschwachen Gegenden vereinzelt entstanden. Ebenso wurde sie nach der Wende in Ostdeutschland im größeren Umfang eingerichtet. Als ungeliebte Konkurrenz zur Wirtschaft und wegen der hohen Kosten ist diese Form schulischer Berufsausbildung stark zurückgefahren worden, so dass sie mit 2 % fast keine Rolle mehr spielt. Nicht viel besser erging es der schulischen Berufsausbildung nach Landesrecht, die gleich stark zurückging und auch nur noch wenige Prozente umfasst. Selbst doppelqualifizierende Bildungsgänge, die zugleich zur Hochschulzulassung berechtigen, gingen um ein Viertel zurück und sind relativ bedeutungslos, was auch trotz des Anstiegs für die Beamtenausbildung im mittleren Dienst zutrifft.

Der einzige noch tragende Pfeiler der schulischen Berufsausbildung ist die Ausbildung zu den Erziehungs-, Sozial- und den nichtärztlichen Gesundheitsberufen; sie umfasst fast 80 % der Anfänger im Schulberufssystem und hat den Rückgang in den anderen Bereichen mehr als aufgefangen. Die Ausbildung findet überwiegend in Fachschulen statt. Die Bundesregierung hat innerhalb der EU im

Anhang einer Richtlinie³ durchgesetzt, dass diese Ausbildungen als tertiär anerkannt werden. Historisch waren sie eher Fortbildungen und wurden zurecht Fachschulen genannt. Jetzt bauen sie fast ausschließlich auf einem mittleren Abschluss mit und ohne Praktikum auf. Überwiegend sind es Erstausbildungen und gehören zum oberen Sekundarbereich. Entsprechend ordnet der Berufsbildungsbericht diese Ausbildungen dem Sektor Berufsausbildung zu.



Das Exportmodell der dualen Berufsausbildung ist geschönt

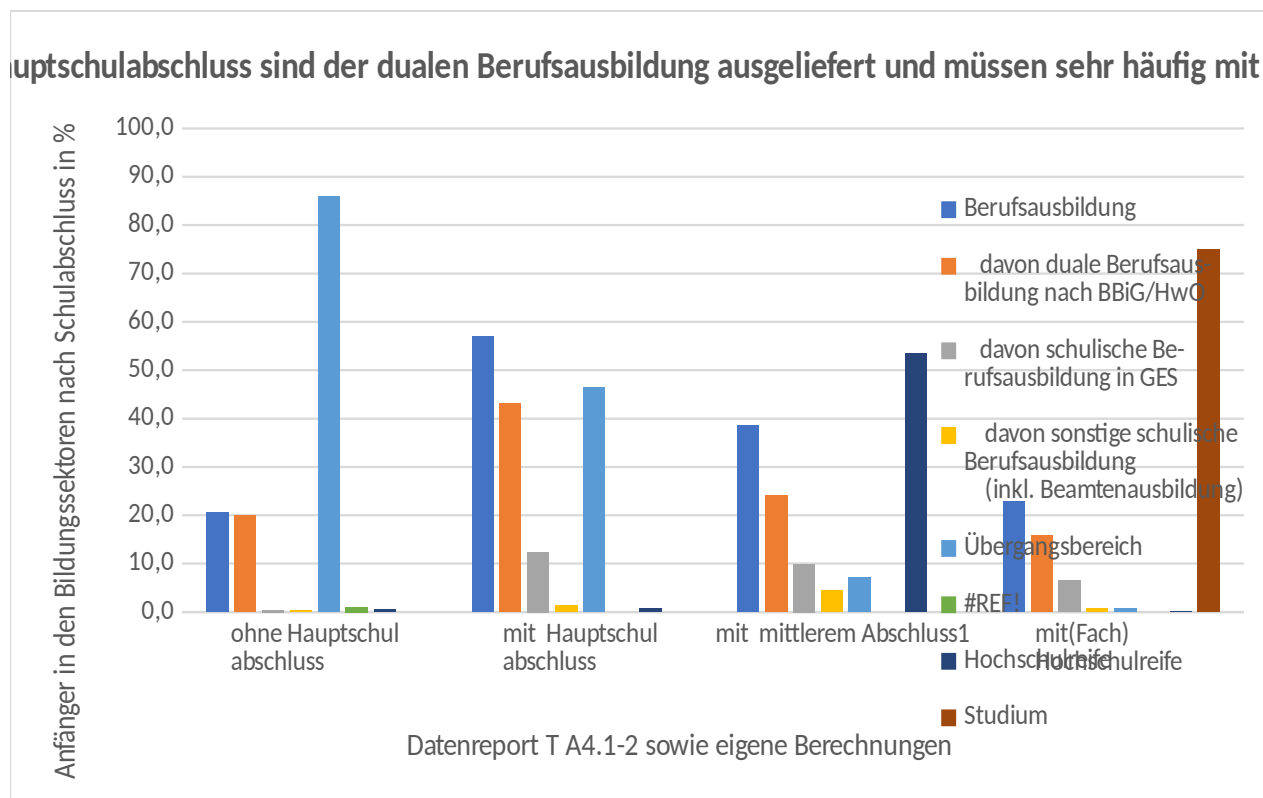
Die Bewerbung um einen dualen Ausbildungsplatz ist besonders hart. Nach den bisherigen Vorstellungen sollen die Jugendlichen unmittelbar nach dem Abgang aus der Sekundarstufe I über ihre Ausbildung entscheiden. Dabei müssen sie sich spezialisieren und zwischen weit über 300 Ausbildungsgängen entscheiden. Sie legen damit nicht nur ihre Ausbildung, sondern häufig auch ihren Beruf fest, denn drei Viertel der Ausbildungsberufe sind Monoberufe, aber nicht alle kommen im Ausbildungsberuf als Werk tätige unter.

Jugendliche müssen sich für die duale Berufsausbildung bewerben. Für sie ist die Freiheit der Berufswahl durch das Angebot der Wirtschaft stark eingeschränkt - im Gegensatz zu den Studienplatzbewerbern. Denn nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf der Staat die Studienwahl grundsätzlich nicht nach dem Bedarf reglementieren, er hat die Freiheit der Berufswahl zu garantieren. Gelingt ihm das trotz eingesetzter Ressourcen nicht, darf er nur noch den Kapazitäten, nicht nach dem Bedarf die Studienwahl begrenzen.

³ RICHTLINIE 2005/36/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 7. September 2005

Dass für den Ausbildungsplatzsuchenden kein Recht auf einen Ausbildungsplatz besteht, erst recht nicht in seinem Wunschberuf, ist umso gravierender, weil für Jugendliche ohne, aber auch mit Hauptschulabschluss so gut wie keine Ausbildungsalternative besteht. Scheitern sie bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, bleibt ihnen fast nichts anderes übrig, als zu versuchen, sich über den Übergangsbereich für eine Berufsausbildung zu qualifizieren.

Die Lehre ist für viele Schulabgänger unerreichbar. Nur jeder 5. Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss findet eine Ausbildung, über 80 % landen im Übergangsbereich. Sogar von den Schulabgängern mit Hauptschulabschluss finden sich mehr als 40 % nur im Übergangsbereich wieder. Selbst einzelne Jugendliche mit mittlerem Abschluss finden sich dort.



Die Jugendlichen, die erfolgreich eine Lehre starten, mussten im Allgemeinen mit großen Enttäuschungen leben: sie haben sich im Durchschnitt 20-mal beworben, Hauptschüler im Schnitt 40-mal mehr als Realschüler und Gymnasiasten. Trotz der Vielzahl der Bewerbungen kam es nur ein- bis 5-mal zum Vorstellungsgespräch. Die grundgesetzlich festgelegte Freiheit der Berufswahl besteht für die Ausbildungsbewerber kaum: Nur die Hälfte der Azubis hat eine Stelle im Wunschberuf gefunden. Nicht nur bei der Wahl des Berufes, sondern auch bei der Ausbildungsstelle müssen sich die Bewerber oft nach der Decke strecken: Jeder dritte Hauptschüler nimmt sie nur aus Mangel an Alternativen an (Azubi. Report 2017, S. 10 ff.).

Mit dem Beginn einer Lehre hat der Azubi keine dem Studium gleichwertige berufliche Zukunft vor sich, wie es die Wirtschaft weismachen will. Sie wirbt um Abiturienten und Studenten mit dem Hinweis auf die hohe Quote der Studienabbrecher. Doch der Erfolg der Lehre ist geringer als der des Studiums. Die Erfolgsquote beim Studium beträgt nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes fast 80 % (S.9). Bei der dualen Berufsausbildung werden dagegen 25 % aller Ausbildungsverträge aufgelöst, und weitere 10 % der Azubis fallen durch die Prüfung.

Die Sorgen sind mit dem Lehrabschluss nicht vorbei, denn nur ein Teil der Ausgebildeten wird vom Ausbildungsbetrieb übernommen, ein anderer Teil muss sich um eine Stelle bewerben.

Ein Ausgebildeter ist gegenüber einem Jugendlichen ohne Abschluss beruflich deutlich bessergestellt, nicht jedoch gegenüber einem Hochschulabsolventen. Wie oben gezeigt, ist er im Schnitt schlechter vor Erwerbslosigkeit geschützt und muss mit geringerem Einkommen leben. Seine beruflichen Chancen steigen mit einer anschließenden tertiären Ausbildung, doch dazu muss er ein Nadelöhr passieren.

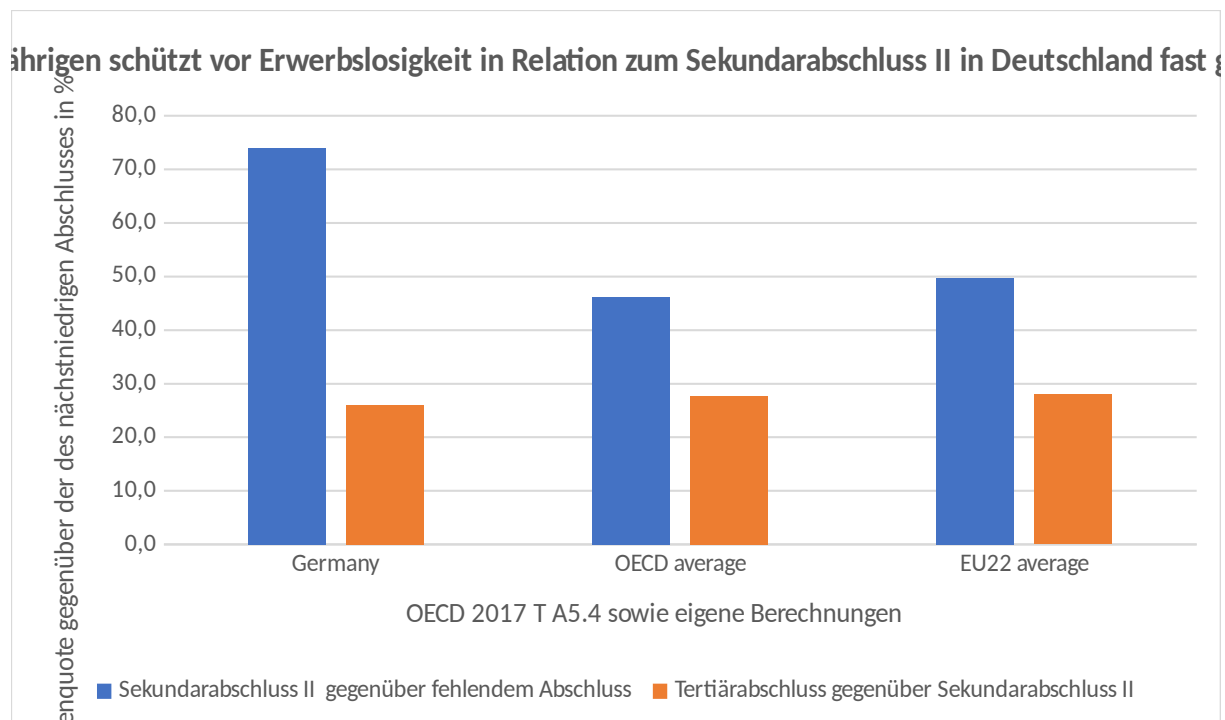
Nichts desto trotz preisen Wirtschaft und Politik die duale Berufsausbildung als das deutsche Exportmodell gepriesen. Herausgestellt wird die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit.

Doch weder die Ausbildung noch die Beschäftigung von Jugendlichen in Deutschland ist so gut wie oft dargestellt. Vielmehr schönen die internationalen Vergleiche die deutsche Situation.

- Die Quote der Jugendarbeitslosen ist wegen der deutschen Besonderheit der dualen Berufsausbildung nicht vergleichbar; denn international wird die Quote auf Erwerbspersonen bezogen. Doch wer zu den Erwerbspersonen zählt, das unterscheidet sich: In Ländern mit schulischer Berufsausbildung sind die Auszubildenden Schüler und keine Erwerbspersonen, in Deutschland gelten die dual Auszubildenden als Erwerbspersonen. Staaten mit einer dualen Berufsausbildung sind damit statistisch im Vorteil, Staaten mit einer schulischen Berufsausbildung statistisch im Nachteil.
- Zugleich hat die deutsche Politik gegen die Jugendarbeitslosigkeit den Übergangsbereich und die Freiwilligendienste stark ausgebaut. Die teilnehmenden Jugendlichen gelten nicht als arbeitslos, sondern als beschäftigt. Dadurch verringert sich die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen auf Zeit, sichert ihnen aber keine Berufsausbildung. Durchlaufen sie anschließend noch eine duale Berufsausbildung, dann beenden sie die Ausbildung fast schon als Erwachsene und fallen so nicht mehr oder nur für kurze Zeit noch unter die Jugendarbeitslosigkeit. Diese Maßnahmen verschieben eine potentielle Jugendarbeitslosigkeit in ein späteres Alter. Das eigentliche Problem unzureichender Ausbildung und Beschäftigung wird damit von Jugendlichen auf junge Erwachsene verschoben.

Für einen OECD-Vergleich sollten daher nur die Daten der 25-34-Jährigen herangezogen werden. Bei einem solchem Vergleich der Erwerbslosigkeit schneiden zwar junge Erwachsene in Deutschland mit oberem Sekundarabschluss deutlich besser ab ohne diesen Abschluss, was ein Erfolg der dualen Berufsausbildung ist.

Aber gegenüber einem Tertiärabschluss ist der obere Sekundarabschluss in Deutschland fast gleich stark benachteiligt wie in der OECD und in der EU. Nicht nur die propagierte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist eine Schimäre: Mit der - mehrheitlich dualen - Berufsausbildung in Deutschland ist man gegenüber der tertiären Bildung - selbst bei der vergleichsweise sehr geringen Erwerbslosigkeit - fast nicht bessergestellt als mit der schulischen in fast allen OECD-Ländern.



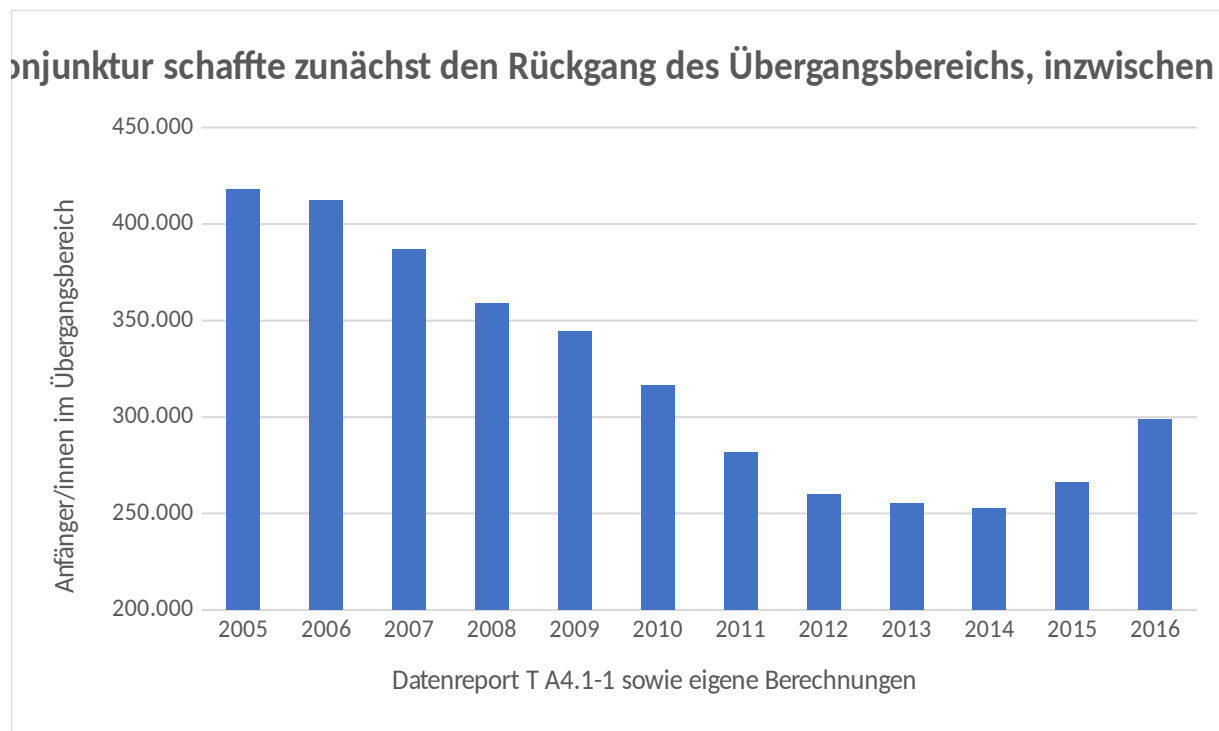
300.000 Berufseinsteiger landen im Übergangsbereich – einem Wartesaal

Traditionell war es so gut wie selbstverständlich, dass Schulabgänger mit dem Hauptschulabschluss eine Berufsausbildung beginnen. Das war selbst für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss früher nicht selten. Doch seit der Wirtschaftskrisen zu Beginn der 70er Jahre scheitern viele Schulentlassene beim direkten Übergang aus der Schule in die duale Berufsausbildung.

Die Wirtschaft führt dieses Scheitern beim Übergang in die duale Berufsausbildung vor allem auf die fehlende Ausbildungsreife der Jugendlichen zurück, während die Politik eher die Konjunktur verantwortlich macht. Sie versuchte seit den 70er Jahren mit stetig neu abgeschlossenen Ausbildungspakten⁴ die Wirtschaft zu animieren, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug übernahm sie die Argumentation der Wirtschaft, dass den Jugendlichen die Ausbildungsreife fehle. Sie baute den Übergangsbereich – vor allem in den 90er Jahre des letzten Jahrhunderts – massiv aus.

Der Übergangsbereich soll Jugendliche, die als nicht ausbildungsreif stigmatisiert werden, weil sie keine Ausbildungsstelle gefunden haben, für eine duale Berufsausbildung befähigen. Auf Kosten von Bund und Ländern wurde der Übergangsbereich soweit ausgebaut, dass er fast so viele Einsteiger in die Berufsausbildung aufnahm wie die duale Berufsausbildung. Mit dem an Stärke abnehmenden Entlassjahrgängen und dem stärkeren Andrang an die Hochschulen ging der Übergangsbereich zahlenmäßig zunächst stark zurück, stieg aber in den letzten Jahren wieder deutlich an.

⁴ Wie erneut im Koalitionsvertrag von CDU/ CSU und SPD



Der Übergangsbereich ist extrem zersplittert: es variieren die Konzepte, die Schwerpunkte, die Ausbildungsstätten, die Träger und die Finanzierung. Wieland listet weit über 100 unterschiedliche Maßnahmen auf. Er bezeichnet den Übergangsbereich nicht mehr - wie er früher genannt wurde - als System, sondern als einen Maßnahmenschwungel (Wieland, Übergänge, S. 3).

Trotz der Schulpflicht vergisst der Staat nicht wenige Jugendliche

Die bestehende Berufsschulpflicht belegt das Anliegen des Staates, möglichst eine Berufsausbildung bzw. eine Studienberechtigung für jeden zu sichern.

Doch trotz der bestehenden Berufsschulpflicht haben sich Staat und Berufsschule lange Zeit damit abgefunden, dass sich ein Teil der Schulentlassenen der Schulpflicht entzieht. Sie reisen ins Ausland, arbeiten bei den Freiwilligendiensten, jobben oder bummeln herum. Bis vor kurzem haben sich weder die Berufsschulen noch die Kommunen noch die Länder intensiv um die Aussteiger bemüht. Ein Grund war auch, dass für diese Jugendlichen keine überzeugenden und motivierenden Bildungsangebote bestanden. Der Staat hat zugesehen, dass ein Teil der jungen Leute auch später keine Berufsausbildung erhielt und damit vor einer gefährdeten und wenig auskömmlichen beruflichen Zukunft stand.

Erst in jüngster Zeit haben Hamburg und Nordrhein- Westfalen intensive Anstrengungen unternommen, um diese Jugendlichen aufzuspüren. Wie bitter notwendig das ist, beschreibt der Hamburger Ausbildungsreport:

„Dieser ‘verschollene’ Personenkreis trat vielfach mehrere Jahre nach seiner Schulentlassung wieder in Erscheinung, nicht selten nach schwierigen Lebensphasen als besonders von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.“ (Ausbildungsreport 2015, S. 28).

Um Jugendliche daran zu hindern, sich der Ausbildung zu entziehen, haben sich die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen sowie die Bertelsmann-Stiftung für das Konzept "Kein Abschluss ohne

Anschluss" engagiert. Hamburg verfolgt den Verbleib der Schulabgänger seit 2012 systematisch und hat ihn für alle Jugendlichen bis auf jeweils 10 pro Jahr aufgeklärt.

Das Problem der Untergetauchten ist mithin zu lösen. Geblieben, ja gestiegen ist in Hamburg die Quote der Aussteiger. Fast ein Viertel aller Jugendlichen kommt in Hamburg der Berufsschulpflicht nicht nach; so melden sich 5 % aus Hamburg ab und 20 % sind legal von der Berufsschulpflicht befreit bzw. sie ruht. Das geschieht, wenn die Jugendlichen sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen, im Freiwilligen Sozialen bzw. Ökologischen Jahr und im sonstigen Bundesfreiwilligendienst oder bei der Bundeswehr befinden, wenn sie weiterhin von der Jugendberufsagentur beraten werden oder sich im Ausland aufhalten (Ausbildungsreport 2015, S. 29).

Das Abschieben in die Werkstatt für behinderte Menschen

Das bitterste Los trifft die Jugendlichen, die eine Werkstatt für behinderte Menschen besuchen. Nach dem Gesetzesauftrag soll die Werkstatt für behinderte Menschen deren Eingliederung in die Arbeitswelt fördern. Doch fast alle Jugendlichen sind in die Werkstatt nicht nur zur Ausbildung, sondern fast ausnahmslos auch zur anschließenden Beschäftigung eingegliedert und sind von der Umwelt weitgehend isoliert. Oft sind sie auch noch in angegliederten Wohnheimen untergebracht.

Die vermeintlich erforderliche Exklusion verfehlt ihren gesetzlichen Auftrag: die berufliche Eingliederung:

- Nicht einmal 2 % der 'behinderten' Jugendlichen werden außerhalb der Werkstatt ausgebildet (ISB, S. 48, 51).
- Nur 0,2 % der in eine Werkstatt für behinderte Menschen Aufgenommenen werden in den allgemeinen Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt vermittelt. Die übrigen sind keine Arbeitnehmer, sondern "Rehabilitanden" - auf Dauer! Sie arbeiten fast ausschließlich in der Werkstatt; nicht einmal 5 % sind in ausgelagerten Einzel- oder Gruppenarbeitsplätzen der Wirtschaft tätig, und behalten überdies den Status eines Rehabilitanden der Werkstatt (ISB, S. 114).

Zwei Gründe sind dafür maßgeblich:

1. Der Werkstattaufenthalt bedeutet eine Stigmatisierung, welcher die Motivation aller Beteiligten gefährdet und leicht zur Unterforderung der Betroffenen führt. Außerdem fehlt der Anreiz, durch gleichaltrige Menschen ohne Beeinträchtigungen herausgefordert zu werden.
2. Die Werkstatt selbst steht in einem Interessenkonflikt: Sie soll einerseits wirtschaftlich arbeiten und andererseits ihre leistungsfähigsten Teilnehmer in den freien Arbeitsmarkt eingliedern.

Als Rehabilitanden erhalten die Menschen mit Behinderungen keinen Lohn, auch nicht den Mindestlohn, sondern nur ein Entgelt. Sie sind allerdings mit Eintritt in die Werkstatt rentenversichert und erhalten bereits nach 20-jährigem Werkstattaufenthalt die Erwerbsminderungsrente.

Von den Menschen in den Werkstätten werden 75 % als geistig, 18 % als seelisch und 7 % als körperlich behindert eingestuft (Arbeitsgruppe, S. 5 ff.). Nach der Analyse des Eingangsverfahrens stammen 40 % der Zugänge aus der Förderschule - die meisten aus der Förderschule L -, 1 % aus der allgemeinen Schule und weitere aus dem Übergangssystem. 40 % allerdings kommen als Ältere wegen Erwerbsminderung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Plätze steigt seit 2000 deutlich an; knapp 0,5 % der 18- bis 65-Jährigen lebten 2011 in den Werkstätten für behinderte Menschen, der Zugang pro Jahr beträgt knapp 1 % eines Jahrgangs.

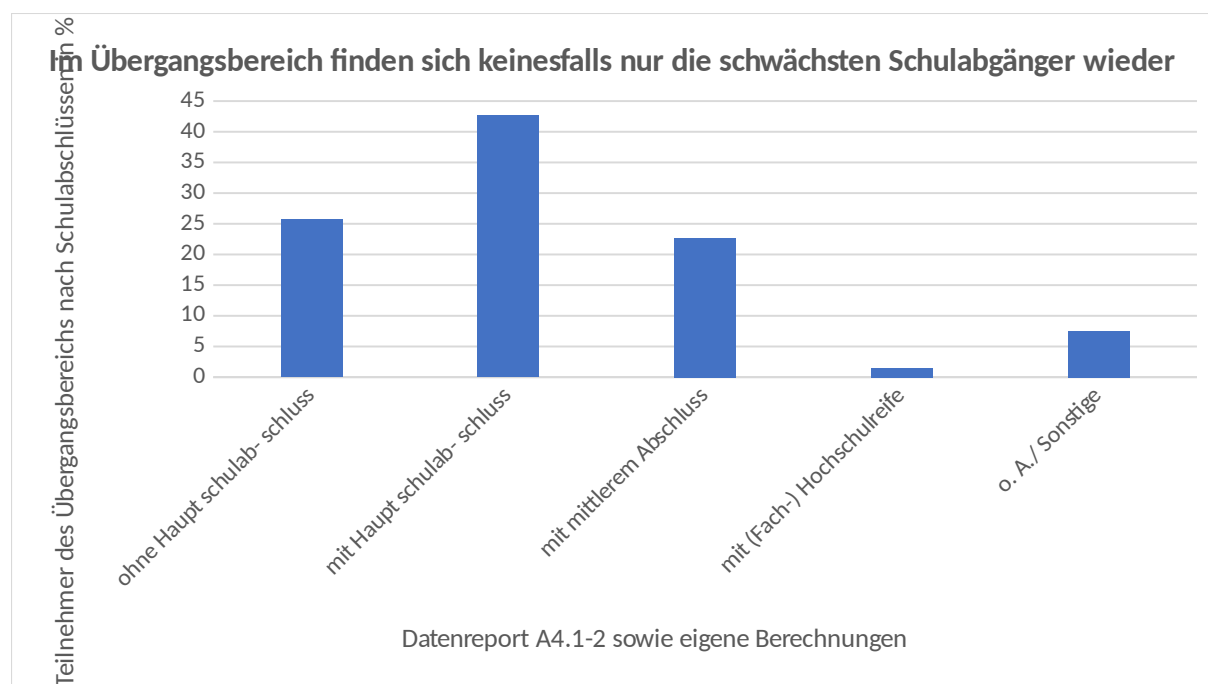
Die Werkstätten verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Bundesländer. So hat Mecklenburg-Vorpommern allein ein Sechstel aller Einrichtungen und hat daraus ein 'Beschäftigungsprogramm' entwickelt. Die Folge ist, dass die Menschen mit Behinderungen weitab von ihren Familien arbeiten und in Wohnheimen leben.

Jeden innerhalb des Sekundarbereichs II beruflich zu qualifizieren, wird nicht gelingen

Der Übergangsbereich ist ein nicht zu verantwortender Wartesaal

Die Argumentation der Wirtschaft, die auch den Wiederanstieg des Übergangsbereichs mit der mangelnden Ausbildungsreife rechtfertigt, ist nicht überzeugend.

Denn im Übergangsbereich sind keinesfalls nur die Leistungsschwächsten, vielmehr haben fast 25 % der Teilnehmer/innen des Übergangsbereichs den Realschulabschluss und selbst Abiturienten sind dort zu finden.



Der Übergangsbereich hätte deutlich zurückgehen müssen und nicht wieder ansteigen dürfen. Denn seit dem PISA-Schock sind die Leistungen der 15-Jährigen in Deutschland beachtlich angestiegen. Auch das Abschlussniveau hat sich merklich verbessert: die Zahl der Schulentlassenen ohne und nur mit dem Hauptschulabschluss ist deutlich gesunken.

Enggruber und Ulrich - Wissenschaftler des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), das der Wirtschaft sehr nahesteht – kommen zu einer noch weitergehenden Erkenntnis, nämlich dass geringere kognitive Fähigkeiten kein Grund für fehlende Ausbildungsreife seien:

„Wir sehen uns hier in Kongruenz mit den Schlussfolgerungen von Buchholz u.a. (2012, S.722), die 'das in Deutschland häufig angeführte (Vor-)Urteil, dass Jugendliche mit geringen kognitiven Kompetenzen nicht reif für eine Ausbildung sind', als 'schwer haltbar' bezeichnen

und dieses Urteil als 'zumindest in Teilen interessengesteuert' einstufen, 'um ein nicht ausreichendes Ausbildungsengagement (der Wirtschaft, J.L.) zu legitimieren'". (S. 44).

Wenn schon die vermeintlich fehlende Ausbildungsreife nicht der eigentliche Grund für den Ausbau des Übergangsbereichs ist, dann könnte sein Besuch ja mindestens die Ausbildungschancen gegenüber anderen Jugendlichen verbessern.

Doch auch hier sind die wissenschaftlichen Ergebnisse zum Übergangsbereich negativ. Dieser ist vor allem von Mitarbeitern des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) – dem Bannerträger der dualen Berufsausbildung – untersucht worden, so von Eberhard, Enggruber, Ulrich, Beicht und Zimmer.

- Eberhard hat den Übergang in die duale Berufsausbildung von Teilnehmern mit erfolgreich besuchten Übergangsmaßnahmen mit Nichtteilnehmern verglichen. Dabei hat sie - wie auch Beicht - die Unterschiede zwischen Teilnehmern und Nichtteilnehmern hinsichtlich der Ausbildungsreife, des Schulabschlusses, der Zensuren, der schulischen Vorbereitung und der Absolvierung von Praktika eliminiert. Selbst unter vergleichbaren Bedingungen ergibt ihre Untersuchung keinerlei signifikanten Unterschied bei den Ausbildungschancen. (Eberhard, S. 162 f.).
- Während nach Eberhard der Übergangsbereich keinen positiven Effekt zeigt, wirkt der Übergangsbereich für Enggruber und Ulrich sogar überwiegend negativ

„So gesehen kann auch von einer 'doppelten Benachteiligung' der verzögert einmündenden Jugendlichen gesprochen werden: Zunächst sind sie vor allem durch die regionalen Ausbildungsmarktbedingungen und die dort herrschenden Einstellungspraxen der Betriebe benachteiligt. Des Weiteren verbessern sich ihre Zugangsvoraussetzungen für eine Berufsausbildung nicht grundlegend durch den Besuch im Übergangsbereich, vielmehr verlaufen ihre Bildungswege danach sogar weniger günstig als bei den Jugendlichen, die direkt eine Berufsausbildung begonnen haben. Lediglich die Jugendlichen, denen es innerhalb der ersten 15 Monate nach Verlassen der Hauptschule gelungen ist, ihren Schulabschluss zu verbessern, profitierten nach unseren Ergebnissen von ihrem Besuch des Übergangssektors.“

Sie bezeichnen den Übergangsbereich auf Grund dessen als „sinnlose Warteschleife“ (Enggruber /Ulrich S. 45).

- Noch kritischer urteilt Beicht: "Relativ häufig stellen Übergangsmaßnahmen jedoch auch eher Warteschleifen dar, die zum Teil sogar in Maßnahmekarrieren und Ausbildungslosigkeit enden."(Beicht, 2011, S.83).

Der Berufspädagogen G. Zimmer folgert auf Grund der Ergebnisse zum Übergangsbereich: "Das 'berufliche Übergangssystem' gehört komplett abgeschafft, weil es die Jugendlichen nur in 'Warteschleifen' festhält, oft zu Maßnahmenkarrieren und schließlich in längere Arbeitslosigkeit führt, den Erwerb eigenständiger qualifizierter Erwerbsfähigkeiten eher verhindert und zu selten in eine qualifizierte Berufsausbildung mündet."(Zimmer, S. 26).

Insgesamt beruht der Übergangsbereich auf einer falschen Diagnose – einer vermeintlich in diesem Umfang fehlenden Ausbildungsreife – und hat praktisch keine und sogar eher negative Folgen. Statt vor der Drohung der Wirtschaft, die duale Berufsausbildung zurückzufahren, zu kuschen, sollte der Staat ein qualifiziertes Bildungsangebot für alle in der Sekundarstufe II bereitstellen. Stattdessen

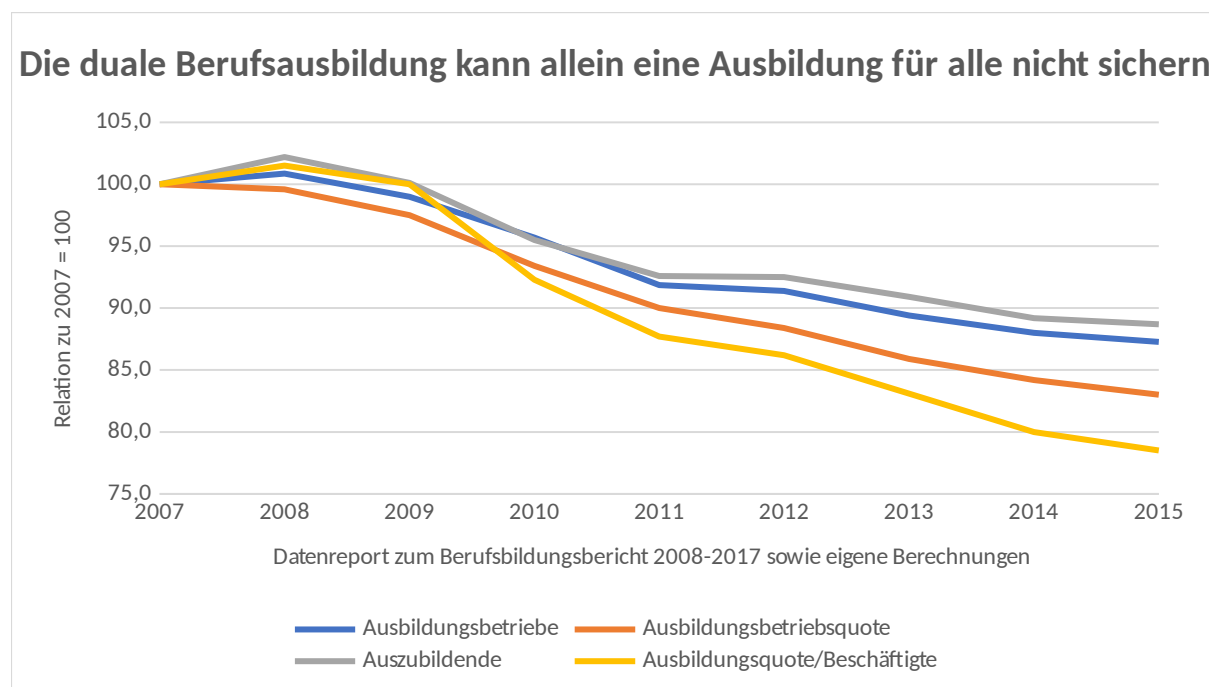
verschwendet der Staat mögliche Bildungschancen für die Jugendlichen und Ressourcen für den Wartesaal des Übergangsbereiches.

Die duale Berufsausbildung wandelt sich

Die duale Berufsausbildung ist im Umbruch: das Angebot geht zurück, die Ansprüche an die Auszubildenden wachsen und das Ausbildungsalter steigt erheblich.

Das duale Ausbildungsmodell wankt

So ist der Umfang von angebotenen Ausbildungsstellen – um konjunkturelle Einflüssen bereinigt – fast stetig rückläufig. Seit Anfang der 90er Jahre ging das Angebot deutlich um 20 % auf 570.000 Stellen zurück. Die Zahl der Azubis fiel Innerhalb von 8 Jahren um gut 10 %, ein Grund dafür, dass der Übergangsbereich seit einigen Jahren ansteigt. Unter 20 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte findet sich nur noch ein Auszubildender. Das ist zu wenig, um den Ersatzbedarf zu befriedigen. So fällt die Ausbildungsquote/Beschäftigte seit dem Jahre 2008 kontinuierlich und das in Zeiten einer guten Konjunktur. Noch kritischer ist, dass die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe deutlich zurückgeht. Nur noch jeder 5. Betrieb bildet aus, die übrigen Betriebe profitieren von der Ausbildungsbereitschaft anderer. Ob unter diesen Bedingungen die Bereitschaft der Lehrbetriebe noch anhält, weiter auch für andere auszubilden, ist fraglich.



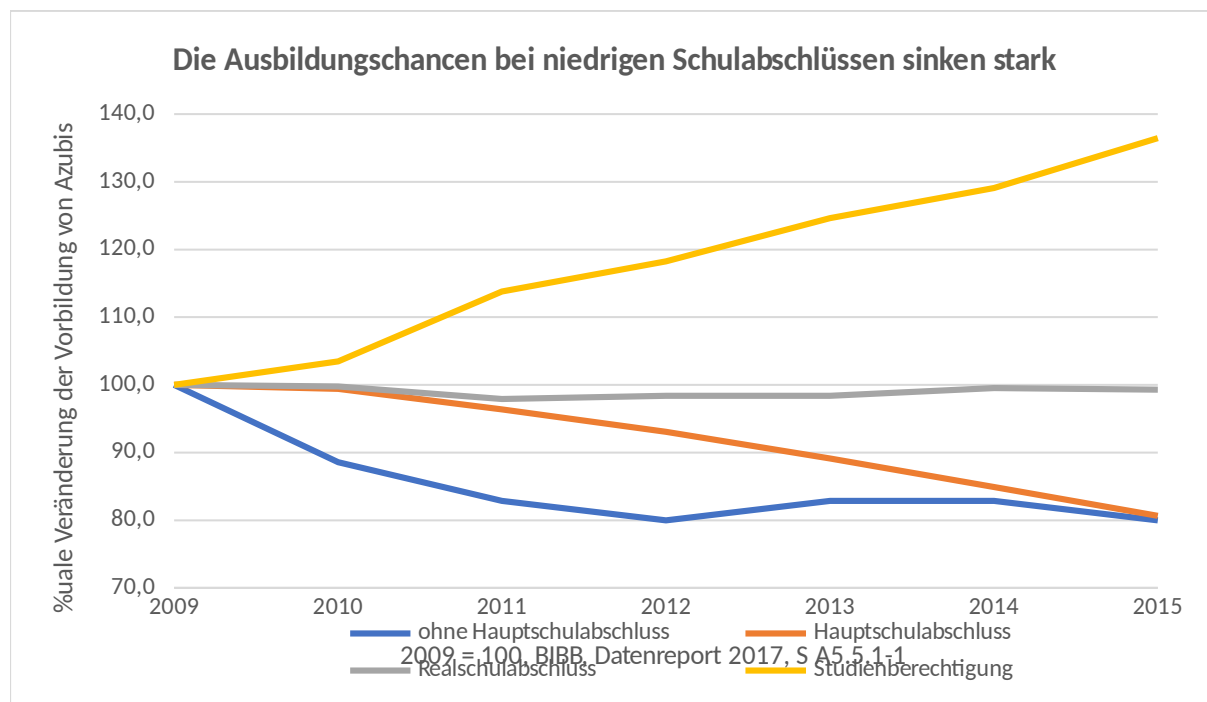
Es gibt einen gegenläufigen Trend: die Beteiligung der Wirtschaft am dualem Studium. Seit dem Jahre 2004 ist die Zahl der dual Erststudierenden von 40.000 auf 100.000 gestiegen (Datenreport 2017, T A6.3-4).

Die Wirtschaft schraubt ihr Anspruchsniveau in die Höhe

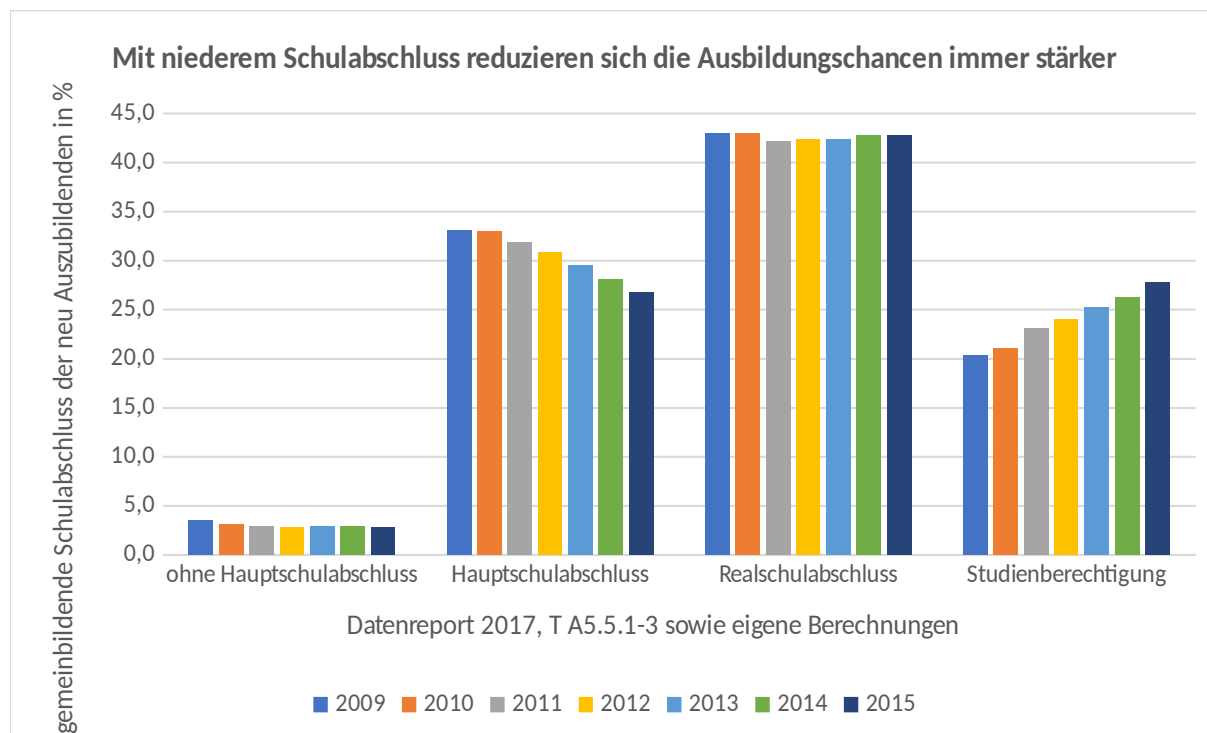
Noch problematischer als der quantitative Rückgang der dualen Berufsausbildung ist deren qualitative Veränderung. Diese ist nicht mehr das Ausbildungsangebot für jedermann, weil die Wirtschaft ihre Ansprüche an die schulische Vorbildung anhebt.

Damit wird für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss die Chance auf einen Ausbildungsplatz minimal, und selbst für Jugendliche mit Hauptschulabschluss ist sie gering und wird geringer. Innerhalb von nur 6 Jahren sank der Anteil der Neuausgebildeten mit diesem Abschluss von einem

Drittel auf etwas mehr als ein Viertel. Der Hauptschulabschluss wurde von der Studienberechtigung auf Platz 3 verdrängt. Deren Anteil stieg in 6 Jahren um mehr als ein Drittel an.

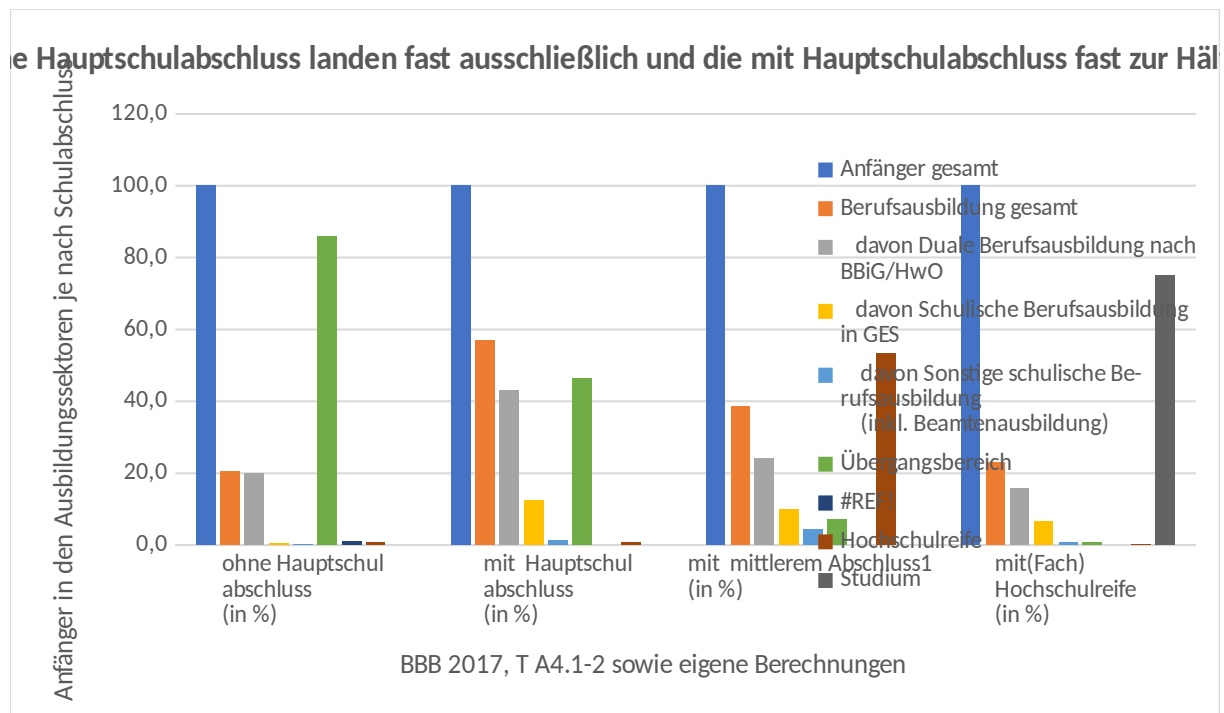


Die Politik hatte wegen der Steigerung der Schulleistungen und des Abschlussniveaus gehofft, dass die Wirtschaft die verbleibenden Schülerinnen und Schüler mit niedrigeren Schulabschlüssen aufnehmen könnte, doch die Hoffnung hat getrogen.

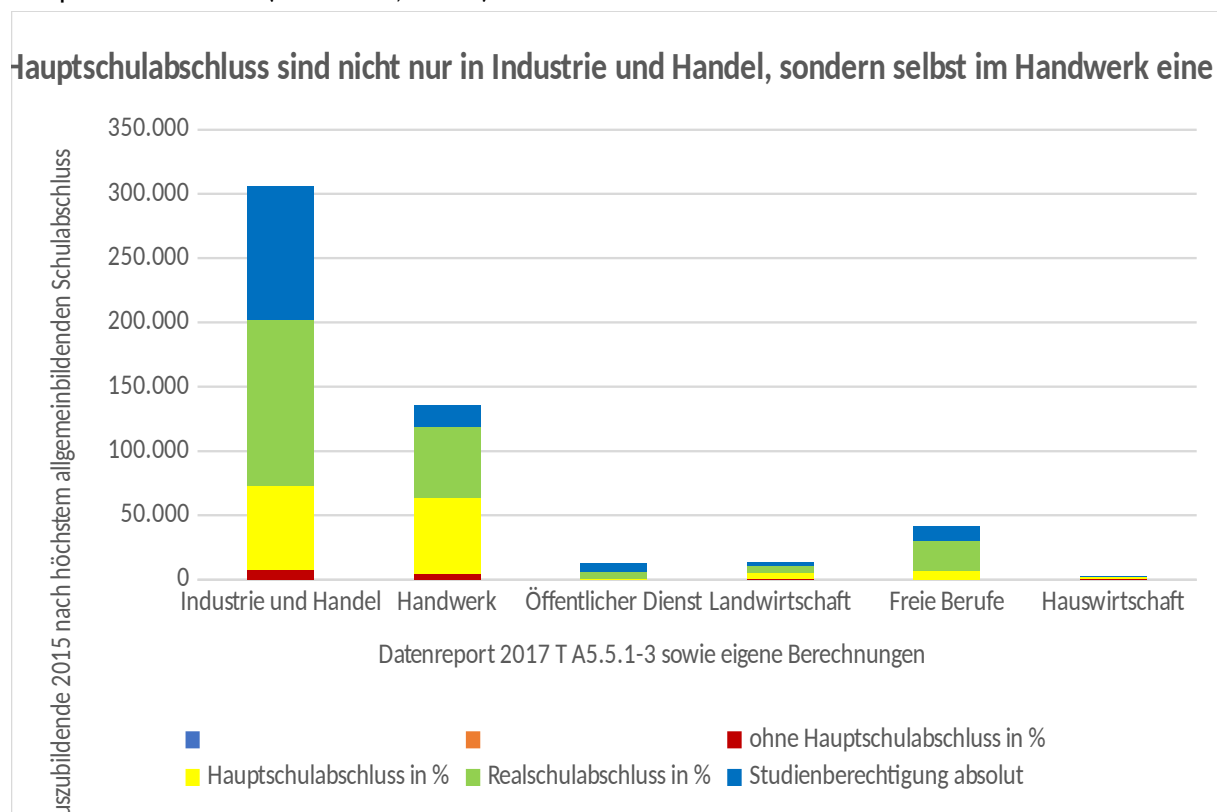


Fast all Ausbildungsanfänger ohne Hauptschulabschluss müssen in den Übergangsbereich, nur ein einziger von 7 kann mit einer Lehre beginnen. Bei Abgängern mit dem Hauptschulabschluss

verbessern sich die Chancen; dennoch: mehr von ihnen fangen im Übergangsbereich an, weniger in einer Betriebsausbildung. Einige jedoch schaffen es, eine schulischen Berufsausbildung zu beginnen.



Noch deprimierender ist, welche Ausbildungsplätze den Schulabgängern mit und ohne Hauptschulabschluss verbleiben. In Industrie und Handel ist ihr Anteil in 6 Jahren um ein Sechstel auf nicht einmal ein Viertel aller Azubis zurückgegangen. Auch in der ehemaligen Domäne der Hauptschüler/innen – dem Handwerk – stellen Jugendliche ohne und mit dem Hauptschulabschluss nicht mehr die Hälfte der Auszubildenden. Die Wirtschaft setzt immer stärker auf qualifizierte Abschlüsse, inzwischen besitzen mehr neu Auszubildenden die Studienberechtigung als den Hauptschulabschluss (BIBB 2017, S. 142).



Im Wettlauf zwischen den steigenden Anforderungen der Wirtschaft und der Bildungspolitik, die das Leistungs- und Abschlussniveau der Schulabgänger anhebt, hat die Politik verloren. Mit einem Ausbildungsmonopol der dualen Berufsausbildung ist eine qualifizierte Berufsausbildung für Jugendliche mit höchstens einem Hauptschulabschluss nicht durchzusetzen.

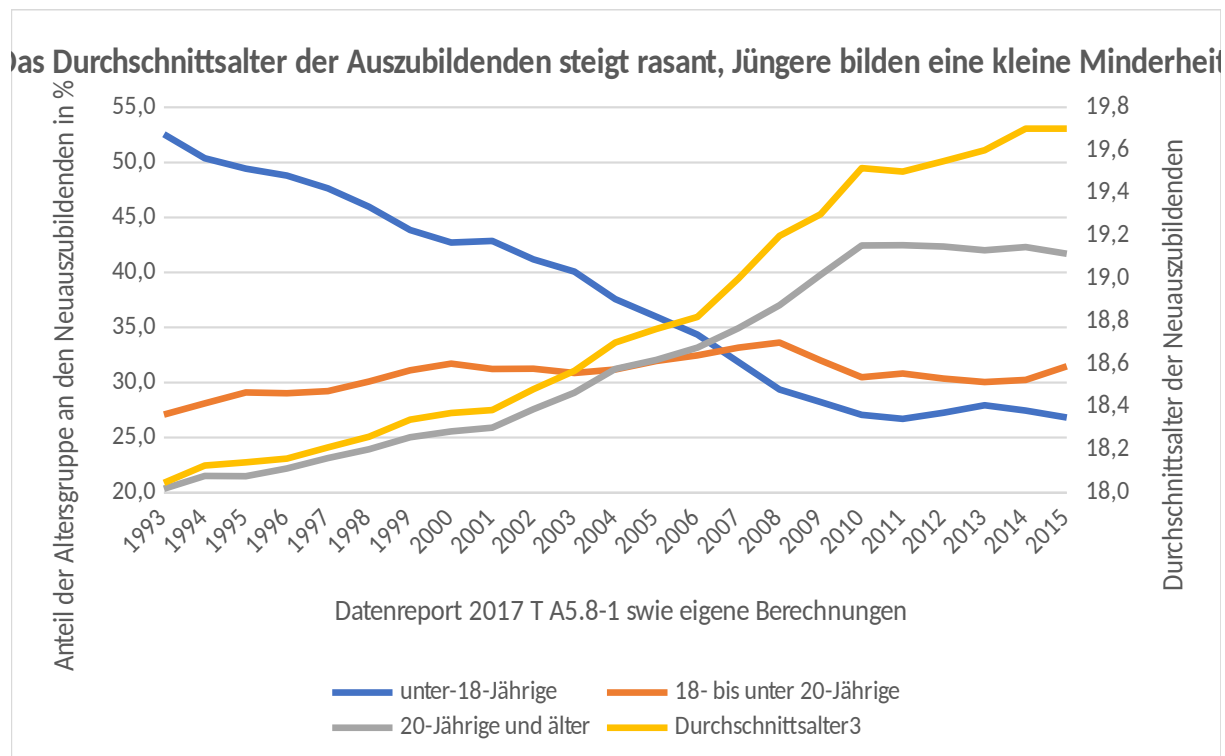
Die duale Ausbildung wird postsekundäre Erwachsenenbildung

Viel drastischer als das Abschlussniveau ist das Alter der Azubis angestiegen.

Erst mit durchschnittlich 20 Jahren (19,7 Jahren) startet ein Azubi seine Lehre. Innerhalb von zwei Jahrzehnten erhöhte sich das Durchschnittsalter um fast zwei Jahre. Der Azubi startet im Durchschnitt seine Ausbildung nicht mehr als Jugendlicher, sondern als Erwachsener. Er ist gleich alt wie ein Studienanfänger. Die duale Berufsausbildung ist eine Erwachsenenbildung geworden. Sie gehört nicht mehr zum oberen Sekundar-, sondern zum postsekundären Bereich.



Vor Jahrzehnten startete ein Jugendlicher seine Lehre mit 15 bzw. 16 Jahren. Heute ist nur noch etwas mehr als jeder Zehnte in diesem Alter. Unter 18 Jahren - vor 20 Jahren noch gut die Hälfte der Ausbildungsbeginner - beginnt inzwischen gerade noch ein Viertel. Dagegen hat sich der Anteil der mindestens 20-Jährigen in 2 Jahrzehnten mehr als verdoppelt hat. Fast drei Viertel der Auszubildenden sind bei Lehrbeginn keine Jugendlichen mehr, sondern Erwachsene.



Die Gründe für den Altersanstieg sind bisher unzureichend erforscht. Klar ist, dass das Eintrittsalter mit höherem schulischen Abschlussniveau ansteigt. Doch das erreichte Durchschnittsalter erklärt sich dadurch nicht: das träfe nur dann zu, wenn alle Ausbildungsbeginner mindestens die allgemeine Hochschulreife besäßen. Doch drei Viertel der Ausbildungsbeginner haben höchstens einen mittleren

Schulabschluss, aber nur gut ein Drittel von ihnen ist unter 18 Jahre alt. Mit und ohne Hauptschulabschluss starten gut ein Viertel der Lehrlinge, aber nur gut ein Zehntel ist 16 Jahre oder jünger. Selbst die Jugendlichen mit Hauptschulabschluss starten mit ihrer Berufsausbildung im Schnitt mit 19 Jahren (Reith, S. 19).

Gründe für das hohe und steigende Durchschnittsalter sind wahrscheinlich die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse. Viele Schulabgänger/innen sind angesichts der immer komplexer werdenden Gesellschaft und Welt einschließlich der Berufs- und Arbeitswelt noch nicht bereit, direkt nach der Schulentlassung eine klare und feste Rolle in der Arbeitswelt einzunehmen. Bisher wurden sie zwar von Informationen zum Ausland überschüttet, kannten es fast alle nur als Ferienland, sie erfuhren von den sozialen und ökologischen Problemen, konnten sich aber bisher kaum engagieren, sie waren bisher behütet und müssen nun selbständig über ihre Zukunft entscheiden.

Die meisten Schulen bieten den Jugendlichen nicht genügend die dafür nötigen Erfahrungen, weil sie meinen, zu stark unter Leistungsdruck zu stehen.

Hinzu kommt wahrscheinlich, dass auch die Wirtschaft bei gleichen Abschlüssen eher ältere Jugendliche bevorzugt, sei es, dass diese

- für sie als „gereifter“ erscheinen,
- stärker bereit sind, auf Wunschberufe und attraktive Lehrstellen zu verzichten, und
- teilweise nicht mehr der Berufsschulpflicht unterliegen.

Mit Reformen wird die duale Berufsausbildung nicht wieder zur Sekundarbildung

Die Schwächen des Sekundarbereichs II sind die unterbrochenen bzw. nutzlosen Bildungskarrieren, welche die berufliche wie gesellschaftliche Zukunft der jungen Menschen gefährden.

Auf diese Situation haben vor allem zwei Bundesländer reagiert: die Länder Nordrhein- Westfalen und Hamburg. Nordrhein- Westfalen hat vor allem umfangreich mit Berufsorientierung, mit Praktika, Beratung und Begleitung reagiert.

Hamburg ging über Nordrhein- Westfalen hinaus. Diese bildungspolitische Reaktion in Hamburg war dringend nötig. Denn hier war die duale Berufsausbildung weitgehend zusammengebrochen. Im Jahre 2012 fanden nur noch 17 % der Schulentlassenen einen direkten Anschluss an eine betriebliche und 4 % an eine schulische Berufsausbildung. Über 60 % landeten im Übergangsbereich und mehr als 12 % gingen zur Bundeswehr oder nahmen sich eine Auszeit, u.a. im freiwilligen sozialen bzw. ökologischen Jahr oder im Ausland.

Der Stadtstaat reformierte den Übergangsbereich.

- Er schuf einerseits eine **Ausbildungsvorbereitung** mit zwei Tagen Schule und drei Tagen Praktikum.
- Andererseits richtete er eine **Berufsqualifizierung** ein. Bei dieser Qualifizierung beginnt die Berufsschule zusammen mit einem Träger eine Berufsausbildung. Ziel ist, dass ein Betrieb die Ausbildung der Jugendlichen möglichst schnell übernimmt. Gelingt das nicht, setzen Schule und Träger die Ausbildung bis zum Kammerabschluss fort.

Beide Programme zusammen zeigen Erfolge:

1. Die duale Berufsausbildung stieg um die Hälfte auf fast 30 % und die schulische auf 8 %.

2. Der Übergangsbereich bzw. die Ausbildungsvorbereitung fielen um 1/3 auf gut 40 %,
3. Allerdings meldeten sich dafür mehr Jugendliche zu den freiwilligen sozialen Diensten oder zur Bundeswehr bzw. gingen ins Ausland, dieser Anteil stieg auf fast 20 %.

Die neugeschaffene **Ausbildungsvorbereitung** war im Vergleich zum Übergangsbereich erfolgreich. Früher war der Übergangsbereich ein Wartesaal praktisch ohne Hoffnung auf eine anschließende Berufsausbildung, denn nur 8 % bis 15% der Teilnehmer fanden im Anschluss eine Berufsausbildung oder Beschäftigung. Jetzt stieg die Übergangsquote auf fast 50 %. Ohne sehr großen Finanzaufwand konnten Jugendliche gefördert werden.

Obleich die Verbesserungen beachtlich sind, kann das Ergebnis nicht genügen:

- Der Übergangsbereich konnte zwar um 1/3 reduziert, nicht aber aufgehoben werden.
- Der Übergang in den Betrieb wurde durch intensiverte schulische Ausbildung und Praktika mit individueller wie sozialer Betreuung verbessert, dennoch wurde nur knapp die Hälfte der Jugendlichen übernommen.

Die errichtete **Berufsqualifizierung** des Hamburger Ausbildungsmodells war dagegen mehr als gelungen. Innerhalb eines Jahres fanden über 80 % aller Teilnehmer einen Ausbildungsplatz und davon ungefördert 70 %. Die verbleibenden Teilnehmer werden von der Berufsschule zusammen mit einem Träger weiter zur Kammerprüfung geführt, sofern sie zwischenzeitlich nicht von einem Betrieb übernommen werden.

Berufsqualifizierung		Absolut	%	
Teilnehmer zu Beginn		254	100	
Wechsel duale Berufsausbildung			0	
	am Ende	183	72,0	
	davon ungefördert		147	57,9
	währenddessen	29	11,4	
insgesamt			83,5	

Ausbildungsreport Hamburg 2017 sowie Reformpaket zeigt Wirkung

Mit einem hinreichenden Angebot an Ausbildungsplätzen, überzeugenden pädagogischen Konzepten, angemessenen Ressourcen einschließlich sozial- und sonderpädagogischer Begleitung lässt sich das Problem von Jugendlichen ohne Berufsausbildung mit dem Konzept der Hamburger Berufsqualifizierung weitgehend lösen.

Die eigentliche Frage ist nicht die Möglichkeit, sondern der politische Wille. Der Erfolg des Hamburger Ausbildungsmodells wird im Presstext „Reformpaket zeigt Wirkung“ nicht erwähnt, und im Ausbildungsreport wird eigens darauf hingewiesen, dass nur ein Teil der angebotenen Stellen besetzt werden soll, um nicht mit der dualen Berufsausbildung zu konkurrieren. Selbst Hamburg fürchtet sich, die ausbildende Wirtschaft herauszufordern (Ausbildungsreport 2017, S. 47).

Das Hamburger Ausbildungsprogramm ist ein Konzept, mit dem die Ausbildung für alle gelingen und der Übergangsbereich weitgehend überflüssig werden könnte. Das setzte den Willen voraus, eine echte Konkurrenz zur dualen Berufsausbildung aufzubauen, nämlich allen Jugendlichen, die von der Wirtschaft nicht ausgebildet würden, eine schulische Alternative anzubieten. Die Konsequenz wäre,

dass die Wirtschaft einerseits sehr kritisch auf die Leistung einer solchen schulischen Ausbildung blicken und dass sie sich andererseits voraussichtlich noch stärker aus der dualen Berufsausbildung zurückziehen würde.

Die Politik scheut jedoch sowohl die Auseinandersetzung als auch die Kosten, die auf sie zukäme. Das belegt Hamburg, das zwar als einziges Bundesland ein solches Ausbildungsprogramm anbietet, es aber sehr zurückhaltend fährt und noch verschwiegener nach außen vertritt. Ein solches Programm ist bundesweit nicht zu erwarten. Wenn es dennoch realisiert würde, wäre es gegenüber dem jetzigen Zustand ein erheblicher Fortschritt, allerdings würde damit für längere Zeit eine Zweistufigkeit der Ausbildung – also einerseits eine gehobene Sekundarbildung und andererseits eine tertiäre Bildung – festgeschrieben.

Die schulische Berufsausbildung wird tertiär

Eine qualifizierte obere Sekundarbildung für alle kann auch nicht über einen Ausbau der bestehenden schulischen Berufsausbildung gesichert werden. Ihre Bedeutung ist im Ausbildungsgeschehen zu gering, sie konzentriert sich immer stärker auf einen schmalen Ausbildungsbereich und dieser wird zudem künftig in den Tertiärbereich abwandern.

Die schulische Berufsausbildung nimmt nicht einmal jeden dritten Berufsanfänger des Sekundarbereichs auf. Sie bildet fast ausschließlich für die Erziehungs-, Sozial- und der nichtärztlichen Gesundheitsberufe aus. Machten diese noch vor gut 10 Jahren nur knapp 2/3 der schulischen Berufsausbildung aus, so sind es inzwischen knapp 4/5. Das Gewicht der anderen 4 Sektoren ist entsprechend so stark geschrumpft, dass sie kaum noch von Bedeutung sind.

Zugleich ist es eine deutsche Anomalie, dass die Ausbildung für die Erziehungs-, Sozial- und die nichtärztlichen Gesundheitsberufe noch im oberen Sekundarbereich stattfindet. Die Ausbildung in diesen Berufen fand in der Vergangenheit auch in der westlichen Welt im Sekundarbereich II statt, inzwischen aber ist sie fast ausschließlich im tertiären Bereich – und fast immer an Hochschulen – angesiedelt.

Im Gegensatz dazu setzt die Ausbildung der Erzieher- und Sozialberufe in Deutschland im Allgemeinen den Realschulabschluss voraus. Die Ausbildung zu den nichtärztlichen Gesundheitsberufen ist auch mit Hauptschulabschluss und einer abgeschlossenen Berufsausbildung möglich. Die Absolventen/innen können je nach Landesrecht die Hochschulzugangsberechtigung erhalten. Deutschland hat wegen dieser abweichenden Ausbildung Schwierigkeiten gehabt, dass diese in der EU als gleichwertig mit der Fachhochschulausbildung anerkannt wurde – nur in einem Anhang wurde Deutschland die Gleichwertigkeit zugestanden.

Die Erzieher/innen werden akademisch

Wegen der stark steigenden Anforderungen an die Erzieherberufe wird sich Deutschland ihrer Akademisierung nicht entziehen können. Grund für die Sonderrolle der Erzieher/innen in Deutschland waren Vorbehalte gegenüber den Kinderkrippen und -gärten, ihnen neben der Familie auch eine Erziehungsfunktion zuzubilligen.

Seit mit dem PISA-Schock steigt der Druck auf den Kindergarten erheblich, die Kleinen nicht mehr nur zu betreuen, sondern auch zu erziehen und zu bilden. Die Politik stand unter erheblichem Druck, die Schulleistungen deutlich zu steigern und die soziale Selektion erheblich zu verringern. Sie rang sich durch, die Vorbehalte gegenüber dem Elementarbereich zurückzustellen, ihn vielmehr auszubauen und seine Leistung zu steigern. Die Kultusminister aller Länder hofften damit zugleich, mit dem

Ausbau des Elementarbereiches die so stark umstrittene Strukturreform der Gesamtschule zu umgehen.

In den Hochschulen setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine Fachschulausbildung für die Erzieherausbildung nicht mehr ausreicht. So hat die Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg festgestellt:

„Das Studienangebot ‘Bildung und Erziehung in der Kindheit’ an der FH Potsdam bedient einen sich seit einigen Jahren verstärkenden Fachkräftebedarf, der mit dem nachhaltigen Trend zur Aufwertung der Bedeutung der frühkindlichen Entwicklungsphase in der Bildungsforschung und einem dementsprechenden Akademisierungsbedarf entstanden ist. ... Dementsprechend stehen bundesweit erhebliche Fachkräftebedarfe im frühkindlichen Bildungsbereich zu erwarten, die das hochschulische Ausbildungsangebot bereits dann vor große Herausforderungen stellen würden, wenn das Ziel zunächst lediglich darin bestünde, in jeder Kindertageseinrichtung perspektivisch über zumindest eine/n akademisch ausgebildeten Erzieher/in zu verfügen.“ (Abschlussbericht, S. 131).

Nachdem im Jahre 2004 die ersten Studiengänge für Frühpädagogik entstanden sind, wurden sie sprunghaft ausgebaut, ihre Zahl wird inzwischen auf 110 geschätzt (Jahres, S. 1). Die meisten Studiengänge sind an Fachhochschulen, doch gut 10 auch an Universitäten errichtet worden.

Zwar wird wegen des quantitativen Ausbaus des Elementarbereiches die Fachschulausbildung zunächst noch zunehmen, aber langfristig wird sich eine generelle Akademisierung der Erzieherausbildung durchsetzen. Denn in einer Einrichtung, in der – mit Sonderaufgaben der Leitung – alle Bediensteten eine weitgehend gleiche Tätigkeit relativ autonom als Einzelne bzw. weitgehend gleichberechtigt im Team ausüben, werden sich auf Dauer nicht zwei hierarchische Ausbildungsebenen halten.

Während also die Akademisierung der Erzieherausbildung erst anläuft, ist sie bei Sozialarbeitern und Sozialpädagogen auch in Deutschland weitgehend abgeschlossen.

Auch die Pfleger/innen werden zu Bachelors

Das deutsche Gesundheitssystem und vor allem der Pflegebereich stehen vor mehreren großen Herausforderungen:

- Wegen der demografischen Entwicklung wird die Nachfrage im Gesundheitsbereich und vor allem in der Pflege stark zunehmen. Die Bertelsmann-Stiftung schätzt, dass sich die Zahl der Pflegefälle zwischen 2009 und 2030 um 50 % erhöhen wird. Der Bundesverband deutscher Privatkliniken prognostiziert eine Verdoppelung bis zum Jahre 2040.
- Die Kosten des Gesundheitswesens werden deutlich steigen, und
- wir haben schon jetzt einen erheblichen Personalmangel bei den Ärzten sowie beim Pflegepersonal.

Doch weder der Umfang noch die Schwere von Pflegefällen ist unabänderlich. Mit intensiver Prävention und Rehabilitation lassen sich Umfang und Schwere der Pflege reduzieren. So hat N. Lübke als Gutachter für den Medizinischen Dienst der Krankenkassen seine Analyse zusammengefasst:

„Die grundsätzliche Wirksamkeit rehabilitativer Maßnahmen kann auch bei Pflegebedürftigen als belegt gelten. Die Ergebnisse im systematischen Rechercheteil haben gezeigt, dass es insgesamt eine Fülle auch qualitativ hochwertiger Studien, SR und MA gibt, die belegen, dass

rehabilitative Maßnahmen auch bei alten, geriatrischen und von Pflegebedürftigkeit bedrohten oder bereits pflegebedürftigen Menschen wirksam sind und zu signifikanten und relevanten Verbesserungen ihrer Funktionalität und ihrer Selbständigkeit im Alltag führen können.“ (Lübke, S. 156).

Die Präsidentin des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken (BDPK) erklärte:

„Aber zumindest bei einem Teil der rund 700.000 Menschen, die pro Jahr neu hinzukommen, könnte die Pflegebedürftigkeit vermieden oder zumindest um Monate, wenn nicht Jahre hinausgeschoben werden. ‘Aus der geriatrischen Rehabilitation wissen wir, dass neun von zehn Patienten nach Hause können’“ (BDPK).

Der vom BDPK beauftragte Gutachter J. Wasem kommt zu dem Ergebnis, dass die Pflegebedürftigkeit in Deutschland verringert werden könnte, wenn das ökonomische Interesse der Krankenkassen durch geänderte Finanzierung zwischen Kranken- und Pflegekassen erhöht würde.

Neben dieser Reform der Reha-Finanzierung kommt es auf eine verstärkte Forschung und eine verbesserte Ausbildung der nichtärztlichen Gesundheits- und Pflegekräfte an.

So hat sich der Wissenschaftsrat schon 2012 mit einer umfangreichen Stellungnahme für eine Akademisierung von nichtärztlichen Gesundheitsberufen ausgesprochen.

*„Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher den Ausbau von grundständigen Studiengängen mit dem Ziel eines zur unmittelbaren Tätigkeit am Patienten befähigenden pflege-, therapie- oder hebammenwissenschaftlichen Bachelor-Abschlusses.“
(Wissenschaftsrat, S. 82).*

Der Wissenschaftsrat fordert darüber hinaus, auch die Forschung im Gesundheitsbereich zu stärken, und plädiert für eine Einheit von Forschung und Lehre bei der Ausbildung in den Gesundheitsberufen. Wie der Wissenschaftsrat hat sich auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen für eine Akademisierung von nichtärztlichen Gesundheitsberufen ausgesprochen (S.26).

Beide Gremien gehen aber weiterhin vom Fortbestand einer sekundären Gesundheitsausbildung aus. Das ist für einige Zeit realistisch, auf Dauer aber wird sich auch bei den Gesundheitsberufen eine hierarchisch strukturierte Ausbildung nicht halten. Denn der akademische Pfleger wird gerade nicht nur für Leitungsaufgaben gebraucht, sondern vor allem für den Umgang mit den Patienten. Für den Patienten zw. Pflegebedürftigen sind wenige Bezugspersonen vorteilhaft, so dass eine Hierarchisierung unter den Pflegern oft weder möglich noch überzeugend ist. So hat sich die generelle tertiäre Ausbildung für die Pflegeberufe in der westlichen Welt durchgesetzt, eine Ausnahme bilden nur noch Deutschland und Luxemburg.

Die zunehmende Bedeutung der Pflege und der Personalmangel machen auch eine andere Aufgabenverteilung zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Gesundheitsberufen erforderlich.

So haben sich sowohl die Kassenärztliche Bundesvereinigung als auch die Ärztekammern für die Entlastung des Arztes durch akademisch ausgebildetes Personal ausgesprochen. Die Ärzte sollen delegieren, ohne die Verantwortung abzugeben.

Seit Ende der 80er Jahre sind auch an deutschen Hochschulen Studiengänge für Pflegewissenschaften entstanden. Inzwischen gibt es allein an den Fachhochschulen weit über 200 Bachelor- und über 100

Masterstudiengänge für Pflege, Gesundheit und Sport. Zwar bestehen gegen die Aufwertung der Gesundheitsberufe und ihrer Berufsausbildung Widerstände bei den Medizinern, die ihren Status gefährdet sehen. Aber langfristig wird sich eine Akademisierung der nichtärztlichen Gesundheitsberufe auch in Deutschland durchsetzen.

Mit der sich abzeichnenden Akademisierung der verbliebenen schulischen Berufsausbildung und der sich zur postsekundären Ausbildung gewandelten dualen Berufsausbildung zeichnet sich ab, dass

- die obere Sekundarbildung nur noch ausbildungs- und studienvorbereitend sein wird und
- es zu einer postsekundären/tertiären Ausbildung für möglichst alle kommen wird.

Der Sekundarbereich wird hochschulvorbereitend

Der Sekundarbereich II steht mithin vor ganz erheblichen Veränderungen; dennoch hat er sich – weitgehend unbeachtet – schon entscheidend gewandelt.

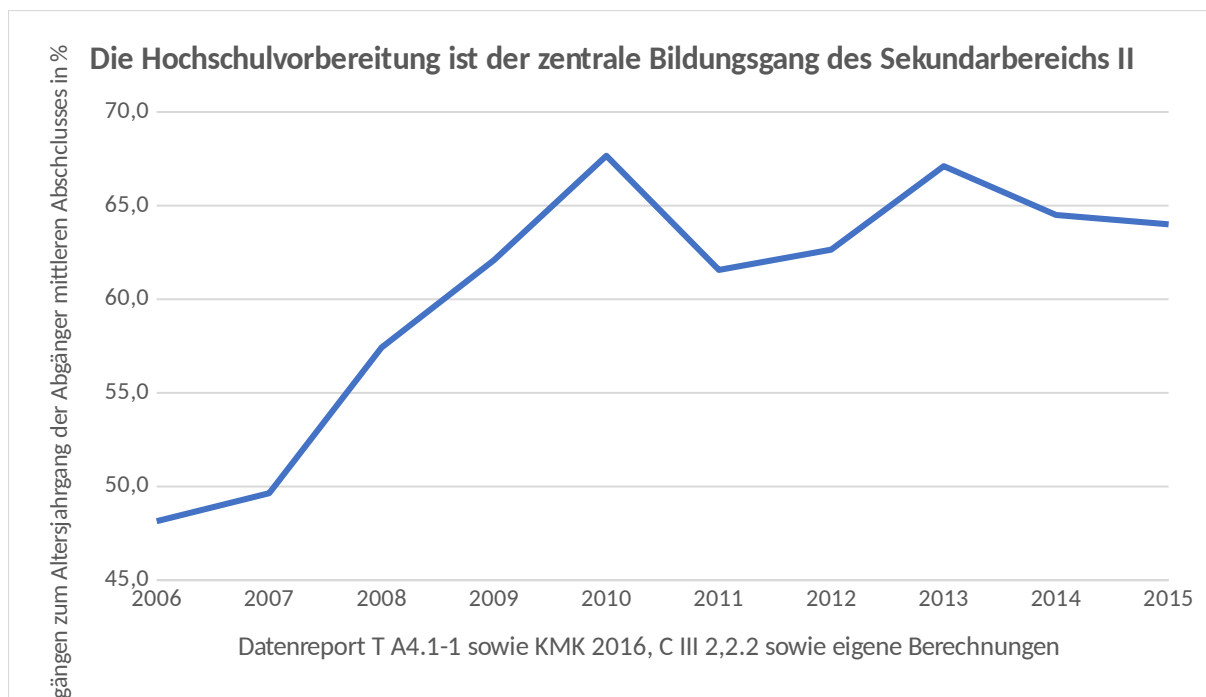
In den 50er Jahren besaß das Gymnasium das fast absolute Monopol auf die Verleihung der Studienberechtigung – wenn man von den wenigen Abendgymnasien, einigen beruflichen Gymnasien und den noch selteneren Kollegs zur Erlangung der Hochschulreife absieht. Das Gymnasium war mehr als exklusiv, keine 10 % der Jugendlichen gelangten in die gymnasiale Oberstufe.

Die Situation hat sich stark verändert:

- Die Gymnasien haben sich schrittweise geöffnet,
- Gesamtschulen wurden seit Ende der 60er Jahre errichtet,
- die Fachoberschule wurde geschaffen und weitere berufliche Gymnasien gegründet.

Damit ist die Exklusivität der hochschulvorbereitenden Oberstufe überwunden. Deren Ausbau ist geradezu explodiert. Sie ist zur stärksten Säule der Sekundarstufe II geworden. Sie dominiert, indem sie fast zwei Drittel aller Ab- bzw. Übergänger aus der Sekundarstufe I aufnimmt.

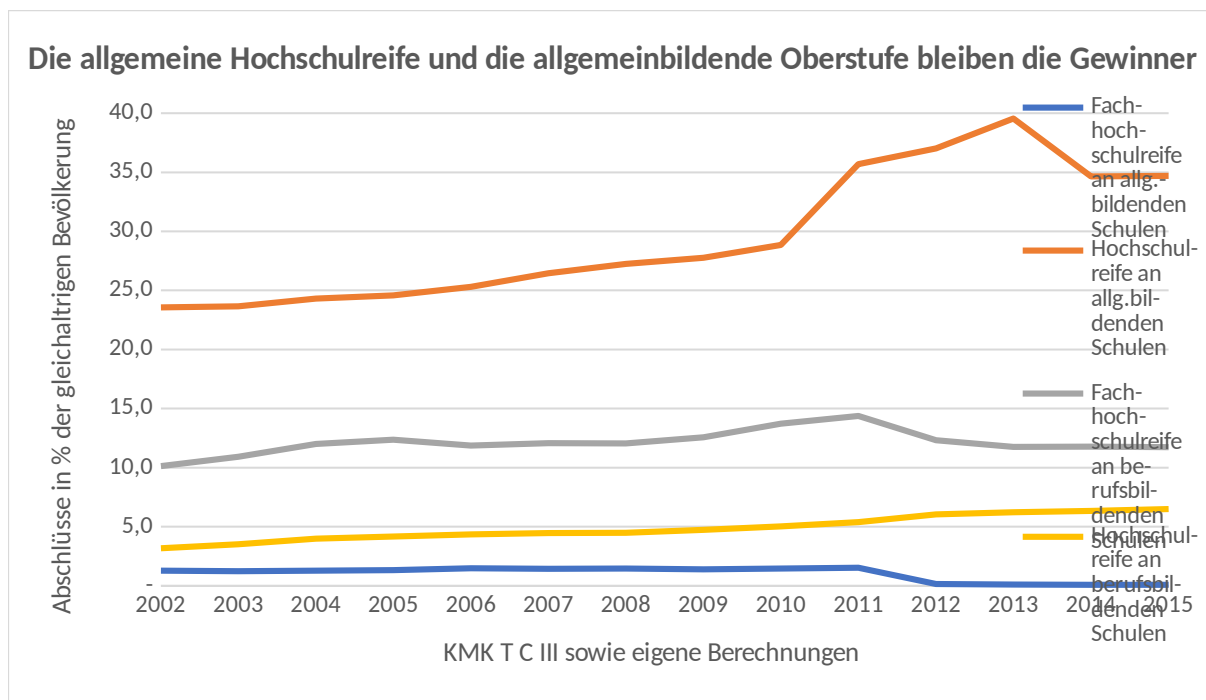
Grund für den Ausbau ist vor allem der gestiegene Bildungswille der Eltern. Sie haben die Bedeutung der Bildung für die Zukunft ihrer Kinder erkannt. Bei Eltern mit Kindern im Alter von 3 bis 19 Jahren wird der Hauptschulabschluss fast total abgelehnt (3 %), selbst der Realschulabschluss wird nicht einmal mehr von einem Viertel der Eltern gewünscht. Sie streben stattdessen zu zwei Dritteln das Abitur an (Zwischen Ehrgeiz und Überforderung, S. 11 f). Diesem Druck hat die Politik nachgegeben.



Mit den steigenden hochschulvorbereitenden Bildungsgängen explodiert auch die Hochschulzugangsberechtigung.

Zusätzliche zeichnen sich zwei weitere Entwicklungen ab:

- Die allgemeine Hochschulreife gewinnt stark, während die Fachhochschulreife nicht nur relativ, sondern sogar absolut verliert.
- Die berufsbildenden Schulen, die zunächst vor allem die Öffnung zur Hochschulreife getragen haben, verlieren zugunsten der allgemeinbildenden Schulen.



Insgesamt ist der Sekundarbereich II im Umbruch. Ein Teil – der Übergangsbereich – wird sich politisch nicht halten lassen, andere Teile – die duale und die schulische Berufsausbildung – werden

weiter in den postsekundären bzw. tertiären Bereich aufsteigen. Damit hat das Konglomerat des Sekundarbereichs II keine Zukunft.

Die gemeinsame Oberstufe für alle schaffen

Der Umbruch des Sekundarbereichs II ist eine große Chance - für die Jugend und für die Gesellschaft. Gesellschaft und Welt sind so viel komplexer geworden, dass die Jugendlichen am Ende der Sekundarstufe I noch nicht genügend für ein selbstgestaltetes privates, berufliches und gesellschaftliches Leben vorbereitet sein können.

16 Jahren alt ist zu früh, um

- sich ein Lebensziel zu setzen,
- eine Partnerschaft einzugehen,
- sich für eine Ausbildung und einen Beruf zu entscheiden und
- sich verantwortungsvoll für Gesellschaft und Politik zu engagieren

Auf Grund dessen zieht die Mehrzahl der Jugendlichen den Besuch hochschulvorbereitender Bildungsgänge dem Ausbildungsbeginn vor.

Ein weiterer Teil der Jugend gönnt sich erst einmal eine Auszeit, um - zum Teil auf eigene Faust - etwas von Gesellschaft und Welt zu erfahren, bevor er/sie die Ausbildungs- und Berufsentscheidung treffen will.

Der Umbruch des Sekundarbereichs II ist auch für die Gesellschaft eine große Chance.

- Eine verlängerte Schulzeit steigert die Chance zu mehr sozialer Integration. Nichts integriert besser als länger gemeinsam in der Schule zu leben und zu lernen.
- Vor allem macht es eine 13-jährige Schulzeit für alle möglich, auch die bisher aus dem Schulleben frühzeitig ausscheidenden Jugendlichen nachhaltiger auf das individuelle, gesellschaftliche und berufliche Leben vorzubereiten und sie so intensiv zu beschulen, dass sie anschließend ein qualifiziertere postsekundäre bzw. tertiäre Bildung abschließen können. Die bisherige zweistufige Ausbildung im oberen Sekundarbereich und im Tertiärbereich könnte zugunsten einer tertiären Bildung für möglichst alle überwunden werden. Es wäre ein großer Schritt zu mehr ökonomischer und gesellschaftlicher Gleichheit.

Eine solch verlängerte Bildungszeit lässt sich finanzieren. Schon jetzt wird der Ausfall der Vergütung bei einer später beginnenden Berufsausbildung privat aufgebracht, und die öffentliche Hand finanziert einen Teil über die subventionierten Freiwilligendienste und vor allem über den aufwendigen Übergangsbereich. Ökonomisch würde sich der höhere Bildungsaufwand - wie oben nachgewiesen - sowohl individuell wie für den Staat im hohen Maße rentieren.

Die hochschulvorbereitende Oberstufe für alle öffnen

Ansatz für eine gemeinsame Oberstufe für alle können nur die bestehenden hochschulvorbereitenden Bildungsgänge bieten. Schon jetzt nehmen sie zwei Drittel der Übergänger aus dem Sekundarbereich I auf.

Konzeptionell sollten die dreijährigen, zur allgemeinen Hochschulreife führenden Bildungsgänge für die gemeinsame Oberstufe für alle zugrunde gelegt werden, da die speziellen Bildungsgänge, die nur zur Fachhochschulreife führen, nur noch eine geringe Rolle spielen. An der gemeinsamen Oberstufe für alle sollte allerdings die Möglichkeit bestehen, nicht nur mit der allgemeinen Hochschul-, sondern

auch mit der Fachhochschulreife abzugehen. Zugleich sollte der Schulabschluss flexibel gestaltet werden.

Zurzeit bestehen zwei Bildungsgänge, die zur allgemeinen Hochschulreife führen:

- das berufliche Gymnasium und
- die gymnasiale Oberstufe an Gymnasien und Gesamtschulen.

Die beruflichen Gymnasien - wie auch die Fachoberschulen - haben das große Verdienst, vielen ehemaligen Nicht-Gymnasiasten die Studienberechtigung zu verleihen. Sie haben nachgewiesen, dass Begabungsreserven vorhanden sind und dass diese auch durch neue Angebote geweckt werden können, wie eine Vergleichsuntersuchung von Abgängern der Gymnasien und der beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg gezeigt hat. Zwar hatten die beruflichen Gymnasiasten im Durchschnitt nicht den Leistungsstand, dafür aber einen vergleichbaren Leistungszuwachs in Mathematik und Deutsch wie die Gymnasiasten - nicht jedoch in Englisch. Für ein Hochschulstudium entscheidender ist jedoch, dass die beruflichen Gymnasiasten eher besser auf wissenschaftliches Arbeiten vorbereitet und studienorientierter waren (Köller, S. 322, 341ff., 396f.)

Trotz der Leistungen werden die Fachoberschule und das berufliche Gymnasium nicht zum Vorbild der gemeinsamen Oberstufe für alle werden:

- Sofern es eine Alternative für den Besuch einer hochschulvorbereitenden Oberstufe gibt, werden Eltern wie Schülerinnen und Schüler schon beim Eintritt in die Sekundarstufe I eine Schule mit eigener Oberstufe wählen.
- Beim Übergang in den Sekundarbereich II werden die Jugendlichen überwiegend in der vertrauten Schule sowie bei ihren Lehrkräften und Mitschülern verbleiben wollen.
- Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die gemeinsame Oberstufe für alle wenigstens zunächst nicht durch generelle Schritte von Politik und Verwaltung, sondern auf Grund von Anträgen von Schulen entwickeln wird. Dass solche Anträge von den Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien ausgehen, ist unwahrscheinlich. Denn diese sind Teile der berufsbildenden Schulen, die bisher keine überzeugenden Initiativen z.B. gegen den Übergangsbereich gestartet haben, sondern sich vielmehr mit dem Status von Jugendlichen als 'nicht ausbildungsreif' abgefunden haben.
- Anträge zu Entwicklung einer gemeinsamen Oberstufe für alle werden vor allem von Gesamtschulen initiiert werden. Unter ihnen gibt es Schulen und Lehrkräfte, die von der Idee der Chancengleichheit getragen sind und die sich schwertun, Bildungsschwächere viel zu früh und wenig vorbereitet dem beruflichen und gesellschaftlichen Schicksal zu überlassen, statt sie noch länger zusammen mit den anderen Mitschülern zu fördern.
- Vor allem Gesamtschulen ohne bisherige Oberstufe werden auf eine gemeinsame Oberstufe für alle drängen. Denn wenn sie bereit sind, allen Abgängern den Übertritt in die Oberstufe zu ermöglichen, dürften viele Gesamtschule hinreichend groß für eine eigene gymnasiale Oberstufe sein. Damit dürften kleine Gesamtschulen zu den Pionieren einer gemeinsamen Oberstufe für alle zählen.

Die gemeinsame Oberstufe wird kein Oberstufenzentrum, sondern sie wird grundständig sein

Frühere Überlegungen zur gemeinsamen Oberstufe sahen eigenständige, konzentrierte Oberstufenzentren vor. Sie gingen von der Annahme aus, dass schon in der Sekundarstufe II eine Berufsausbildung stattfinden müsse. Eine breite Zusammenfassung von beruflicher und allgemeiner

Bildung in einer Schule würde aber eine starke Konzentration der bestehenden Bildungsgänge des Sekundarbereichs II und dessen Eigenständigkeit gegenüber dem Sekundarbereich I verlangen.

Wenn aber die Berufsausbildung schon jetzt und erst recht künftig postsekundär bzw. tertiär ist bzw. werden wird, dann ist in der gemeinsamen Oberstufe eine berufliche Spezialisierung nicht erforderlich. Damit entfällt auch die Notwendigkeit, um der Integration willen die Ausbildungsgänge der Sekundarstufe II zu konzentrieren. Die gemeinsame Oberstufe für alle wird im Allgemeinen mit der Mittelstufe verbunden, also grundständig sein.

Zudem ist die generelle Durchsetzung von Oberstufenzentren unrealistisch. Von den Abiturienten mit allgemeiner oder die Fachhochschulreife stammen fast 2/3 von allgemeinbildenden Schulen. Diese sind mit seltenen Ausnahmen (Bremen) grundständig. Das trifft sowohl für die Gymnasien wie für die Gesamtschulen zu. Die Oberstufe der Gymnasien stark zu konzentrieren, müsste mit ganz erheblichen pädagogischen Vorteilen verbunden sein. Das Angebot beruflicher oder berufsfeldspezifischer Spezialisierung bietet diesen Vorteil nicht. Das größere Angebot an Wahlpflichtkursen allerdings hat einen gewissen Reiz für einzelne Schülerinnen und Schüler.

Eine breitere Konzentration der Oberstufen wird nicht gelingen. Für die Eltern wie für die Jugendlichen wird die Abtrennung der Oberstufe auf gleichen Widerstand stoßen wie die Umwandlung von Gymnasien in Gesamtschulen. Für die Gymnasialeltern ist das wohl wichtigste am Gymnasium der gesicherte Bildungsgang zur Hochschulreife. Der Wechsel in eine getrennte Oberstufe verunsichert, ob und wie sich ihre Kinder mit der neuen Schule, den neuen Lehrkräften und den neuen Mitschülerinnen und -schülern zurechtfinden. Auch die Lehrkräfte werden sich gegen die Trennung des Kollegiums und ihre Unterrichtseinengung auf nur eine Schulstufe wehren. Ein ähnlicher Widerstand ist auch von den Beteiligten der Gesamtschulen mit eigener Oberstufe zu erwarten. Die Politik, welche die Umwandlung der Gymnasien in Gesamtschulen nicht wagt, wird ebenso vor der Konzentration der Oberstufen zurückschrecken. Pädagogisch kommt es jetzt darauf an, überzeugende Modelle einer grundständigen gemeinsamen Oberstufe für alle zu entwickeln.

Die bestehende Oberstufe ist zwar Ausgangspunkt, aber kein Modell für eine gemeinsame Oberstufe für alle

Die Oberstufe an Gymnasien und Gesamtschulen ist zwar Ausgangspunkt für Modelle einer gemeinsamen Oberstufe für alle, doch ihre gegenwärtige Konzeption ist dafür wenig geeignet.

Eine gemeinsame Oberstufe für alle verlangt eine umfassende Neugestaltung,

- die beim Übergang beginnt,
- sich bei der pädagogisch-didaktischen Konzeption fortsetzt und
- bei den Abschlüssen endet.

Kennzeichen einer gemeinsamen Oberstufe für alle ist, dass grundsätzlich alle Abgänger der Sekundarstufe I, die das wünschen, auch in diese Oberstufe aufgenommen werden. Die Bedingung entsprechender Leistungsnachweise würde entfallen.

Pädagogisch ist es mehr als überzeugend, in eine gemeinsame Oberstufe für alle auch die bisher Schwächeren zu übernehmen, denn gerade sie brauchen eine längere Förderung. E. Roth hat mal zu Recht gesagt, dass es Aufgabe von Schule ist, zu begaben, und dass niemand die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht habe.

Darüber hinaus ist die Übergangsregelung problematisch. Sie erfolgt nach Zensuren für bisherige Leistungen. Da aber schon die bisherigen Oberstufen andere Ziele, Inhalte und Methoden als die Sekundarstufe I verfolgen, ist der Voraussagewert von bisherigen Leistungen auf andere, künftige Leistungen – wie schon von der Grundschule auf die Sekundarstufe I – mehr als fraglich.

- So haben die Gesamtschule immer wieder nachgewiesen, dass sie Schülerinnen und Schüler trotz negativer Grundschulempfehlungen erfolgreich zu höheren Abschlüssen führen konnten.
- Die beruflichen Gymnasien in Baden- Württemberg haben Jugendliche trotz schwächerer Ausgangsleistungen im Vergleich zu Gymnasiasten eher besser auf wissenschaftliches Arbeiten und Studienorientierung vorbereitet (Köller, s.o.).
- Das Oberstufenkolleg Bielefeld belegt, dass sie mit neuen Anforderungen auch anderen Begabungen gerecht wird. Unter den Kollegiaten hätten die Hälfte den normalen Aufnahmeanforderungen einer gymnasialen Oberstufe nicht entsprochen, bestanden jedoch die Aufnahme am Oberstufenkolleg. Keuffer spricht auf Grund dessen von „erhebliche(n), nicht ausgeschöpfte(n) Bildungsreserven in Deutschland“ (Keuffer, S. 9).

Für Modelle einer gemeinsamen Oberstufe für alle ließe sich wahrscheinlich die Bereitschaft der Kultusverwaltungen einiger Bundesländer gewinnen, Ausnahmen von den bestehenden Übergangsregelungen zu machen.

Doch eine gemeinsame Oberstufe für alle muss sich umfassendere Ziele setzen, um einerseits alle aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu fördern und um sie andererseits komplexer auf das individuelle, gesellschaftliche und berufliche Leben vorzubereiten als bisher. Je stärker aber die Bildungsziele, -inhalte und -methoden von der gegenwärtig bestehenden Oberstufe abweichen, umso geringer dürfte der prognostische Wert der bisherigen Leistungskriterien sein.

Eine Oberstufe, die nicht nur individualisiertes, selbständiges Lernen, sondern auch Lernen im Team pflegt, die darüber hinaus die Bewältigung von Ernstsituation fordert und soziales Engagement erwartet, eine solche Oberstufe kann Begabungen wecken und Leistungsbereitschaft und -fähigkeit unerwartet steigern.

Zur gemeinsame Oberstufe gehören umfassendere Ziele

Die bestehende gymnasiale Oberstufe genügt den heutigen Herausforderungen nicht mehr. Unter dem Druck der 68er Kulturrevolution war sie zunächst reformiert worden. Unter dem Vorwurf der Nivellierung fand danach eine „Normierung, Standardisierung und Vereinheitlichung der Anforderungen“ statt (Keuffer, S. 8).

Die Oberstufe darf aber vorrangig nicht darauf ausgerichtet sein, sich auf kognitiven Studienvoraussetzungen zu konzentrieren und diese zu standardisieren. Ein allgemeines, gleiches Kompetenzniveau für alle ist wegen unterschiedlicher Leistungsschwerpunkte der Jugendlichen weder erreichbar noch vor allem erstrebenswert.

Im wohlverstandenen Interesse der Hochschule braucht sie Studierende, die Gesellschaft und Politik, Privatheit, Berufs- und Arbeitswelt verstehen und sich zugleich in dieser Welt selbständig, aber auch teamfähig, engagiert und verantwortungsvoll einsetzen wollen und können.

Auch die Hochschulzugangskriterien sollten überarbeitet werden

Völlig fragwürdig ist der Versuch, das Abitur zu standardisieren, während gleichzeitig der Bund durchsetzt, dass völlig anders geartete Abschlüsse dem Abitur gleichgestellt werden. Auf Grund des Drucks des EU-Binnenmarktes hat der Bund im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens erreicht, dass die bisher abgeschotteten Abschlüsse der schulischen und dualen Berufsausbildung in Deutschland als gleichwertig mit Abschlüssen entsprechender Bildungsgängen in der EU anerkannt wurden. Voraussetzung dabei war, dass sie auch eine Hochschulzugangsberechtigung beinhalten. Mehrere Bundesländer haben versucht, mit unterschiedlichen Auflagen die Hochschulöffnung für diese Personengruppe zu erschweren.

So bestehen jetzt in Deutschland einander widersprechende Hochschulzulassungskriterien.

- Statt der standardisierten kognitiven Anforderungen an Jugendliche der gymnasialen Oberstufe erhalten qualifizierte Fachschulabsolventen aus dem Technikbereich sowie aus dem Erziehungs-, Sozial und Gesundheitsbereich eine generelle Hochschulzulassung. Sie müssen nicht den Kanon der Abiturienten nachweisen. Ihre Qualifikation ist eine spezielle Fachpraxis und deren theoretische Grundlage. Darüber hinaus ist das Ziel ihrer Ausbildung – besonders im Sozialbereich – die Entwicklung von Soft Skills (wie z.B. Eigenverantwortung, Engagement, Einfühlungsvermögen, Menschenkenntnis und Umgangsstil).
- Ebenso erhalten Absolventen einer dualen oder schulischen Berufsausbildung nach einer Praxiszeit eine fachgebundene Hochschulzulassung. Es entfällt der Nachweis einer kanonisierten allgemeinen Studierfähigkeit. Stattdessen reicht eine berufspraktische und berufstheoretische Ausbildung sowie eine Berufspraxis.

Die Situation wird noch verworrener durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Numerus Clausus in der Medizin. Wenn Soft Skills zu recht bei der Studienplatzvergabe eine bedeutende Rolle spielen sollen, dann hat das Konsequenzen auch für den NC bei anderen Fächern. Dann müssten die Oberstufen die Entwicklung von Soft Skills nicht nur zulassen, sondern selbst aktiv pflegen. Eine generelle Überprüfung der Anforderungen an die Oberstufe und an das Abitur ist deshalb geboten, wird aber noch auf sich warten lassen.

Eine hochschulvorbereitende

Eine Oberstufe für möglichst alle lässt sich finanzieren

Das Ziel der gemeinsamen Oberstufe für alle ist ja, dass möglichst alle Jugendlichen nicht nur die Studienberechtigung erwerben, sondern diese Berechtigung auch zum Studium im Tertiärbereich nutzen.

Wie oben gezeigt, ist eine tertiäre Ausbildung sowohl für den Einzelnen als auch für den Staat eine sehr rentable Investition. Eine Sättigungsgrenze für die Rentabilität ist nicht erkennbar. Der weitaus wichtigste wirtschaftliche und vor allem soziale Effekt wäre, wenn es einer gemeinsamen Oberstufe gelänge, die Zahl der Jugendlichen ohne einen oberen Sekundarabschluss deutlich zu senken. Denn diese belasten die sozialen Sicherungssysteme weit überproportional und sie gefährden auch den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Mit einer reformierten Oberstufe bestehen gute Chancen, den Anteil von Jugendlichen ohne qualifizierten oberen Sekundarabschluss beachtlich zu senken.

Daher stellt sich nur die Frage, ob der Staat auch fähig ist, ein rentable Investition auch zu finanzieren. In der Privatwirtschaft würden solche Investitionen häufig über Kredite finanziert. Diese Möglichkeit ist Bund und Ländern weitgehend verwehrt, sie können aber eine solche gemeinsame Oberstufe für

alle umfinanzieren. Ein großer Teil der Jugendlichen nach Abschluss der Sekundarstufe I befindet sich ja schon in den hochschulvorbereitenden Bildungsgängen. Die Jugendlichen, die im Schnitt ja erst mit 20 Jahren mit der dualen Berufsausbildung beginnen, haben zum großen Teil vorher den Übergangsbereich absolviert und nicht selten auch das freiwillige ökologische oder soziale Jahr. Der Übergangsbereich ist für den Staat sehr aufwendig und dazu noch ineffektiv. Er würde mit der gemeinsamen Oberstufe für alle entfallen. Ebenso wäre der Umfang der Freiwilligendienste, die vom Staat stark subventioniert werden entbehrlich, sofern die Jugendlichen während der gemeinsame Oberstufe schon Eigenständigkeit, Verantwortung und soziales Engagement erlernten. Die schulische Berufsausbildung ist inzwischen zu fast 80 % eine Ausbildung in den Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitsberufen. Ausbildungsvoraussetzung ist teilweise eine abgeschlossene berufliche Vorbildung bzw. höheres Alter. Schon jetzt beginnt $\frac{1}{4}$ seine Ausbildung mit erworbener Studienberechtigung. Die längerfristige Aufstufung dieser Ausbildung in den Hochschulsektor wird den Staat kosten, ist aber mit bisher aufgebrauchten Einsparungen verbunden. Die Rentabilität der Akademisierung dieser Berufe wird erheblich sein.

Schritte zur gemeinsamen Oberstufe für alle

So dringlich der Ausbau der Sekundarstufe II zu einer gemeinsamen Oberstufe für alle ist, so unwahrscheinlich ist es, dass die Politik eine solche Reform breit anstößt.

Die gemeinsame Oberstufe für alle ist vielmehr darauf angewiesen, dass Einzelschulen entsprechende Konzepte entwickeln und sie politisch als Modelle durchsetzen.

Es gibt bereits Oberstufen, die sich auf den Weg gemacht haben. Ihr Hauptanliegen ist indes eher eine Reform der Standards sowie des Klausurendrucks und weniger die Entwicklung einer gemeinsamen Oberstufe für alle.

Erfolgversprechend ist nicht nur, dass es Schulen gibt, welche eine Reform der Oberstufe planen, sondern vor allem, dass sie untereinander kooperieren.,

So gibt es einen Arbeitskreis Oberstufenreform bei der Deutschen Schulakademie und gleichzeitig hat sich ein Kreis von Schulen um die Evangelische Schule Berlin-Mitte gebildet, welche ihrerseits auch zum Arbeitskreis der Schulakademie zählt.

An der Modellentwicklung von neuen Oberstufenkonzepten beteiligen sich auch Gymnasien. Führend sind aber die Gesamtschulen, die auch stärker für eine gemeinsame Oberstufe für alle aufgeschlossen sind.

Die gemeinsame Oberstufe - eine Chance für kleine Gesamtschulen

Um die weit gesteckten Ziele zu erreichen, gehen auch die Überlegungen zur Unterrichtsorganisation sehr weit. So plant die Evangelische Schule Berlin-Mitte, die Einzelfächer weitgehend zugunsten von Projekten aufzugeben, für die Schülerinnen und Schüler eigenständige, selbstverantwortliche mehrwöchige Lernexpeditionen vorzusehen und ergänzend Kompetenzen zu trainieren. Die jahrgangsübergreifenden Projekte ermöglichen auch kleinen Oberstufen eine Vielzahl von Angeboten mit multiprofessionellen Teams.

Mit solch einem Konzept einer gemeinsamen Oberstufe für alle und einer so weit gehenden Neugestaltung der Unterrichtsorganisation ist eine Oberstufe auch für kleine Gesamtschulen möglich. Mit solchen Konzepten können sie zu den entscheidenden Trägern einer gemeinsamen Oberstufe für alle werden.

Eine tertiäre Bildung für möglichst alle ausbauen

Offen ist, wie sich der postsekundäre/tertiäre Bereich entwickeln wird. Wahrscheinlich hält der Trend an, dass die dualen Berufsausbildung später beginnt und sie zugunsten des dualen Studiums verliert. Langfristig dürften Teile von ihr oder sie generell in den Tertiärbereich aufsteigen.

Die Gefahr, dass viele oder sogar mehr Abgänger/innen der Sekundarstufe I beruflich vor dem Nichts bzw. dem Übergangsbereich stehen, ist groß. Besonders betroffen sind die Schulentlassenen mit einem geringen oder vor allem die ohne einen Schulabschluss.

Umso wichtiger ist es, dass die Politik möglichst bald

- als ersten Schritt den Besuch der Oberstufe für möglichst alle freigibt,
- in einem zweiten Schritt Modelle zur neugestalteten Oberstufe einführt und
- in weiteren Schritten die Vollzeitschulpflicht verlängert, sofern die Jugendliche keinen qualifizierten Lehrvertrag vorweisen können.

Die Durchsetzung der gemeinsamen Oberstufe für alle ist mehr als dringlich. Sie wird zwar ihre Zeit brauchen, aber sie wird kommen, weil das bestehende Bildungssystem keinesfalls hinreichend die Jugendlichen darauf vorbereitet, selbständig, engagiert und sozial verantwortlich in Gesellschaft und Politik sowie in der Berufs- und Arbeitswelt zu handeln.

Literatur

- Abschlussbericht der Hochschulstrukturkommission des Landes Brandenburg, 2012.
- P. Altbach, L. Reisberg, H. de Witt, Responding to Massification. Differentiation in Postsecondary Education. Hamburg Transnational University Leaders Council, 2017
- Ausbildungsreport Hamburg 2015, hrsg. Behörde für Schule und Berufsbildung, 2015.
- Ausbildungsreport Hamburg 2017, hrsg. Hamburger Institut für Berufliche Bildung, 2017
- azubi.report 2017, TERRITORY EMBRACE GmbH, Geschäftsführung: Gero Hesse, Soheil Dastyari, https://www.ausbildung.de/downloads/Azubi_Report_2017.pdf.
- BDPK, Bundesverband Deutscher Privatkliniken, Gutachten mit Vorschlägen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, 2018
- U. Beicht, Berufliche Orientierung junger Menschen mit Migrationshintergrund, BIBB WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSIONSPAPIERE Heft 163 2015.
- U. Beicht, In der Warteschleife, 2011, http://www.kas.de/upload/dokumente/2011/11/Aufstieg_Aus_Bildung/Aufstieg_Aus-Bildung_1-5.pdf.
- Bertelsmann-Stiftung, Themenreport „Pflege 2030“, Gütersloh 2012.
- S. Beuer, Ordnungen der Ungleichheit, Darmstadt 2001.
- BIBB, Neue Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030, BIBB REPORT Ausgabe 18/12
- H. Bonin u.a., Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, ZEW Kurzexpertise Nr. 57 2015.
- Bundesverband Deutscher Privatkliniken BDPK, [Reha vor Pflege](#), o.J. <https://www.bdpk.de/positionen/rehabilitation-und-pflege2/reha-vor-pflege>
- Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2017; BIBB 2017.
- S. Duong, V. Püttmann, Studieren ohne Abitur: Stillstand oder Fortentwicklung? CHE, Gütersloh 2014.
- V. Eberhard, Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, BIBB, Bonn 2012
- R. Enggruber, | J. G. Ulrich, Schwacher Schulabschluss – und dennoch rascher Übergang in Berufsausbildung? BIBB, WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSIONSPAPIERE Heft 154 2014.
- [Entwicklung von Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage 1992 ...](#), http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV100.pdf.
- (Fach)Hochschul- & Weiterbildungsportal, https://www.fachhochschule.de/FH/Fachhochschule/FH/Pflege_Gesundheit_Sport/FH.htm.
- Goldin, C. u. Katz, L.F., The Race between Education and Technologie. Havard 2008.
- Hamburg Transnational University Leaders Council, The Hamburg Declaration Organising Higher Education for the 21st Century, 9.6.17.

R.Helmrich u.a., Digitalisierung der Arbeitslandschaften, BIBB WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSIONSPAPIERE 2016

R. Helmrich u.a., Neue Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030, BIBB REPORT Ausgabe 18/12

Ka. Hoeckel u. R. Schwartz, Lernen für die Arbeitswelt, OECD-Studien zur Berufsbildung - Deutschland, 2010.

U. Heublein u.a.; Die Entwicklung der Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Forum Hochschule 4 | 2014.

T. Hucker, Betriebliche Ausbildungs-beteiligung stark rückläufig, BIBB BWP 4/2012

L. Jares, Frühpädagogik; <http://www.frühpädagogik.com/>

J. Keuffer u.a., Was braucht die Oberstufe, Beltz Weinheim 2008.

O. Köller u.a., Wege zur Hochschulreife in Baden- Württemberg, Leske und Budrich, Opladen 2004.

P. Leo, Der Wille zum Wesen: Weltanschauungskultur, charakterologisches Denken und Judenfeindschaft in Deutschland 1890–1940. Matthes & Seitz Berlin, Berlin

J. Lohmann, F. Stooß, Neuordnung der Sekundarstufe II, 2009

N. Lübke, Explorative Analyse vorliegender Evidenz zu Wirksamkeit und Nutzen von rehabilitativen Maßnahmen bei Pflegebedürftigen im Hinblick auf eine mögliche Anwendbarkeit im Rahmen der Feststellung des Rehabilitationsbedarfs bei der Pflegebegutachtung, i.A. Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen 2015.

T. Maier u.a., Alternative Szenarien der Entwicklung von Qualifikation und Arbeit bis 2030, hrsg. BIBB, IAB, GWS, FIT 2012.

V. Müller-Benedict, Noteninflation - Qualitätsverlust -Akademikerquote, Vortrag Hochschultag der didacta. 2018.

J. Nida-Rümelin, (2014) Der Akademisierungswahn – Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. Hamburg.

OECD (2017), Arm und Reich: Einkommenskluft wie seit 50 Jahren nicht, Pressemitteilung, 13.6.17.

OECD (2016,2), Automation and Independent Work in a Digital Economy, Policy Brief, May 2016.

OECD (2015 sowie 2016,1), Bildung auf einen Blick, 2015 und 2016, OECD.

OECD (2011), Divided We Stand, 2011.

K.-H. Reith, Das Flaggschiff schlingert, in E&W, 10/2017, S. 18 f.

Reformpaket zeigt Wirkung, Pressestelle des Senats Hamburg, 12.12.2017

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Kooperation und Verantwortung, Kurzgutachten, 2007.

- Statistisches Bundesamt, Erfolgsquoten Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2003 bis 2007, 2015
- T. Pogge, Globale Armut als institutionelle Menschenrechtsverletzung, in Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 12/2012, S. 24 - 31.
- D. Riedel, Der einseitige Wohlstand, Handelsblatt 31.1.2018.
- Tagesspiegel, Einkommenskluft so groß wie seit 50 Jahren nicht, 14.6.17.
- G. Thümmel, Ein leeres Versprechen, [RSSTwitterFacebook](#) 2015.
- UNESCO, Global Education Monitoring Report, Policy Paper 30, 2017.
- C. Wieland, Übergänge mit System, 2011
[http://www.jugendsozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/lagkjsnrw_web.nsf/d8b9db68eb323349c1256e22003fb0cd/8e7674d861f7fa32c125795a00412b62/\\$FILE/KJS_Hamminkeln_111124%20Bertelsmann.pdf](http://www.jugendsozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/lagkjsnrw_web.nsf/d8b9db68eb323349c1256e22003fb0cd/8e7674d861f7fa32c125795a00412b62/$FILE/KJS_Hamminkeln_111124%20Bertelsmann.pdf)
.
- Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen, Berlin 2012
- The World Bank, World Development Report 2016: Digital Dividends, <http://www.worldbank.org/en/publication/wdr2016>, Vol 1-6.
- World Bank Group, M. Lange, The Changing Wealth of Nations, 2018.
- L. Wößmann, Lehre, Meister, Studium: Bildung lohnt sich, SZ 13.5.2017.
- L. Wößmann, Wie viel Lernen lohnt sich? SZ 29.3.2017
- G. Zimmer, Notwendigkeiten und Leitlinien der Entwicklung des Systems der Berufsausbildung, in G. Zimmer u.a. [Hrsg.]: Berufsausbildung in der Entwicklung - Positionen und Leitlinien: duales System, schulische Ausbildung, Übergangssystem, Modularisierung, Europäisierung. Bertelsmann Bielefeld 2009, S. 7-45
- Zwischen Ehrgeiz und Überforderung, Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, Vodafone Stiftung Deutschland 2011.